

**SPD VOR DER VEREINIGUNG  
LINKES LEIDEN AN DER NATION  
SPD/PDS: BEITRÄGE VON GYSI,  
BÖHME, THIERSE, EGERT**

ISSN 0170-4613

**SOZ**



**SPD/PDS**

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT  
AUSGABE 4/90 • HEFT 54 • Juli/August • DM 7,-**

**SPD & PDS**

Seite 35

Zwischen beiden Parteien scheint Sprachlosigkeit zu herrschen. Daß dem nicht ganz so ist und Ansätze für einen Dialog bestehen zeigen wir in einer Dokumentation. Unser eigener Beitrag: Ein Interview mit GREGOR GYSI zu den Perspektiven der PDS.

Seite 23

Doch zuvor eine Stellungnahme der Redaktion zur Gründung der Listenverbindung „Linke Liste/PDS“. Tenor: Sie stört den Re-Formierungsprozeß und den Dialog der Linken.

Seite 38

Hinzu kommt ein Referat von Ost-SPD-Chef THIERSE über demokratischen Sozialismus. Ein Referat, über das die West-Linke nachdenken sollte.

**NEUES AUS DER SPD**

Seite 20 - 22

Was wir schon seit längerer Zeit vorhatten, wird in diesem Heft begonnen: eine ständige Rubrik für Infos und Berichte aus der Sozialdemokratie, vor allem aus den Bezirken und Arbeitsgemeinschaften, darüber, was die Parteilinke tut (wenn sie was tut). Diesmal Berichte aus Bremen und Hannover und von den Jusos. Das nächste Mal mehr. Allerdings: Wir brauchen noch Unterstützung und Zuarbeit aus den Bezirken. Meldet Euch!

**PARTEIREFORM**

Seite 13

Wir setzen die Diskussion um die Reform der SPD fort. WOLFGANG MICHAL kommentiert bisherige Beiträge und meint, wir wären immer noch zu lieb zur SPD.

Seite 46

Einen neuen Strang eröffnen VOLKER GRUBE und MARTINA TILTMANN, beschäftigen sie sich doch mit der Außendarstellung der Sozialdemokratie. Am Beispiel der Frauenkampagne des Bezirks Ostwestfalen-Lippe stellen sie dar, wie moderne Marketingstrategien nicht nur die Wirksamkeit der Außendarstellung der Partei verändern, sondern auch - im Sinne eines „produktverändernden“ Marketings - die SPD selbst.

**LINKES LEIDEN AN DER NATION**

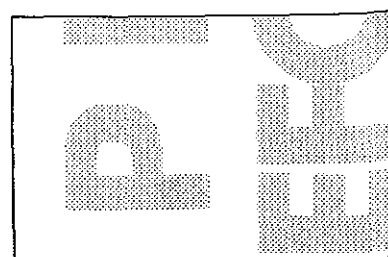
Seite 51

Nicht der Rechten überlassen sehen möchte WOLFGANG KOWALSKY die „Nation“. Er wendet sich - unter Bezug auf Detlev Albers Artikel in spw-50 „Annäherungen an die ‚Deutsche Frage‘“ - gegen die antinationale Attitüde einer Linken, die sich durch Anrufung des „Internationalismus“ schließlich in Politikunfähigkeit flüchtet. Er knüpft dabei an Otto Bauers Versuche einer Definition „des Nationalen“ an.

**DIES  
MAL**

**PERSPEKTIVEN  
DER  
LINKEN**

**N**ews



**IMPRESSUM**

Redaktion: ...  
Verlag: ...  
Verlagsschrift: ...

**Redaktion:**

...

**Verlagsschrift:**

...

**Verlag:**

...

**Verlages:**

...

**KOMMENTAR**

Susi Möbbeck: SPD vor der Vereinigung ..... 6

Ludger Volmer:  
Die Grünen: Spaltung, Burgfriede, Konsens? ..... 9

Ulrike Loida und Claudia Walther: Gegen den Anschluß und seine Folgen: .. 12

Wolfgang Michal: Hat es denn Sinn, immer nur nett zu sein: ..... 13

Ingo Arend: Weltmeister ..... 15



Thomas Rausch: Nachbetrachtung zum Agitpropfilm  
"Der Club der toten Dichter" ..... 16

Rainer Bäcker: Agonie des Simulierens ..... 18

**AUS DER PARTEI**

Eva Quandt-Brandt: SPD Bremen: Mehr linkes Profil ..... 20

Uwe Mantik: Hannover: Die Parteilinke nach dem Wahlsieg ..... 21

Ralf Krämer: Jusos: Drohende Rechtsverschiebung? ..... 22

**PERSPEKTIVEN DER LINKEN**

Anmerkungen der spw-Redaktion zur "Linken Liste/PDS":  
Die heimatlose Linke ..... 23

**spw special**

Gregor Gysi: Offener Brief an die SPD in der DDR und BRD ..... 27

Heiko Mau, Carl Chung, Thomas Koch, Jürgen Eger:  
Vertrauen bilden, die Linke stärken ..... 29

Gregor Gysi: Antwort auf den Brief von Heiko Mau u.a. .... 32

Ibrahim Böhme: Ich beteilige mich nicht an diesem Stellvertreterkrieg ..... 33

spw-Gespräch mit Gregor Gysi:  
PDS: "Synthese aus Partei und Bewegung?" ..... 35

Wolfgang Thierse: Bemerkungen zum "Demokratischen Sozialismus" ..... 38

**KP-GESCHICHTE**

Heinz-Gerd Hofschien:  
Das Scheitern kommunistischer Parteien in Westdeutschland. .... 42

**PARTEIREFORM**

Volker Grube, Martina Tiltmann:  
Von der Quotierung zur Frauenkampagne in Ostwestfalen-Lippe ..... 46

**LINKE & NATION**

Wolfgang Kowalsky: Die Linke leidet an der Nation ..... 51



# KURZ UM

Seite 2 \* BILD \* 13. Juni

Wg. BILD

## Juso-Absage an Gysis PDS

Bonn - Aufgeschreckt durch einen BILD-Bericht über Anbiederungsversuche von Gysis PDS (SED) an linke Kreise der SPD hat der Bundesvorstand der Jungsozialisten gestern in Bonn derartigen Kontakten eine klare Absage erteilt. Juso-Vize Ralf Ludwig: „Die Partei des demokratischen Sozialismus ist die SPD.“

● In der letzten Ausgabe mußten wir uns mit einem Bericht der BILD-Zeitung befassen: laut BILD gebe es im Umfeld der SPW und bei einigen Jusos Bündnisüberlegungen in puncto SPD/PDS. Am 13. Juni konnte BILD den Erfolg melden: „Wg. Bild: Juso-Absage an Gysis PDS“. Tatsächlich hatte der Juso-Bundesausschuß kurz zuvor mit knapper „undogmatischer“ Mehrheit gegenüber der PDS festgestellt: „Die Partei des demokratischen Sozialismus ist die SPD.“ Wurde die SPD von den Jusos früher als „prokapitalistisch“ gescholten, soll ihr nun die Anerkennung dafür nicht versagt bleiben, daß sie sich in den vergangenen Monaten um den demokratischen Sozialismus in Deutschland so verdient gemacht hat. Und wer's nicht glaubt, den soll der Hartung holen!

● ● „Das beginnende Jahrzehnt wird das Jahrzehnt der Sozialdemokratie.“ So HORST PETER in der SPW 52. Auch hier soll wohl der Glaube Berge versetzen. Die erhofften Erfolge sozialdemokratischer Parteien in Osteuropa sind ausgeblieben. Und in Lateinamerika erleidet die Sozialdemokratie eine Niederlage nach der anderen (jüngst in Peru und in Ecuador). Schließlich befindet sich das sozialdemokratische Musterland, der „reale Sozialismus“ a la Schweden in seiner tiefsten, an die Existenzgrundlagen gehenden Krise. Natürlich gibt es auch einige Erfolge. Aber auch Felipe Gonzalez kann nicht den Blick auf die Tatsache versperren, daß die weltweite „Krise des Sozialismus“ eben auch eine weltweite Krise der Sozialdemokratie ist.

● ● ● Das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ ist ein Mythos, der bei uns vor allem im November 1989 reichlich Nahrung fand - mit Willy Brandt und der Hoffnung auf eine sozialdemokratische Hegemonie in der DDR. Daraus wurde bekanntlich nichts. Ich meine: In einigen Jahren wird man es der SPD als historisches Versagen anrechnen, daß sie im letzten Herbst nicht massiv und zielgerichtet auf eine Spaltung der SED gesetzt hat, daß sie also nicht vom SPD-SED-Streitpapier und seiner ermutigenden Wirkung für reformerische Kräfte in der SED zur Befreiung des sozialdemokratischen Potentials vorangeschritten ist. Die kleinkarierten Abgrenzungsmanöver gegenüber der PDS kaschieren ja nur, daß Gysis Partei auch und gerade ein Produkt sozialdemokratischen Versagens ist.

● ● ● Seine eigenen „Lehren aus dem 9. November 1989“ hat im letzten „Vorwärts“ KALLE MALDANER, früherer Oberindianer der „Sozialistischen Studiengruppen“ und heutiger Büroleiter des SPD-Schatzmeisters, gezogen. Er bemerkt, daß die Menschen nach persönlicher Freiheit, Glück und Wohlbefinden streben („pursuit of happiness“) und sich dabei ganz und gar nicht um die Erkenntnisse und Botschaften der sozialistischen Linken kümmern, sondern vielmehr um die beachtlichen

Spielräume des modernen Kapitalismus. So weit, so gut. Aber mußte daraus gleich eine Absage an das sozialistische Projekt und eine Hinwendung zum Kapitalismus als der besten aller Welten werden? Man braucht doch gar nicht auf die Ebene der sogenannten globalen Probleme auszuweichen, um Maldaner zu widersprechen: die pathologischen Umstände und Verkaufsformen des „pursuit of happiness“ in der hiesigen Gesellschaft reichen schon aus, um die Frage nach qualitativ anderen Umständen und Verkaufsformen zumindest offen zu halten.

● ● ● Zu diesen Umständen gehören auch Gesundheit und Krankheit. Nun haben wir uns für den Schwerpunkt „Gesundheit“ in der SPW 53 manche Kritik eingehandelt: Wie man denn angesichts der ungeheuren Krise des sozialistischen Projekts überhaupt auf die Schnapsidee kommen könne, sich schwerpunktmäßig mit Gesundheitsfragen abzugeben? Meines Erachtens ist diese Frage selbst ein symptomatischer Ausdruck dieser Krise. Maldaner hat insofern recht, als die Krise des sozialistischen Projekts vor allem in der notorischen Unfähigkeit der sozialistischen Linken besteht, sich mit denjenigen Lebensfragen zu befassen, die für die Menschen, ihr Glück und ihr Wohlbefinden von Bedeutung sind, und dort (z.B. gegenüber dem „Pharma-Kapitalismus“) die Ausgangspunkte für einen modernen Sozialismus zu suchen. Ich habe den Eindruck, daß diese Unfähigkeit durch die vielfach geforderte und praktizierte „Trauerarbeit“ bezüglich unserer verstorbenen realsozialistischen Verwandtschaft weiter gepflegt wird, indem die Linke ihre spezifische Befindlichkeit einmal mehr zum Maßstab der Dinge macht.

UWE  
KREMER

- Wie ist der Stand der sowjetischen Perestroika zu beurteilen?  
- Was ist von der Diskussion in der SPD zwischen Vogel und Lafontaine zur „Deutschlandpolitik“ zu halten?  
- Wie geht es weiter mit der Diskussion um die jetzt so favorisierte „sozialistische Marktwirtschaft“?  
- Wäre es nicht mal möglich, sich im Rahmen linker Trauerarbeit mit den stalinistischen Verbrechen und ihren Auswirkungen auf die Linke zu beschäftigen?  
Wenn ihr mit der spw weiterhin den Anspruch aufrecht erhalten wollt, politische Orientierung für aktive SozialdemokratInnen zu leisten, wünschen wir Euch, wieder etwas mehr Boden unter den Füßen zu bekommen. Oder was glaubt Ihr, wieviel Leute Eure Beiträge zur Gesundheitspolitik gelesen haben?

Dietmar Köster und  
Carmen Rudolph,  
Wetter

Alten Zeiten verhaftet  
Zu Ihrem Artikel „Neue Zeiten brechen an“ von Florence Guesnet in der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift erlaube ich mir einige Anmerkungen.  
Entgegen der prosaischen Behauptung, das Arbeitsprogramm sei einstimmig beschlossen worden, gab es ungezählte Gegenstimmen. Insbesondere die verquere Gesellschaftsanalyse - so zeigen sich angeblich „die Konservativen unfähig, die neuen Herausforderungen zu bewältigen“, herrsche „bei der Linken vor dem Hintergrund des Scheiterns des autoritären Staatssozialismus Orientierungslosigkeit vor“, werden die Strömungsauseinandersetzungen scharf kritisiert - führte zu diesem Ergebnis.  
Diese, alten Zeiten verhafteten Vorstellungen, waren es auch, die einen gemeinsamen deutschlandpolitischen Antrag verhinderten. Auf eine Analyse der osteuropäischen Staaten weitgehend zu verzichten,

damit die Frage nach den verändernden Ursachen und die weitere nach früheren JUSO-Positionen der „marxistischen Strömung“ auszuklammern, hieße aber, unhistorisch, gar unpolitisch, schwerwiegende Fehleinschätzungen zu negieren. Der Glaubwürdigkeit der JUSOS war somit durch keinen beschlossenen Antrag am ehesten Rechnung zu tragen.  
Absurd schon der Popanz, der aufgebaut wird, indem geschrieben wird, es sei gelungen, „den Vorstoß einiger weniger für eine Rechtswende der JUSOS vorerst abzuwehren“. Da ist die Figur des Abwehrkampfes wieder. Viel zu ernst genommen, die Jungkanaler. Erfolge abzufeiern, die die Arbeit der JUSOS peripher tangieren, ist eines der Politikmuster, mit der die „marxistische Strömung“ die JUSOS zur Bedeutungslosigkeit verkommen lassen würde.  
Schlußendlich vollkommen abwegig ist die These, die marxistische Strömung sei mit einer prägenden Rolle für den Gesamtverband durch die Wiederwahl Susi Möbbecks ausgestattet. Im Gegenteil, es war diesem Spektrum wohl ein letztes Mal möglich, bei den Wahlen zu dominieren; in den Debatten nicht. Aus Wahlen allein auf den Einfluß und die Durchsetzungskraft von Strömungen zu schließen, erweist sich als zumindest gewagt, wie die Entscheidungen der letzten Bundesausschußsitzungen zeigen. Hier dominiert inhaltlich das undogmatisch-linke Spektrum. Dies wird nicht ohne Einfluß für die Zukunft der JUSOS und den nächsten Bundeskongreß bleiben.

Mit knallroten sozialistischen  
Grüßen

Thorsten Wamecke,  
Marburg

Susi Möbbeck

## SPD VOR DER VEREINIGUNG?

Am 27. und 28. September werden SPD-Ost und SPD-West die Vereinigung vollziehen. Ein historischer Moment in der Parteigeschichte? Davon kann man wohl nur bedingt sprechen. Zu störend ist die Vorgeschichte der letzten Monate - eine Geschichte politischen Versagens, an deren Ende die Sozialdemokratie nicht gestärkt, sondern geschwächt zu ihrer Einheit schreitet. Damit meine ich vor allem den „Sozialpatriotismus“ (Glotz), dem die SPD-Führung in den vergangenen Monaten mehrheitlich anheimgefallen ist und mit dem sie sich selbst zum „fellow traveller“ des rechten Anschlußkurses degradiert hat. Aber es gibt auch etliche Nebenwirkungen, die summa summarum ein schlechtes Licht auf den Zustand der Partei vor ihrer Vereinigung werfen.

Zunächst einmal vereinigt sich die West-SPD mit einer Partei, die wahrscheinlich nur etwa 13.000 Mitglieder zählt - auf jeden Fall weniger als manche Unterbezirke in Nordrhein-Westfalen. Der faktische Loyalitäts- und Stellungswechsel der DDR-SPD von den Bürger- und Basisbewegungen in ein westlich kontrolliertes Parteiensystem und ein massiver Ab- und Ausgrenzungskurs gegenüber der gesamten PDS haben sie für die meisten Aktiven der demokratischen Revolution ebenso unattraktiv gemacht wie für kritisch-demokratische Kräfte in der alten SED und der heutigen PDS. Sie hat es weder geschafft, in der jüngeren Intelligenz ihre großen Chancen zu nutzen, noch hat sie sich an die vielen einfachen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre mit früherem SED-Parteibuch herangetraut, um auf diesem Gebiet ein Bein in die Tür zu bekommen. „Inso-

Susi Möbbeck, JUSO-Bundesvorsitzende, Bremen

fern ist sie eine Pfarrerpartei geblieben, die am Rand auch ein paar Angestellte und Ingenieure vorzeigen kann“ (Peter Glotz, in: Sozialismus 8/90).

Der Anschluß der DDR-SPD an das westliche Parteiensystem ist schon lange vor dem jetzt anstehenden Vereinigungsparteitag vollzogen worden. Seit Monaten können autonome Entscheidungen in einer der beiden Parteien nicht mehr gefällt werden. Da wurden in Absprache mit Bonn kurzfristige Entscheidungen in der Ost-SPD organisiert, denen sich dann der West-Parteivorstand aus Solidarität natürlich wiederum nicht entziehen konnte. Auf dieser Basis ist nicht nur eine Verkettung von Fehlentscheidungen zustande gekommen. Es handelte sich dabei zudem um eine Entdemokratisierung der Partei. So hätte eine demokratische Willensbildung zumindest in der West-SPD gezeigt, daß es weder für einen frühzeitigen Anschluß der DDR noch für den Staatsvertrag eine innerparteiliche Mehrheit gab. Eine - in den Statuten eigentlich vorgeschriebene - Urabstimmung der Parteimitglieder über die Vereinigung hätte zwar „nur“ symbolische Bedeutung gehabt, weil das Ergebnis klar gewesen wäre. Ebenso symbolisch ist aber der Verzicht auf diese Urabstimmung - symbolisch dafür, daß die Parteimitglieder und ihre Delegierten nur eine Statistenrolle im politischen Entscheidungsprozeß spielen.

Während die SPD auf der einen Seite die Forderung nach einer Volksabstimmung über eine neue Verfassung unterstützt, macht ihre Führung in der eigenen Partei klar, wie beschränkt der eigene Begriff von Demokratie ist. Überhaupt: Wäre es nicht denkbar gewesen, die Entwicklung der DDR-SPD und die Vereinigung mit der West-

Partei zum Anlaß für eine gesellschaftliche Öffnung und demokratische Parteireform zu nehmen, um damit das Erbe der Bürgerbewegungen und der demokratischen Revolution in der DDR produktiv und würdig aufzugreifen? Stattdessen hat sich die SPD an das überkonstruktivistisch-parlamentarische Parteienmodell geklammert, die Frage des Wahlrechts (ausnahmsweise) standhaft verteidigt und im Interesse der hiesigen politischen Klasse einen glorreichen Sieg eingefahren.

Die vergangenen Monate sozialistischer Politik stehen auch für die Zurückdrängung programmatischer Fortschritte. Noch im Dezember haben wir die „linken Erfolge“ des Berliner Parteitag, Lafontaine-Kenschlag zur Parteilinken in der Grundsatzrede und vor allem in der Berliner Grundsatzprogramm. Wir haben uns auf eine spannungsvolle Schlußdebatte zum „Fortschritt“ kam es doch darauf an, daß die Entscheidungen darin Eingang fanden. Doch schon währenddessen wurde mit unseren Erfolgen und dem vom nationalen Schwenk der Führung überrollt und durch die konterkariert, die ihre - in Berlin gelegenen - Marktideologien in die SPD exportierten (vgl. dazu Kenschlag in spw 52). Dabei kam ein sozialistisches Programm der deutschen Schwesterpartei hinzu, unser Berliner Grundsatzprogramm linksradikales Machwerk erweist sich als läßt. Auf der anderen Seite hat die West-SPD mit ihrer Zustimmung zum Staatsvertrag einem Crash-Entscheidungen gegeben, der den „schritt 90“ zur Makulatur zurechtweist.

Soweit es gegen den nationalsozialistischen Anschlußkurs und den großen

Lafontaine steht für diejenigen, denen das nationale Gefühl keinen oder einen unangenehmen Schauer über den Rücken jagt, vor allem innerhalb der jüngeren Generationen (und zwar nicht nur in der linken Intelligenz); er steht durchaus auch für Teile des bürgerlich-liberalen Milieus und sogar Teile des aufgeklärten „ökonomischen Sachverständigen“; er steht für eine europäisch-kulturelle, einer modernen Arbeitsethik und Lebensweise zugewandene Haltung, verbindet individuellen Fortschritt mit populärer Attitüde.

Personen mobilisieren unterschiedliche Emotionen und Assoziationen. Jeweils andere gesellschaftliche Bilder werden mit ihnen verbunden. Eine zukunftsorientierte sozialdemokratische Position muß modern und populär, damit auch unkonventionell und konfliktorientiert sein. Ein Kandidat an der Parteispitze ist überdies ein Kandidat, der die SPD in den kommenden Jahren führen wird. Er ist nicht nur der Kandidat, der überhaupt über die Chance verfügt; er könnte nach dem Wahltag auch den Opposition zurückgeben und Spielräume für linke Politik

schaffen. Ob es allerdings für die notwendige Demokratisierung der Partei sinnvoll ist, daß Lafontaine auch noch Parteivorsitzender wird, wage ich zu bezweifeln. Wir brauchen eine Person - am besten eine Genossin -, die sich um den Zustand der Partei und ihre demokratische Modernisierung kümmert, sie auch gegenüber den SPD-Fraktionen und SPD-Regierungen stärkt.

Im übrigen darf die Linke nicht übersehen, daß Lafontaine nachwievor den „Sozialismus in einer Klasse“ vertritt und eine Veränderung von Macht und Verteilungsverhältnissen gegenüber den kapitalistischen Sektoren ablehnt, der daher einen Spagat zwischen dieser Position und seinen massiven sozialen Anmahnungen an den deutschen Vereinigungsprozeß vollzieht, was tatsächlich etwas demagogisches hat. Man muß aufpassen, daß sein Populismus nicht auf Kosten solider linker Programmatik geht. Die jüngste Asylrechtsdebatte macht dies deutlich.

Die Parteilinke darf sich also nicht zu einem halbblinden, willfährigen Anhängsel des modernen Sozialliberalismus ala Lafontaine degradieren. Vor allem im Verständnis von „Demokratisierung“ gibt es substantielle Unterschiede: Programmatisch gilt dies nach wie vor für die Demokratisierung der Wirtschaft. Strategisch trifft dies für das Verhältnis zu sozialen Bewegungen und Kämpfen zu (im übrigen auch zur Bedeutung rot-grüner Bündnisse). Und schließlich habe ich schon darauf hingewiesen, daß Lafontaine als Person innerparteilich keineswegs für eine stärkere Demokratisierung steht.

Dennoch: Der 1989 erfolgte „Brückenschlag“ zwischen Lafontaine auf der einen und linken Gewerkschaftssektoren sowie sozialistischen Parteilinken auf der anderen Seite war nach den Kräften in den beiden vorhergehenden Jahren eine wichtige Wende. Im übrigen wird dieser „Brückenschlag“ bei genauer Betrachtung auch von jenen 25 Abgeordneten (vom „La-

fontainisten“ Peter Glotz bis zur „Marxistin“ Kathrin Fuchs) repräsentiert, die im Juni gegen den Staatsvertrag stimmten. Ich denke, daß da für die Zukunft der Partei noch mehr drinsitzt: Der „Brückenschlag“ darf nicht als kurzlebige, taktisches Manöver, sondern muß als Basis für eine „zweite Erneuerung“ und Modernisierung der Partei verstanden und gehandhabt werden: Es geht um ihre gesellschaftliche Öffnung und kulturelle Modernisierung, ihre inhaltliche und personelle Verjüngung, um die Rückgewinnung der Intelligenz und der modernen Gewerkschaftslinken, um die Gesprächsbereitschaft mit anderen linken Kräften, ihren europäischen Charakter und einiges mehr. Für die nächsten Jahre Aufgaben genug, die gemeinsam angepackt werden können.

Alles dies steht nun für eine gesamtdeutsche SPD an - auch und gerade für die bislang weniger erfolgreiche SPD auf dem Gebiet der (Noch-)DDR. Der Brückenschlag muß auch dorthin erfolgen (Böhmes Nominierung für den Parteivorstand ist ein wichtiges Signal). Nach dem Vereinigungsparteitag und nach den gesamtdeutschen Wahlen gilt es, mit dem sozialdemokratischen Weg des Jahres 1990 zu brechen, um den Weg in die 90iger Jahre zu bahnen.

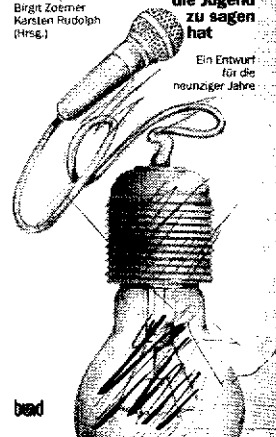
spw.

Ein Entwurf  
für die neunziger Jahre

Juso-Landesverband NRW:  
Ralf Krämer, Birgit Zoerner,  
Karsten Rudolph (Hrsg.)

Juso-Landesverband NRW  
Ralf Krämer  
Birgit Zoerner  
Karsten Rudolph  
(Hrsg.)

Ein Entwurf  
für die  
neunziger Jahre



## WAS UNS DIE JUGEND ZU SAGEN HAT

Die Jugendlichen in NRW sind weiterhin politisch stärker links eingestellt als der Durchschnitt der Bevölkerung. Bei der Frage nach der Partei, der sie die größte Sympathie entgegenbringen, entfallen 44,6% der Angaben auf die SPD, die Grünen verweisen mit 22% die CDU mit 19,1% auf den dritten Platz. Allerdings machen 14,2% keine Angabe, und die rechtsextreme Gegenbewegung wird bei dieser Umfrage mit 4,5% der Angaben zugunsten der Republikaner ebenfalls sehr deutlich.

Daß Parteien für sie persönlich wichtig oder sehr wichtig seien, äußern nur die AnhängerInnen der Republikaner in weit überdurchschnittlichem Maße.

Die Jusos denken, daß das etwas damit zu tun hat, daß Jugendliche in den politischen Parteien zur Zeit nicht die Kräfte sehen, die Perspektiven zur Lösung der globalen und sozialen Probleme zu bieten hätten, nicht sehen, daß es wirkliche Alternativen und Auseinandersetzungen um politische Konzepte gibt, in die einzugreifen sich lohnen würde. Dazu komme das oft beklagte Glaubwürdigkeitsdefizit der Politik.

Die Konsequenz der Jusos: Die SPD muß sich wieder stärker als treibende Kraft gesellschaftlicher Veränderung profilieren und den Menschen Möglichkeiten bieten, sich aktiv und gestalterisch am Kampf für die Veränderung zu beteiligen. Eine erneuerte und immerwiedererneuerungsfähige Politik sei mehr denn je gefragt. Dazu gehört nach Auffassung der Jusos auch eine Verjüngung und eine Demokratisierung der Parteiorganisation der SPD.

Was uns  
die Jugend  
zu sagen  
hat

Das Buch kostet DM 19.80 und ist zu bestellen bei: Juso-Landesverband NRW • Elisabethstr. 3 • 4000 Düsseldorf • Tel.: 0211/38426-24

## BURGRIEDE, KONSENS?

Dortmund

Die Situation ist  
erwählbar  
für diesen  
gemacht  
erem bei  
tionen ist  
Zentrifu-  
änderzu-  
noch nicht  
tionskraft  
strittenen  
Konsense  
späten Er-  
delegier-  
in Dort-

Die Anträge

entsprechend wie  
zwischen den  
allerdings mit  
„mißformel“

richtig be-

gegenständige

gesetz, die

bisher aber

Solidarisie-

der Strömun-

überwie-

zemaßner

inmalichen

undogma-

stimmten Sinne, und ist

gleichzeitig bereit, auf der Handlungsebene pragmatisch zu verfahren, d.h. von der außerparlamentarischen Aktion bis zur Koalition jedes Mittel zu nutzen, das in der Sache weiterbringt.

Die lange festgefügt

werden sich noch weiter entmischen.

Die Parteilinke hat sich schon seit langem ausdifferenziert. Das Desaster von Hagen hat nun die im Realo-Lager längst vorhandenen Nachdenklichkei-

Ludger Volmer, MdB, Die Grünen

ten aufbrechen lassen und zu markanten Neuorientierungen wichtiger Akteure geführt. Die „Aufbruch“-Gruppe, deren schwächere Hälfte tatsächlich einmal eine Parteimitte hatte organisieren wollen, deren kräftigere aber nur einen taktischen Dreh suchte, um ihre im Durchschnitt rechts von den Realos angesiedelten gesellschaftspolitischen Vorstellungen (Suspendierung der sozialen Frage, neue Mütterlichkeit, zum Individualismus übersteigerte Individualität, elitäres Menschenbild) als angeblich strömungsübergreifend, neutral, innovativ verkaufen zu können, ist am inneren Widerspruch zerbrösel.

Der „Aufbruch“ hatte das Hagener Bündnis mit den „Realos“ wegen Erfolglosigkeit auf- und umfangreiche Selbstkritik angekündigt. Die bezog sich dann aber nur auf die Stilmittel, nicht auf den Zweck der Hagener Übung, der Partei ein reduziert-ökologisches Profil unter Verdrängung linker Elemente zu verpassen. Wichtige Teile des realpolitischen Lagers - über die „kritischen Realos“ hinaus -, die in Hagen schon mit Teilen des „Linken Forums“ kooperiert hatten, stellten bisherige Polarisierungs-Strategien viel grundsätzlicher in Frage. Der Schock von Hagen, der auch denen in den Knochen saß, die nicht verloren hatten, die Wahlerfolge von NRW und Niedersachsen, wo den GRÜNEN trotz nicht berauschender Ergebnisse neue strategische Möglichkeiten zuwuchsen, und die extrem schwierige Aufgabe, die Partei als definierbares Gebilde in das

nicht mehr verhin-

derbare Ge-

samtdeutsch-

land zu überfüh-

ren, wirkten wie

Katalysatoren, die

nun VertreterInnen die-

ser beiden Realo-Grup-

pierungen und Teile des

„Linken Forums“ miteinander

ins Gespräch brachten.

Eine nüchterne und schnörkelose

Darstellung der jeweiligen Positionen

in diesem Kreise machte deutlich: wenn

die Ressentiments, die sich durch die

Kunst der Zuspitzung in der Partei auf-

gebaut hatten, einfach einmal beiseite

gelassen werden, tritt ein solcher Fun-

dus an Gemeinsamkeiten zutage, daß

jeder Gedanke an Parteispaltung im

Nachhinein als noch absurder erscheint;

mit den verbleibenden Differenzen kann

die Partei leben, wenn sie nicht mutwil-

lig zum Ausgangspunkt zerstörerischer

Ambitionen genommen werden. Die bisherige Streitsucht wird nicht plötzlich in dumpfe Harmonie umschlagen; aber eine Eingrenzung der Arena, in der in Zukunft gestritten wird, sollte erreichbar sein.

Die Idee, schon für den Dortmunder Parteitag ein Einigungspapier über wichtige Fragen vorzulegen, mußte wegen der Vermittlungsprobleme in das jeweilige politische Umfeld zurückgestellt werden. Allerdings: die Auffassung wächst, daß nur das nüchterne Ausloten der Gemeinsamkeiten und deren Betonung in der politischen Praxis die Weiterexistenz der Partei sichern kann. Das Einigeln in den alten Strömungsbastionen kann zwar wegen der komplexitätsreduzierenden Wirkung dem eigenen Kopf Entlastung bringen, entspricht aber weder der objektiven Problemlage der Partei, noch den subjektiven Lernprozessen zahlreicher Mitglieder.

Unnötig polarisierende Positionen bei den inhaltlichen Debatten hatten in Dortmund keine Chance. Es werden in Zukunft nur noch solche Anträge Erfolg haben können - ob von linker oder realpolitischer Seite aus formuliert -, die die Intentionen der neugebildeten Parteimitte aufnehmen.

Zudem wurden in der Resolution zur Klimapolitik (fast Konsens) umstrittene Fragen dem Grundsatz nach mitgeteilt. So enthält der Text eine eindeutige Aussage, daß sowohl außerparlamentarische Aktionen als auch Regierungskoalitionen zum Repertoire grüner Durchsetzungsstrategien gehören. Während hier die pragmatische Handlungsorientierung festgelegt wurde, bestätigte die Partei ihre inhaltlich radikalen Intentionen bei der Formulierung des zuletzt strittigen Zusammenhangs von ökologischer und sozialer Frage.

Grüne Politik muß unter der Bedingung ökologisch notwendiger Selbstbeschränkung der Industriegesellschaft die Umverteilung von oben nach unten mitorganisieren.

2) In der deutsch-landpolitischen Debatte wurde das Nein der GRÜNEN zum Staatsvertrag, zu dem sich auch die Bundestagsfraktion bekennt, bekräftigt und Wankelmut der SPD bespöttelt. Nachdem im Streit „Realos“/„Linke“ sich Lösungsbemühungen andeuten, werden die größeren Turbulenzen für die GRÜNEN auf der Ebene der Kooperation mit DDR-Gruppen auftauchen. In dem Spektrum in der DDR, das mit dem grün-alternativen in der BRD vergleichbar ist und mit dem die GRÜNEN gern eng zusammenarbeiten wollen, gibt es anscheinend (noch?) keinen einheitlichen Willen zu einer Kandidatur für ein gesamtdeutsches Parlament. Zudem sind die internen Beziehungen der entsprechenden DDR-Gruppen untereinander noch ungeklärt. Auf Seiten der BRD-GRÜNEN wiederum scheint es unterschiedliche Versuche einzelner Strömungen zu geben, die unbestimmte Situation auf DDR-Seite zur Verbesserung der eigenen Position im Rahmen einer neu-deutschen Gesamtpartei zu nutzen.

Auf der einen Seite manövriert ein Teil der Parteilinken, der sich eine Art links-alternative Oppositionsliste deutschlandweit wünscht (ohne PDS übrigens). Er verkennt dabei zum einen, wie eng durch gesetzliche Vorgaben der Rahmen für Experimente gezogen ist; zum anderen versucht er so, eine eindeutige Fixierung auf die Oppositionsrolle zu retten, die durch rot-grüne Bündnispolitik längst durchkreuzt wurde.

Auf der anderen Seite hoffen die Reste des „Aufbruch“ und einige Realos, ihre neo-konservative Vision von den GRÜNEN als ökologischer Bürgerrechtspartei - mit Hilfe der vermeintlich konservativeren GRÜNEN PARTEI und Bürgerrechtsgruppen der DDR - doch noch verwirklichen zu können. Alleingänge von DDR-Prominenz

scheinen zudem die eigene elitäre Vorstellung einer Partei großer Frauen- und Männerköpfe als der vereinten deutschen Dichter und Denker zu stimulieren. Auf diesem Hintergrund erweist sich die bizarre Imagination führender „AufbrecherInnen“, die Parteilinke sollte/wolle sich der PDS anschließen, als verzerrte Projektion des eigenen Wunsches, an der Aura heute schon legendärer DDR-Gruppen zu partizipieren. Wahrscheinlich tun die „AufbrecherInnen“ den KollegInnen in der DDR mit ihrem ideologischen Einverleibungsversuch jedoch Unrecht. Denn: Welchen Ansatzpunkt werden die DDR-BürgerrechtlerInnen, die ihre Kategorien im bewundernswerten antistalinistischen Widerstand entwickelten, eigentlich noch in einem liberalen Rechtsstaat auf der Basis des Grundgesetzes haben? Wird sich nicht manches auflösen? Jedenfalls sind in der DDR nach der Vereinigung rasante Veränderungsprozesse im Bewußtsein der Akteure zu erwarten, die ihre politischen und kulturellen Kategorien an den neuen Rahmen anpassen müssen. Vielleicht werden sich manche radi-

kalisieren, andere privatisieren. Ein eventueller Versuch, durch eine Funktionalisierung von DDR-Bürgerrechtsgruppen das Gewicht bei den GRÜNEN dauerhaft nach „rechts“ zu verschieben, besitzt keine rationale Grundlage. Dennoch kann es vorübergehend zu einem Anwachsen konservativerer Einstellungen kommen, die nervenschwache Linke (eigenartigerweise die, die das radikalste Wort führen) aus der Partei treiben könnten. Dies aber wäre nicht nur deshalb fatal, weil dann - und nur dann - die Absicht der elitären Fraktion Aussicht auf Erfolg haben könnte, sondern auch, weil es nach wie vor keine linke Alternative zu den GRÜNEN gibt.

3) Eine „radikale Linke“ außerhalb der GRÜNEN hat eine Zukunft nur als politisch irrelevanter Debattenzirkel. Sobald dort die Frage nach ernsthafter politischer Intervention gestellt werden wird, reproduzieren sich die Dis-

kussionen, wegen derer Mensch die GRÜNEN verlassen hat.

Die PDS ist auch bei den „radikalen Linken“ umstritten. PDS und GRÜNE sind Freßfeinde. Die lange herrschenden Ideologien ungehemmter Entfaltung der Produktivkräfte, der wissenschaftlich-technischen Systemkonkurrenz, der zentralstaatlichen Planbarkeit komplexer gesellschaftlicher Prozesse, der Reduzierung der Emanzipation der Frauen auf gleichen Zugang zum Erwerbsleben, der institutionellen Außenleitung menschlicher Motivation, der Mißachtung der Natur als reiner Produktionsfaktor etc. lassen sich nicht durch rasche ökologische Mimikry, eine Umbenennung der Partei und ein schnell zusammengeschriebenes Programm schlagartig abschütteln. Wenn es überhaupt gelingen soll, dann braucht es Zeit und nicht die Bildung einer Linken Liste in der BRD, die in Konkurrenz zu den GRÜNEN treten soll. Umgekehrt: Es müßte Auf-

gabe der GRÜNEN und ihrer Bündnisgruppen in der DDR sein, den tatsächlich fortschrittlichen sozialökologischen meist jugendlichen Kräften, die sich auch in der PDS finden, ein Angebot zur Mitarbeit zu machen.

Auch wenn die GRÜNEN ihr Terrain nicht nur gegen eine SPD verteidigen und ausbauen müssen, deren Kanzlerkandidat grüne SympathisantInnen anspricht, sondern auch gegen aggressive Geltungsansprüche einer Partei, die in der DDR gescheitert ist und daraus eine Berufung für Gesamtdeutschland ableitet, bleibt ihr nur eine einzige strategische Möglichkeit: Platz halten. Stand halten als eine Partei mit links-ökologischem Profil, die nicht nur im liberalen Sinne für die formalen Rechte von BürgerInnen eintritt, sondern auch im sozialen für ihre gesellschaftlichen Interessen. Die waghalsigen Manöver in der Parteienlandschaft, die der „Aufbruch“ veranstalten will, enden mit Sicherheit im Abbruch des heutigen grünen Projektes. Die Alternative heißt: rund um undogmatische Linke und linke Realos, die bereits in den Dialog miteinander eingetreten sind, und ungebundener Kreisverbandsbasis, ein neues Kraftfeld zu bilden, das linksorientierte sozialökologische und emanzipatorische Inhalte mit außerparlamentarischen und institutionellen Durchsetzungsformen verknüpft. Dieser Weg bietet die größeren Chancen, eine Abwanderung zur sich radikal wahnenden Linken oder PDS aufzuhalten, das Profil gegenüber der SPD zu behaupten, den BürgerInnen gegenüber Handlungsfähigkeit und relative Geschlossenheit nachzuweisen, Kristallisationspunkt für viele von denen in der DDR zu werden, denen der Staatsvertrag Elend bringen wird, die Partei auf die gesamtdeutsche Ebene transformieren und auch dort für eine rot-grüne Option einzutreten.

spw.

# Sozialist

GUTSCHEIN  
für ein  
kostenloses  
Probeheft

- Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/innen
- erscheint 6 mal jährlich
- für Jusos, Partei und Gewerkschaften
- mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- Einzelheft 3,50 DM,
- Jahresabo 21,00 DM

Ich will ein Probeheft:

Name	_____
Straße	_____
Ort	_____

an: SOVEC, Im Körbchen 10, 3400 Göttingen



Ulrike Loida und Claudia Walther

## GEGEN DEN ANSCHLUSS UND SEINE FOLGEN!

FRAUEN HABEN DIE SCHNAUZE VOLL!

„Der Kampf gegen den § 218 wird zum ersten gemeinsamen Kampf der deutsch-deutschen Frauenbewegung!! Und wir werden nicht aufhören mit diesem Kampf, bis dieser Paragraph eliminiert worden ist und die Menschenwürde der Frau endlich respektiert wird“.

So Christina Schenk vom UFV (Unabhängigen Frauenverband) der DDR in ihrer Rede auf der bundesweiten Demo von rund 20.000 Menschen gegen den § 218 am 16.6. in Bonn. Zur gleichen Zeit setzten sich ihre Schwestern in Ost-Berlin und anderen Städten der DDR in vielen Aktionen für die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen und gegen den § 218 ein.

Die Demo und Aktionen blieben nicht ohne Wirkung: rund einen Monat später bahnte sich ein Kompromiß der „Parteifrauen“ an: Straffreiheit für Schwangerschaftsabbrüche bis zum 3. Monat bei gleichzeitigem Beratungszwang lautete die Devise der weiblichen Bundestagsabgeordneten aus SPD, FDP und CDU. Wenige Stunden später verkündete Rita Süßmuth als Privatfrau den „3. Weg“. Also eine Zwangsberatung mit Indikationen in Verbindung mit Straffreiheit, bei gleichzeitigem Schutz des ungeborenen Lebens mit Verfassungsrang. - Ja, was will sie denn nun eigentlich???

Von Selbstbestimmung kann auch bei diesem Vorschlag nicht die Rede sein. Zumal er auch eine „Entscheidungsfreiheit“ für ÄrztInnen vorsieht, aber nicht eben für die Frau, die dann wiederum von Arzt zu Arzt pilgern darf.

Ulrike Loida, ehem. stellv. JUSO-Bundsvorsitzende, Köln  
Claudia Walther, stellv. JUSO-Bundsvorsitzende, Aachen

Bleibt vor allem unklar, WEM eine Indikation erteilt wird und WER sie erteilen darf. Mit der unfreiwilligen Beratung wird der bisherige Hürdenlauf für Frauen fortgeführt und mit dem moralischem Druck zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ verknüpft.

Dennoch stößt Ritas Vorschlag auf den heftigen Widerspruch von selbsternannten Lebensschützern, von Kirchenmännern, Altherrenpolitikern, von Rechtsradikalen und weiten Kreisen der CDU. Deutlich machen diese Vorschläge aber eines: daß eine ungeheure Dynamik zur Zeit in der § 218 - Auseinandersetzung steckt! Gerade vor den Wahlen.

In dieser Tatsache liegt gleichzeitig der Pferdefuß einer längeren „Übergangsbestimmung“. Es wird von konservativen Kreisen auf eine Entpolitisierung der Diskussion gesetzt, um letztendlich doch den § 218 hüben zu retten und drüben aufzudrücken. Warum eine „Übergangsregelung“ auch in der ASF recht beliebt ist, bleibt ziemlich schleierhaft.

Nach wie vor gibt es nur einen Weg zur Selbstbestimmung: die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218! Diese unabdingbare Position der Frauenbewegung wird nun auch von Mompi und seinem Berliner Senat unterstützt. Ein „Gesetz über selbstbestimmte Schwangerschaft“ - ohne eine Nennung von Fristen - will Berlins Senat in den Bundesrat als Initiative einbringen. Unterstützt wird dies von Bremens Landeschef Wedemeier, der für die gesamtdeutsche Übernahme der DDR-Fristenlösung ist.

Längst schon wird klar, daß der § 218 nicht mehr von der Einheit und den Folgen des Anschlusses zu trennen ist.

Bereits im Vorfeld der Währungsunion stieg die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche in der DDR drastisch an. Es hatte sich schließlich herumgesprochen, daß Frauen mit Kindern und Schwangere als erste entlassen werden.

Allmählich spricht sich auch die Bedeutung des § 218 West bei den Frauen Ost herum. Dort herrschte zunächst bei vielen ein Informationsdefizit über die genauen Regelungen des bundesdeutschen § 218. Schließlich war die Fristenregelung der DDR, die einen Abbruch bis zum 3. Monat ermöglicht und auch darüberhinaus Straffreiheit gewährleistet, für alle eine Selbstverständlichkeit. Durch ihre kampflose Einführung 1972 hatte in der DDR keine intensivere Auseinandersetzung über Selbstbestimmung und Schwangerschaftsfreiheit stattgefunden. Laut Umfrage des Ostberliner Zentralinstituts für Jugendforschung sind aktuell 77% der DDR-BürgerInnen für die Fristenlösung, 110.000 Frauen der DDR haben für ihre Beibehaltung an DDR-Frauenministerin Christa Schmidt geschrieben. Nun werden die DDR Frauen damit konfrontiert, daß ihnen das Abtreibungsverbot oder zumindest das Indikationsdilemma - nach einer Übergangszeit - droht und gleichzeitig die ersten Kinderkrippen jetzt geschlossen werden. Natürlich liegt die Verantwortung für die Betreuung und die Versorgung der Kinder, ihre Einkleidung unter enorm gestiegenen Preisen wieder bei den Frauen - bei wem auch sonst?

Während die Linke den deutsch-deutschen Prozessen zu- und hinterherschaut und beginnt, die Prozesse des zusammengebrochenen Realsozialismus in Ost-Europa zu verdauen, entsteht eine gemeinsame Idee der Frauenbewegung Ost und West: Noch vor den gesamtdeutschen Wahlen soll „GEGEN DEN



Bild: C. Walther

ANSCHLUß UND SEINE FOLGEN“ und FÜR SELBSTBESTIMMUNG“ demonstriert werden. Dieses gemeinsame Vorhaben einer Riesendemo, zu dem sich die Frauen der bundesweiten §218-Koordination, das Bündnis Frauen Begehren Selbstbestimmung und der Unabhängige Frauenverband

(UFV) der DDR entschlossen haben, wendet sich an alle Frauen und an Männer, die die jetzigen und noch drohenden Folgen des Anschlusses zu tragen haben: ob zur Abtreibung, zur Arbeitslosigkeit, zur Streichung der Kinderkrippen oder gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Sexismus, Nationa-

Wolfgang Michal

## HAT ES DENN SINN, IMMER N U R N E T T ZU SEIN?

„Wann heißt es auch bei uns: Wir sind das Volk? Wann ergreift die demokratische Linke die Chance, aus der Geschichte zu lernen?“ Mit solchen Fragen eröffnete Ulf Skirke seine „Sieben Thesen zur Reform von Partei und Parlament“, die spw in Heft 51, Seite 18ff., veröffentlichte.

Wolfgang Michal, Journalist, Hamburg

Für mich sind das entscheidende Fragen. Denn alle Gruppierungen, die in den letzten 15 Jahren in Ostmitteleuropa entstanden, waren Bürgerinitiativen: „Das Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ und das „Bürgerkomitee Solidarnosc“ in Polen, „Charta 77“, „Bürgerforum und Öffentlichkeit gegen Gewalt“ in der Tschechoslowakei, „Neues Forum“ und „Demokratie jetzt“ in der DDR, „Demokratisches Forum“ in Ungarn usw.usf. Es waren Bürgerinitiativen gegen die herrschenden Blockparteien, Bürgerinitiativen zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse.

lismus und für Entmilitarisierung. Erstmals ruft damit ein breites Frauenbündnis zu einer Demo auf, die sich nicht auf einzelne Frauenfragen beschränkt. Bewußt soll die allgemeine politische Situation aus der Perspektive der Frauen zum Thema gemacht werden.

Das Frauenbündnis, wenn auch vorher in bundesdeutscher Zusammensetzung, hat sich im Juni bereits als erstes Bündnis bewährt, das die Gestaltung der Einheit ernst genommen und zur Aktion gemacht hat.

In dem neuen Vorhaben liegt eine große Chance. - Vorausgesetzt, das Frauenbündnis kann sich auf die volle Unterstützung der beteiligten und noch angesprochenen Organisationen, Parteien und Verbände in Ost und West verlassen!

An Dynamik, wie gesagt, fehlt es nicht. Das zeigt uns der § 218 und das haben uns auch die streikenden Frauen und Männer im Einzelhandel der DDR deutlich gemacht!

spw.

außerparteilich gegen ihre Führung zur Wehr setzten, weil sie innerparteilich nichts mehr zu sagen hatten.

Ich will keine weiteren Beispiele anfügen, weil wir den Skandal der Entdemokratisierung unserer Partei nun wahrlich oft genug beschrieben haben: Ulf Skirke in seinen „Thesen“, Ralf Krämer, Susi Möbbeck, Karsten Rudolph und Birgit Zoerner in ihren „Perestrojka-Vorschlägen“ (spw Heft 52, Seite 27ff), ich in meinem 1988 erschienenen Buch „Die SPD - staatsreu und jugendfrei“.

### Unsere Reformvorschläge gleichen sich!

Es kommt also darauf an, die Verhältnisse nicht weiter zu interpretieren, sondern sie zu ändern. Anders ausgedrückt: Der Streit um die überfällige Partei-, Parlaments- und Verfassungsreform muß in eine praktische Phase eintreten. Nicht Streitkultur muß Platz greifen, sondern Streit. (In diesem Sinn sollten wir den kulturellen Wert des Streithahns Oskar Lafontaine nicht unterschätzen.)

Praktisch werden heißt für mich: Die Durchsetzung unserer Reformvorstellungen muß Priorität gewinnen vor der ewigen Bittstellerei um Mitbestimmung in der eigenen Partei. Die Quengeleien müssen aufhören zugunsten einer konstruktiven Strategie.

Auseinandersetzungen mit Leuten wie Bodo Hombach lohnen das Papier nicht mehr. Leute wie Bodo Hombach stellen sich begriffsstutzig, wenn sie Farbe bekennen sollen, weichen aus, wenn sie um Antworten verlegen sind, haben nichts parat als die alten Kamellen von anno dazumal, als man Bürgerinitiativen Egoismus und politische Naivität vorwarf, um von sozialdemokratischen Spießern Beifall zu erhalten.

Wir sollten aufhören, uns mit Formeln wie „Darüber müssen wir weiter nachdenken...“ abspeisen zu lassen. Die Zeit der Nettigkeiten ist vorbei.

Insofern habe ich den (vorerst geschlei-

erten) Aufstand der Lafontaineisten mit Sympathie verfolgt: Endlich war der Richtungskampf, der seit Jahren zugedeckt wird, öffentlich zu erkennen, endlich war es so weit, daß die öffentliche Diskussion polarisiert war: hier Nationalisten, dort Sozialisten. Endlich wurden Roß und Reiter genannt! Doch die Kraft reichte (noch) nicht aus.

Haben die Jusos geschlafen? Die Bezirke? Der Parteirat? Das Ollenhauerhaus?

Manche Jusos scheinen mir in der Gefahr zu sein, ihre Reformvorschläge bürokratisch, nicht strategisch angehen zu wollen. Kleinlich sind z.B. Quotierungen, die über die historisch notwendige Frauenquote hinausgehen: fünf Prozent Jusos da, ein Drittel Beamte auf vier Fünftel Arbeitnehmer dort, zwei Frauen pro Viertel Selbständige. Auf einen Schelmen anderthalbe.

Die zu Ende gedachte Quotierung zementiert nur den Status quo. Denn Quotierungen entbinden von der politischen Pflicht, das Neue im Streit durchzusetzen. Erhard Eppler hat das am neuen Grundsatzprogramm deutlich gemacht: Der Weg zum Programm ist fast wichtiger als das Programm selbst. (Und wer sich an den Weg zum Berliner Programm erinnert, weiß, warum es in der Mitgliedschaft unbekannt blieb: Es besitzt keine emotionale Verankerung, es war Schreibtischarbeit, Papier.) Neues ist nur im Streit zu verankern. Deshalb sind Revolutionen so identitätsstiftend.

### Wann werden wir rufen: „Wir sind das (Partei-) Volk?“

Wir spüren, daß die Partei alten Typs historisch überholt ist: Wie sich im 19. Jahrhundert Parteien aus Vereinen bildeten, werden sich im 21. Jahrhundert Bürgerinitiativen aus Parteien bilden. Dieser Prozeß ist unumkehrbar. Um aber in der Übergangsphase autoritären Populismus, Diktatur, Faschismus oder Anarchie zu vermeiden, müssen die

demokratischen Linken aus Ost und West parteiübergreifend ein europäisches Netz aufbauen, das die jungen Parteien des Ostens mit den alten Parteien des Westens verbindet.

Ich halte es deshalb für falsch, die Jungsozialisten als autonomen Jugendverband aus der SPD auszugrenzen. Die Jusos müssen vielmehr innerhalb der SPD die neuen Strukturen „gebären“. Denn die Jungsozialisten werden es sein, die nach der Enkelgeneration die SBE, die Sozialdemokratische Bürgerinitiative Europas, begründen müssen.

1 vgl. „Staatspartei oder Bürgerinitiativen“, in: Wolfgang Michal, Die SPD - staatsreu und jugendfrei, Reinbeck b. Hamburg 1988, S. 191

All jenen übrigens, die (wie Heide Schulze in spw Nr. 52, S. 36) behaupten, ich würde einer Amerikanisierung der SPD das Wort reden, möchte ich Dietrich Bonhoeffer's Satz entgegenhalten, „daß politisch verantwortliche Arbeit immer möglich ist, wenn sie auch gegen die Wirklichkeit ernst nimmt, die gegen den eigenen Willen entstanden ist.“ Die Amerikanisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist eine solche Wirklichkeit.

## WELTMEISTER

Nationalismus, über den der Bundesinnenminister ... suchte eifertig alle ... fragen angesichts des ... Taumels beim ... deutschen Nationalismus ... dem Frankfurter Römer ... Das ist die reine sportliche ...

... des Weltmeisterschafts ... im dumpfen Stakkato aus ... des römischen Olympia ... aufsteigenden „Sieg“-„Sieg“- ... vom Sonntag zuvor noch im ... oder die ob des Sieges in ... deutschen Provinzstädten ...

... schwarz-weiß-roten ... mag sich sein Teil ... Nichts gegen den verdien ... Meister-Titel und auch nichts ... daß die „verschütteten Fä ... eingeworfen sind, sich ein ... können, wie es überall ... selbstverständlich ...

... die neue Welle der ... Bekenntnisausbrü ... deutscher Identität wirklich auf ... unhistorischen Begriff ... Die CDU tut es: „Wir ... auf Deutschland“ ließ sie ... plakativen. Ein junges ... umachungen mit einem ... Schall. Als ob die deutsche ... Ergebnis zärtlich-ro ... Annäherungsversuche war. ... Deutschland wirklich so gut gerüstet ... postnationale Zeitalter?

Unmerklich verkehren sich die Fronten. Die Umwertung und Relativierung der europäischen Nachkriegsgeschichte ist in vollem Gang. Nächstens wird die Sowjetunion noch dafür katzbuckeln müssen, daß sie Hitler zum Angriff provoziert hat, und das zwölfjährige Reich wird seine Rechtfertigung als antisowjetisches Bollwerk erleben, wie es seit Jahr und Tag der Odessa-Kämpfer Alfred Dregger annimmt. Zufall, daß er gerade jetzt exakt für diese „patriotische“ Haltung den Konrad-Adenauer-Friedenspreis erhielt? Bald wird uns nachträglich zumindest der moralische Sieg im Weltenbrand des zweiten großen Krieges zustehen. Er war ja anti-

... sind wir Weltmeister an allen ... geworden: in der Einheit, im ... in der Ökonomie. Aber, auf ... Deutschland freuen wir uns ...? Auf eines, das den asozialen ... die Einheit gewählt hat? Auf ... alle Schwächen deutscher ...

... Arend, JUSO-Bundesvorstand, ...

Demokratieentwicklung zu zementieren scheint? Auf eines, das mit immer protzigerer ökonomischer Gebärde die Schwäche der ehemaligen Ostblock-Staaten auszunutzen sich anschickt? Die CSU forderte - quasi als Ausgleich zu der nur mit Bauchschmerzen und vielen Gegenstimmen akzeptierten gemeinsamen Entschließung von Volkskammer und Bundestag zur polnischen Westgrenze - aus der bayerischen Alpenfestung die Polen auf, sich mit einem „deutlichen Wort“ an den deutschen Vertriebenen zu entschuldigen. Die wiederum bereiten mit Unterstützung aus Steuergeldern eine großangelegte Abstimmung „Frieden durch freie Abstimmung“ in den Ostgebieten vor, in der die Menschen dort gefragt werden sollen, ob sie noch weiterhin zu Polen gehören möchten. Der Kanzler, der lange glaubte, sie mit rhetorischen Zugeständnissen bei der Stange halten zu können und nun den Zeitpunkt sah, sie zur endgültigen Aussöhnung mit Polen und zur Akzeptierung der Grenzen aufzurufen, ging mit seiner Forderung beim jüngsten Vertriebenentag in einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert unter.

Ein wichtiges Motiv hinter dem ganzen Einheitstaumel ist also die kollektive Verdrängungssucht, die wie nichts anderes das deutsche Verhältnis zur Geschichte kennzeichnet. Für die kritische Aufarbeitung einer so verunglückten Geschichte wie der deutschen, der Geschichte der unvollendeten Demokratie, soll keine Zeit bleiben, gerade weil am Ende unausweichlich die Frage nach einem neuen demokratischen Aufbruch stehen würde. Die Diskussion demokratischer Alternativen zum untertänigen Anschlußdeutschland à la Wunderkohl wird mit Nestbeschmutzung gleichgesetzt. Der Mangel an demokratischer Substanz und die Fesseln

kommunistisch gemeint. Der Zerfall des realsozialistischen Imperiums hat dieser Sichtweise nun nachträglich recht gegeben.

Alles in allem: Die Neigung zu einer differenzierten Geschichtsaufarbeitung und zur skrupulösen Präsentation neuen Nationalbewußtseins der Deutschen nimmt ab. Ein zusätzlicher Grund: Wie nach dem zweiten Weltkrieg die Trauerarbeit über das Nazi-Regime wirtschaftswunderlich kompensiert wurde, macht sich heute wiederum der „Horror vacui“ breit. Die DDR-Bürger, nach dem Ende des SED-Regimes und der gleichsam über Nacht im Abgrund verschwundenen eigenen 40jährigen Geschichte stehen vor einer Tabularasa-Situation, vergleichbar der nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Im freien Fall ins identitäre Nichts flüchten sie kollektiv in das neu entdeckte Deutschland. Das frisch lackierte schwarz-rot-goldene Firmenschild, das die Regierung da so eifertig aufpoliert, strahlt als Fixstern, hinter dessen Bahn sich alles in ein neues blankgeputztes Morgen retten will, das kein Gestern mehr kennt, sondern nur noch glückliche Ware Zukunft.

Ein wichtiges Motiv hinter dem ganzen Einheitstaumel ist also die kollektive Verdrängungssucht, die wie nichts anderes das deutsche Verhältnis zur Geschichte kennzeichnet. Für die kritische Aufarbeitung einer so verunglückten Geschichte wie der deutschen, der Geschichte der unvollendeten Demokratie, soll keine Zeit bleiben, gerade weil am Ende unausweichlich die Frage nach einem neuen demokratischen Aufbruch stehen würde. Die Diskussion demokratischer Alternativen zum untertänigen Anschlußdeutschland à la Wunderkohl wird mit Nestbeschmutzung gleichgesetzt. Der Mangel an demokratischer Substanz und die Fesseln



einer aufgeschwätzten Staatsloyalität dieses Prozesses kennzeichnen vor allem das Zustandekommen des deutsch-deutschen Staatsvertrages, die Parteienvereinigungen und die jüngst erzielten Ergebnisse zum Wahlrecht für die gesamtdeutschen Wahlen. Hier wie überall: Übernahme statt Selbstbestimmung.

Nichts gegen die deutsche Einheit. Sie ist Volkswille. Aber auf die Bedingungen kommt es an. Und diese sehen schlecht aus für ein positives neues Gesamtdeutschland. Mit dem Hobel des gesunden Patriotismus wird alles ins rechte deutsche Lot gerückt. Die Diskussion um die Verlegung des Wahltermins hat gezeigt: Der Versuch, einer rechten Hegemonie putschartig den Weg zu bahnen, zielt darauf, ein einheitliches Deutschland - demnächst auch noch mit einheitlicher Armee - als antidemokratisches Bollwerk zu zimmern, das nicht wieder dem Druck der Straße standhalten muß, wie es jüngst der CSU-Regierungschef Max Streibl beschwor. Ob wirklich - wie die Deutschen - „der zu sich kommt“, der derart „außer sich gerät“ (FAZ), mag bezweifelt werden. Kein Wunder, daß die von der Regierung zweckoptimistisch verklärte Freude auf Deutschland nicht überall so gesehen wird. Was da an tief sitzendem europäischen Unbehagen an die Oberfläche dringt, hat auf ungeschickte und provozierende Weise der zurückgetretene britische Handelsminister Ridley aufscheinen lassen. Die Befürchtung wächst, daß sich das integrierende Gesamteuropa nurmehr auf eine durch Hegemonieangst zusammengehaltene Allianz gegen Deutschland reduzieren läßt, statt in einem gemeinsamen Prozeß eine positive Identität und eine positive weltpolitische Rolle in den Bereichen Frieden, Ökologie, Weltwirtschaft und Wohlfahrt zu entwickeln.

Der in diesen Tagen auf Seiten der Linken häufig genug angemahnte positive Gestaltungsanspruch für ein zukünftiges Gesamtdeutschland darf sich nicht auf Gespensterbeschwörung be-

schränken. Aber er hat das Faktum der deutschen Einheit und ihrer Folgen kritisch in Rechnung zu stellen. „Die war“, so resümierte 1947 der französische Botschafter in Nazi-Deutschland von 1931-1938, Andre Francois-Poncet, seine Erfahrungen mit Deutschland, „seit jeher der Grundpfeiler des Alldeutschtums, das Fundament seines Machtwillens und seines Expansionsdranges, seines Herrschaftsstrebens. Selbst wenn man einen in seiner Ausdehnung beschränkten Einheitsstaat erstehen ließe, würde dies das Wiedererleben des Hitlertraums unter anderer Gestalt, der Umsturz- und Revanchegelüste bedeuten.“ So wenig wie diese düstere Prognose zwangsläufig sein muß, so wenig gibt es eine Garantie dafür, daß ein Weg friedfertiger europäischer Einbindung der Deutschen und Abrüstung und europäische Einbindung der Deutschen nun zwangsläufig kommt. (Thomas Schmid in dvz 31). Die Tatsache, daß die Anerkennung der polnischen Westgrenze für die CDU nur als Tausch für die Anerkennung nationalstaatlicher Souveränität gewährt wurde, spricht Bände.

Der Riese Deutschland hatte sich mit einer Geschichtsspur aus Blut und Eisen selbst zu Fall und die Welt an den Rande des Abgrunds gebracht. Nun entledigt er sich der tausend durch seine Nachbarn geknüpften Fäden wie der gefesselte Gulliver, ohne daß sichtbar wird, wie die in ihm schlummernden Machtpotentiale demokratischer Bändigung unterworfen werden könnten. Ist es wirklich nur linke Unken-Mentalität, wenn man Unbehagen darüber verspürt, wie sich der mit zunehmend vernebeltem historischen Bewußtsein neu erwachende Riese dergestalt auf europäischer Bühne zu recken beginnt? Wohin wird der neue Weltmeister gehen? Wer wird ihm die Richtung vorgeben?

spw.

Thomas Rausch

„Der Club der toten Dichter“:

## Neuer kultureller Agitprop-film

Nachbetrachtung zu einem Kinoerfolg

Dauerbrenner im Kino, Publikumserfolg, von einer sozialkritisch motivierten Kritik beachtet: „Der Club der toten Dichter“. Zur Zeit läuft Weirs Film unvermerkt in seine 26. Woche.

Nur ein gefühlsschwangerer Sülzfilm Marke USA? die siebenunddreißigste Neuauflage eines literarisch-filmischen Lieblingsmotivs - des Knabeninternats? überaus geeignet zu seinem einzigen Zweck, beim Zuschauer verklärt-romantische Erinnerung an eigene vergessene Jugenderlebnisse und -sehnsüchte zu mobilisieren??? So jedenfalls sprachen's die Genossinnen und Genossen, die zahlreich aus dem

„Club der toten Dichter“: Massen sind... wir... der Fuß...-Gesellschaft... den kritischen

vor. Die unablässig konsumierenden... im Schablonen... Genossen... bleiben nicht... von der Message... ihnen die Entfesselung der Individualität vor-

Lauf noch einmal in... US-amerikanisches... Jahre, Knaben aus... Pubertät; ein... lehrer, der den... das anarchische, ... Potential romanti... offenkundig und das... anerzogene Unter... aufbricht, sie... die eigene Persönlich... entwickeln und auszule... Schüler, der seine... entdeckte Individualität

... zu seinem Maßstab... will, wird von seinem... obrigkeitstaaliche... pochenden Vater... erdrückt - und begeht... Von der Internatslei... als Schuldiger dafür... Englischlehrer identifiziert... Die nun auf die... zurückge... Schüler jedoch solidari... in ihrer Mehrheit mit... scheidenden Englischlehrer... widersprüchlichen... sie widersetzten sich... dem Rektor, der jede... von Abschied, Kommuni... oder gar Solidarität mit... erlassenen Lehrer unterbin... will.

Gewiß, aus der Mottenkiste mit den abgewälzt-abgeschmackten

Versatzstücken des Unterhaltungsfilms, Rubrik Knabeninternat, hat sich Regisseur Weir großzügig bedient: Ausgerechnet im Theater muß der spätere Selbstmörder Neil sich selbst verwickeln; überhaupt dieser Selbstmord - hätte nicht eine weniger hochdramatische Variante gewählt werden können?... Dennoch steht im Zentrum des Films die gesellschaftspolitisch relevante Antithese zum Konformismus: das Streben nach einer selbstbestimmten Individualität.

„Das politische Potential der sich entfaltenden Privatsphäre liegt ... in der Wahrnehmung von Selbstgestaltungsmöglichkeiten; darin, tief sitzende kulturelle Selbstverständlichkeiten durch die direkte Tat des Andersmachens zu verletzen und zu überwinden“ (U. Beck, Risikogesellschaft). Daß diese Individualität nicht zu ausschließlich ichbezogenem Individualismus geraten muß (wie bei dem theaterspielenden Selbstmörder), erweist sich in der Schlußzene: Dort entwickeln die Jugendlichen ausgehend von ihrem Selbstbestimmungsanspruch ein kollektives Engagement, indem sie sich mit dem geschäfteten Lehrer solidarisieren. „Eine funktionale Atomisierung in vereinzelte Einzeln ist nur das eine Moment in dieser Dialektik der Aufklärung, dem auf der anderen Seite durchaus neue Formen alltäglicher Solidarität gegenüber stehen“ (R. Zoll u.a., Nicht so wie unsere Eltern! Ein neues kulturelles Modell?, Opladen 1989).

Die Jungs aus dem „Club der toten Dichter“ als Kronzeugen für das neue kulturelle Modell? Ein neues kulturelles Modell in den 50er Jahren? Die Antwort ist ja und nein. Die bourgeoisen

Internatszöglinge der 50er Jahre mögen Orientierungen entwickeln, die wir heute dem neuen kulturellen Modell zuordnen - modellhaft für ihre Zeit sind sie dabei nicht; ihre Haltung ist zwischen 1950 und 1960 kein Massenphänomen. Auch der sich selbst verwirklichende Goethe könnte in mehrfacher Hinsicht das neue kulturelle Modell repräsentieren, wäre er nicht Vertreter der verschwindend kleinen hierarchischen Spitze seiner Gesellschaft.

Anders die Kino konsumierenden Massen 1990. Sie haben mehr oder weniger - Resultat des sozialstaatlichen Kapitalismus - veränderte Deutungsmuster und Bedürfnisstrukturen entwickelt. Und sie identifizieren sich mit den jugendlichen Akteuren im Film, die mit ihrem Drang nach Selbstverwirklichung das verkörpern, was für Florian Normalverbraucher und Sylke Normalverbraucherin heute Normalität ist. Ihre Reaktion ist vom Regisseur intendiert.

Insofern stellt dieser einen antirepressiv-alltagsdemokratischen Selbstfindungsprozeß dar - bewußt zu dem Zweck, die Reflexion der KinobesucherInnen, ihre Selbstreflexion, zu initiieren: „Der Club der toten Dichter“ - ein sülzig-klischeehafter und doch zeitgemäß-politisierender Lehrfilm.

Thomas Rausch, Student, Bremen



„Wohin fährst du?“  
fragt der eine.  
„Nach Krakau“,  
ist die Antwort.  
„Sieh her, was du für  
Lügner bist“,  
braust der andere auf.  
„Wenn du sagst,  
du fährst nach Krakau,  
willst du doch,  
daß ich glauben soll, du  
fährst nach  
Lemberg.  
Nun weiß ich aber,  
daß du wirklich fährst  
nach Krakau.  
Also warum lügst du?“

Jüdischer Witz

In der Philosophie unserer Tage ist die Theorie der Simulation en Vogue. Nicht nur im Studierzimmer von Monsieur Baudrillard und seiner Adepten wird kräftig simuliert, sondern auch in der linken Polit-Diskussion. Die Simulakren zweiter und dritter Ordnung versperren die Sicht auf das „Wahre“, so wird geklagt. Land auf, Land ab das Jammern über die „Agonie des Realen“. Wobei sich nur die Frage stellt, wer es denn da eigentlich ist, der in Agonie verfällt?

In den siebziger und achtziger Jahren bereicherte der französische Philosoph Jean Baudrillard die Geschichte der Metaphysik mit seiner Theorie der Simulation. Unstatthafterweise auf eine Formel gebracht, lautet die Ausgangsidee seiner Überlegungen so: Wir leben in einer Welt der Simulakren, in der der referentielle Bezug zwischen Zeichen und Bezeichnetem verloren geht. Die Zeichen bilden das Reale nicht mehr ab, sie substituieren es. Somit kommt es

zur viel beklagten „Agonie des Realen“ (so der programmatische Titel eines Buches von Baudrillard).

So weit, so schlecht, gäbe es nicht immer noch die Spätsolcher Gedanken, wenn sie im Dunkel des politischen Diskurses abgesunken sind. Da taucht eine originäre Idee plötzlich wie was vom Atmosphärischen an die Bekundungen Baudrillards erinnert. So war - nur als Beispiel - in einer früheren Ausgabe dieser Zeitschrift die Gelegenheit zu entdecken, daß „Simulation in der Politik die halbe Wahrheit ist“ und die SPD „ein Potosches Dorf“. Nun inspirieren solche Aussagen: die SPD als Schein ohne Sein, Verpackung ohne Inhalt, reine Form? Das die uns bisher eher als biederes Stilleben erschien, ein kafkaeskes Schloß?

Soweit gekommen, ergibt sich Rest wie von selbst. Das Janus kann anheben ob diesem schlichten Betrug. Die Partei vermag und noch schlimmer ... uns. Und demokratisch, sozialistisch oder sonstwie ganz nett sein sollte, entpuppt sich dem fortschrittlichen Blick als bloße Fassade. Simulation und nichts als Simulation, ein häßliche Schein versperrt den Blick auf das schöne Sein.

Nun liegt die Crux dieser Argumentationsfigur weniger in der Aussage begründet, als in dem Gestus, in dem sie vorgetragen wird. Es wird hier ein Stimmangebot gemacht, das mit dem Pathos des Opfers spricht. Bei der SPD wird, daß man um das „wahre SPD-Sein betrogen wird und

# Agonie des Simulierens

... zu dessen Sachver-  
... Erden erklären muß.  
... liegt dabei darin, - und  
... zugegebenermaßen  
... - , daß hier etwas  
... wird, das es eh so nicht  
... Existenz man sich  
... diesem Weg versichern  
... wie der Asket immer im  
... über die „falschen“ und  
... Suche nach den „wahren“  
... lassen ist, um sein vertrock-  
... Samenleben zu rechtferti-  
... der linke Sozialdemokrat  
... Genossin auf der Fährte der  
... „linken“ SPD, die  
... ihren Mächten ihm vorent-  
... wird. Und die wird dann  
... Geplirt in den Halbsätzen von  
... und Grundsatzprogram-  
... und wie bei allen Mythen in  
... ihrer Vergangenheit.  
... kurzer Exkurs dazu: als die SPD  
... im Landtagswahlkampf NRW den  
... Spruch plakatierte: „SPD - seit  
... 25 Jahren im Kampf gegen  
... Kommunismus und Nationalis-  
... mus“ empörten sich die Jusos  
... unter Hinweis auf die Einheit der  
... Arbeiterbewegung über diese  
... Aussage. Aber keiner kam auf die

Idee, den Skandal nicht in der antikommunistischen Stoßrichtung der Spruchs, der als Tatsachenbeschreibung bis auf die Jahreszahl ja richtig ist, als vielmehr in der historisch widerlegbaren Behauptung der eigenen antinationalistischen Vergangenheit zu sehen.

So erscheinen die gesamten Klagen darüber, daß die SPD nicht das ist, was sie ihren Grundsätzen, ihrer Geschichte oder was weiß ich auch immer nach sein sollte, als geschickte Strategie, sie „schöner zu trinken“ (alte Alkoholikerweisheit), als sie nun mal ist. Dagegen bleibt aber entschieden zu vertreten, daß Form und Inhalt, Schein und Sein, Bild und Abgebildetes ineinander übergehen. Die SPD ist so, wie sie zu sein scheint, basta, keine Klagen. Der Leere im Gesicht korrespondiert nur geistiger Hohlraum, um ein abgeschmacktes Bild aus der Ausdruckspsychologie zu benutzen. Oder, wie der Volksmund zu sagen pflegt: Wo Nix is, da is Nix. Also: Wenn die SPD in der Frage der deutschen Vereinigungspolitik

den Härtegrad von Knetmasse zeigt, so kann man es ihr ebenso wenig vorwerfen wie einem Fähnlein, daß es im Wind flattert. Es gehört nun einmal zum So-Sein des Fähnleins, sich im Wind zu drehen.

Und wenn die SPD plötzlich lauthals nationalistisch tönt, so ist kein internationalistischer Gedanke dadurch betrogen. Denn um fremdzugehen, muß man mindestens verheiratet sein. Um es in einem Bild zusammenzufassen: Im letzten Europawahlkampf warb die SPD mit einem Fernsehspot, in dem einige Menschen auf einer Wiese zur Klampfe „Wir sind Europa“ intonierten. Eine Mischung aus Fischer-Chören, Modern Talking und den Pfadfindern. Dies zeigte alles, was zu zeigen war - an Programm, Charakter und Ästhetik. Da war nichts von Simulation dabei.

Also, auf nach Lemberg!

Rainer Bäcker, Psychologe, Köln

**SPD BREMEN:**

# MEHR LINKES PROFIL

In einer sozialdemokratischen Hochburg wie Bremen ist das Verhältnis von Partei, Fraktion und Regierung (Senat) natürliches Dauerthema und Dauerproblem für die SPD-Linke. Die parlamentarische Opposition fällt in diesem Bundesland kaum ins Gewicht. Umso wichtiger ist es, daß die bremische „Staatspartei“ in den eigenen Reihen kontrovers diskutiert und notfalls auch in Opposition zum Senat geht. Nachdem der frühere Landesvorsitzende Herbert Brückner auf einen Konfliktkurs gegenüber Senat und Fraktion gegangen und diesem zum Opfer gefallen war, trat seine Nachfolgerin Ilse Janz vor zwei Jahren an, um Senat, Fraktion und Partei wieder stärker zusammenzuführen.

Ganz andere Töne auf dem ordentlichen Landesparteitag im Mai. Vielfache Erfahrungen mit selbtherrlicher Senatspolitik veranlaßten Ilse Janz zum Versprechen, Positionen und Interessen der Partei aggressiver gegenüber Regierung und Fraktion einzubringen. Jüngster Fall: Um für den Abfluß des LKW-Verkehrs vom Hafen ins Binnenland zu sorgen, wurde die A 281 konzipiert. Was dabei herauskam, war die Senatsentscheidung für eine Stelzenautobahn durch das Wohngebiet der Bremer Neustadt - eine Entscheidung gegen den breiten Protest aus der Bevölkerung, eine Entscheidung ohne Prüfung von Alternativen und ohne vorherige Meinungsbildung in der Landespartei.

Ilse Janz wurde mit übergroßer Mehrheit wiedergewählt. Ein Erfolg für die Linke bestand darin, daß im Landesvorstand ein ausgewiesener Parteirechter durch Horst Isola, den Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, ersetzt werden konnte und die frühere Juso-Landesvorsitzende Eva Quandte-Brandt in den Landesvorstand gewählt

wurde. Es stellt sich nun die Frage, ob diese Ergebnisse inhaltlich und in den Parteigliederungen abgesichert und fundiert werden können. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Ablehnung des Staatsvertrages durch die Bremer SPD (im Gegensatz zur Zustimmung durch den Senat und sämtliche Bremer Bundestagsabgeordnete). Auf einem weiteren Landesparteitag am 30.5. wurden wichtige Markierungspunkte zum Entwurf für ein Regierungsprogramm „Fortschritt 90“ gesetzt. Die kritische Zustimmung beinhaltete zugleich weitergehende Forderungen, die auch als bundesweite Position der Parteilinken dienen könnten. So fordert die Bremer SPD in puncto F'90 u.a.,

- die soziale Grundsicherung für alle Altersgruppen fest zu verankern,
- das Pflegefallrisiko durch ein Bundesleistungsgesetz und damit aus Steuermitteln (und nicht auf dem Versicherungsweg) abzusichern,
- die Blümsche Rentenreform rückgängig zu machen,
- den Wegfall der Kfz-Steuer auszusetzen,
- „Verursacherfonds“ im Umweltschutz auf der Basis von Industrieabgaben einzurichten.

Kritisiert wird insbesondere, daß „das zusätzlich notwendige wirtschaftsdemokratische Instrumentarium von der F'90-Kommission nicht berücksichtigt“ worden ist. Stattdessen soll es nun in einem Regierungsprogramm heißen: „Wesentlicher Bestandteil einer demokratisch gesteuerten Strukturpolitik sind Wirtschafts- und Sozialausschüsse, die dazu beitragen, bei wirtschaftlichen Zukunftsfragen und Umstrukturierungsmaßnahmen das Allgemeininteresse deutlich zu machen.“

Spannend dürfte es werden, wenn es um die heimische Wirtschaftspolitik - genauer: um das Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm (WAP) des Bremer Senats - geht. Mitte Juli wurde auf dem Parteitag des größten Unterbezirks (des UB Bremen-Ost) ein Antrag verabschiedet, der eine deutliche Umorien-

tierung des WAP fordert (aktive Strukturpolitik mit demokratischer Beteiligung statt herkömmlicher „Wirtschaftsförderung“, „Konversion“ statt „Subvention“, Ausweitung der Arbeitsmarktpolitik durch einen Beschäftigungsfonds, Auflage eines beschäftigungspolitischen Sofortprogramms). Dieser Antrag wird im Spätsommer einem Landesparteitag zur Beratung vorliegen (dazu Bericht im nächsten Heft).

Der Unterbezirk Bremen-Ost stellt gegenwärtig die wohl bedeutsamste Basis der Bremer Parteilinken dar. Hier gibt es auch den einzigen funktionierenden Diskussionszusammenhang in Form der „UB-Ost-Linken“. Sie stellt ein recht breites Bündnis dar, mit dem im Frühjahr die Übernahme des UB-Vorstandes durch die Parteirechte verhindert werden konnte. Während man sich auf der Landesebene zwar im großen und ganzen und allgemeinen zur Linken in der SPD zählt, fehlen die Einrichtungen, die dies über regelmäßige und gemeinsame Diskussionen ausfüllen könnten. Bei allen erwähnten Erfolgen dürfte sich dies auf Dauer doch als ein erhebliches Manko erweisen.

*Eva Quandte-Brandt,  
Mitglied des SPD-Landesvorstandes Bremen*

**HANNOVER:**

# DIE PARTEILINKE NACH DEM WAHLSIEG

Der rot-grüne Wahlerfolg in Niedersachsen stellt natürlich auch die Parteilinke vor neue Anforderungen. Damit beschäftigte sich der linke „Info-Kreis“ im größten niedersächsischen SPD-Bezirk Hannover. Auf einem Seminar am 7./8. Juli wurde dahingehend Konsens erzielt,

der Inhalt der Koalitionsvereinbarung in vielerlei Hinsicht fortgeschrittlicher sei als die Auffassungen innerhalb der Landes-SPD und insbesondere innerhalb der Landtagsfraktion.

• daß die Ministerien im Regelfall nicht in der Lage und/oder Willens sein dürften, entscheidende Impulse bei der politischen Neuorientierung zu spielen und

• daß es die zentrale Aufgabe der Parteilinken (PL) sein müsse, die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung einzufordern und voranzutreiben.

Dazu wird die PL Arbeitsgruppen in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales bilden, die z.B. für den ökologischen Umbau der Wirtschaft, den Ausstieg aus der Atompolitik, den Einstieg in eine fortschrittliche Abfallpolitik, die Beseitigung des Pflegenotstands und die Personalaufstockung im Sozialbereich konzeptionelle Vorgaben und konkrete Handlungsschritte erarbeiten sollen. Um den Anforderungen in der Landes-SPD gerecht zu werden, will die PL des Bezirks Hannover initiativ werden und eine Landes-Linke organisieren.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Parteireform. Denn aus Sicht der Hannoveraner Linken wurde die Landtagswahl nicht wegen, sondern trotz des Zustandes der Landes-SPD gewonnen. Wichtigstes Ergebnis war ein Antrag für den Landesparteitag am 14.7. (dort auch beschlossen), der einen Arbeitsauftrag für organisationspolitische Reformen, Mitgliederwerbung, Kampagnenfähigkeit u.a. enthält. Weiterhin dürfte in der neuen politischen Situation eine Entkopplung von Parteiämtern und hohen Staatsämtern sinnvoll sein. Für den eigenen Bezirk bedeutet dies konkret, Gerhard Schröder auf einem vorgezogenen Bezirksparteitag im Februar/März 1991 von der Aufgabe als Bezirksvorsitzender zu entlasten. Als Nachfolger ist u.a. der gegenwärtige Vorsitzende des Unterbezirks Hannover-Stadt, Wolfgang Jüttner, im Gespräch.

Weiterhin reklamiert die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) den Vorsitz für eine Frau. Diese Forderung hat allerdings in den Reihen der Linken insofern Unmut erzeugt, als sie bislang mit keiner konkre-

ten Person verbunden ist und dies Raum für Spekulationen und Hinterhaltsspielchen innerhalb des „Info-Kreises“ zuläßt, die durch das Seminar Anfang Juli gerade vermieden werden sollten. Insgesamt kann dadurch der Eindruck entstehen, daß die AsF vor allem als personalpolitische Pressure-group operiert, ohne einen konkreten Vorschlag inhaltlich ausweisen zu müssen. Es steht zu befürchten, daß ein derartiger Eindruck auf mittlere Sicht erreichte Erfolge der SPD-Frauen in Frage stellt bzw. ein Roll-back provoziert. Im Herbst soll es zu diesem Thema eine vertiefte Debatte zwischen PL und AsF geben.

Unterschiedliche Akzente gab es auf dem Seminar in der leidigen PDS-Frage. Die Positionen reichten von einer harschen Abgrenzung bis hin zu einer nüchtern-inhaltlichen Diskussionsbereitschaft, wie sie insbesondere von Peter von Oertzen und den „Jusos“ in der PL vertreten wird. Ob eine stärkere Vereinheitlichung möglich ist, dürfte sich wohl erst in einigen Monaten zeigen.

*Uwe Manik,  
Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Hannover*

**Zeitungsmacher!**

Bei uns gibt's Vereins- & Verbandszeitungen in TOP-QUALITÄT; wir drucken ausschließlich über Film + Metallplatte.

Außerdem: Negativ- und Mehrfarbdruck sind für uns ebenso Standard, wie beste, professionelle Weiterverarbeitung !!

Unsere Preise? SENSATIONELL!

**0 23 04 / 2 17 55**

DRUCKEREI Uwe Nolte • Karl-Gerharts-Str. 35 • 5840 Schwerte 1



JUSOS:

## DROHENDE RECHTS-VERSCHIEBUNG?

Die auch in dieser Zeitschrift geäußerten Hoffnungen, die „undogmatischen“ und marxistisch orientierten Strömungen der Jusos könnten ihre Grabenkriege langsam aber sicher beenden, zu einem erneuerten linken Konsens und einer klimatischen Annäherung kommen, scheinen sich nicht zu erfüllen. Im Gegenteil: Im Bundesverband herrscht umfassende Blockade.

Die „undogmatischen“ Jusos, deren Spektrum und Umfeld von jungen SPD-Rechten über Lafontaine-Fans bis zu (allerdings wenigen) marxistisch bzw. linkssozialistisch Inspirierten reicht, finden ihre fraktionelle Identität noch immer in der emotionsgeladenen Gegnerschaft zu den „Stamokaps“. Die hiervon ausgehende Blockade des Verbandes umfaßt mehrere Elemente:

- Das Bundessekretariat der Jusos befindet sich nahezu vollständig in „undogmatischer“ Hand. Von hier aus wird nun ungehindert die Fraktionspolitik der „Undogs“ und ihrer Bundesvorstandsmitglieder koordiniert und unterstützt.
- Im Bundesausschuß benutzen die „Undogs“ ihre starke Stellung (in der Regel 50% der Bezirke) dazu, gegen die Mehrheit des neugewählten Bundesvorstandes durchzustimmen, statt fraktionsübergreifende Kompromisse zu erzielen.
- Nicht zuletzt haben persönliche Angriffe und Diffamierungen (insbesondere gegenüber der Bundesvorsitzenden Susi Möbbeck) ein nicht mehr erträgliches Ausmaß erreicht, was ein bezeichnendes Licht auf die politische Kultur der Jusos wirft.
- Ungebrochen fortgeführt werden antikommunistische Denunziationen gegenüber angeblichen „Stalinisten“, „PDS-Jusos“ etc., was insbesondere bei den „Jungen SozialdemokratInnen“

nen“ der DDR Wirkung erzielen soll (und auch erzielt).

- Statt den Vereinigungsprozeß zwischen BRD- und DDR-Jusos zu einem Abbau des Fraktionismus zu nutzen, wird die „undogmatische“ Fraktionspolitik auf die DDR ausgeweitet.

Besonders schwierig ist die „Vereinigungsproblematik“, da die DDR-Jusos ein eigenständiger Verband mit - nach eigenen Angaben - etwa 3.000 Mitgliedern sind und diesen Status am liebsten in den künftigen Gesamtverband einbringen möchten (die Bezeichnung „JungsozialistInnen“ wird akzeptiert). Führende GenossInnen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen und Susi Möbbeck hatten schon vor einigen Monaten ihre Offenheit gegenüber dieser Frage zum Ausdruck gebracht (vergl. ihre Vorschläge zur Parteireform in der SPW 52). Allerdings waren sie auf der Bundesausschusssitzung am 14. Juli zusammen mit anderen Bezirken dagegen, die Verbandsvereinigung aus diesem Grund in den nächsten Sommer zu vertagen und damit den Bundesverband zu einem Provisorium zu degradieren.

Die „Undogmatischen“ machten sich diesen Umstand umgekehrt zunutze: Obwohl sie der Statusfrage tatsächlich gleichgültig bis ablehnend gegenüberstehen, schwangen sie sich vor lauter Verständnis zum „Bündnispartner“ der DDR-Jusos auf und setzten im Bundesausschuß eine Verschiebung der Vereinigung bis in den Sommer 1991 durch. Hintergedanke: Die bis dahin fortschreitende Lähmung des Verbandes und das Andienen bei den DDR-Jusos könnte dann in einer glatten Übernahme der Verbandsspitze münden. Allerdings hat das SPD-Präsidium mittlerweile eine Übergangsregelung beschlossen, wonach auf dem Gebiet der bisherigen DDR auch Nicht-Parteimitglieder als Mitglieder der Jusos mitarbeiten können. Der Vereinigungskongreß soll im Februar oder März durchgeführt werden.

So oder so: In den gegenwärtigen kaputten Verhältnissen des Bundesverbandes wird es immer schwieriger, noch

eine konsensorientierte linke Politik durchzuhalten. Alles läuft auf den Versuch hinaus, im kommenden Jahr einem Bündnis zwischen „undogmatischen“ West-Jusos, größeren Teilen der DDR-Jusos und jungen SPD-Rechten eine grundlegende Wende in der Verbandsführung durchzusetzen. Dies ergäbe eine Konstellation, die zweifellos als Rechtsverschiebung bezeichnet werden müßte. Die Chancen dafür stehen gut, zumal eine ausstrahlungskräftige Juso-Linke nicht existiert, aufgegeben durch eine erfolglose Konsensorientierung, provinziell aufgespalten zwischen bayrischen und „preußischen“ Linken, „benachteiligt“ durch den Verzicht auf eine „Fraktionspolitik“ in der DDR und insgesamt durch den Zustand der SPD demoralisiert, muß sie erst einmal re-formiert werden. Dies ist nur als offene gesamtdeutsche Struktur möglich.

Ob es noch viel für die Linke bringt, die Verbandsspitze zu behaupten, ist eine offene Frage. Viel wichtiger wäre es wohl, die Bezirke zu stärken, ihr Gewicht - z.B. Nordrhein-Westfalens - in die Waagschale zu werfen und auf jene DDR-Jusos zuzugehen, die ihre politische Identität in einem linkssozialistisch orientierten Jugendverband sehen und nicht in einem halblinken/halbrechten Verein zur Förderung junger Karrieren. Auch dafür stehen die Chancen gut.

Ralf Krümer,  
Vorsitzender JUSO-Landesverband NRW

## HEIMATLOSE LINKE

### BEMERKUNGEN DER SPW-REDAKTION

#### ZUR „LINKEN LISTE/PDS“



# Das Deutsche

## SOZIALISTISCHE TAGESZ

Partei Linke Liste/PDS verkündete als Ziel

### eine geeinte Deutschland

Ministerinnin Andrea Borell, die die Vorsitzende der SPD ist, wird von Sozialisten als Programmänderung auf der Liste/PDS gesehen.

Die SPD hat sich die Unterstützung der PDS als Ziel gesetzt. Die SPD hat sich die Unterstützung der PDS als Ziel gesetzt.

Die SPD hat sich die Unterstützung der PDS als Ziel gesetzt.

#### 1. Linke Zustände West

„Die Linke ist in einem denkbar schlechten Zustand. Wir müssen eigene Niederlagen und den Zusammenbruch des realen Sozialismus aufarbeiten. Vieles muß neu durchdacht werden.“ So heißt es in der Vorlage „Linke Liste - was soll das?“ zum Kölner Treffen am 28./29. Juli, auf dem die Gründung einer „Linken Liste“ beschlossen wurde, die im Bündnis mit der PDS in den gesamtdeutschen Bundestag einziehen soll. Wir stimmen dieser Zustandsbeschreibung umstandslos zu: Die sozialistisch geprägte Linke ist im Westen schon seit geraumer Zeit mit einem rapiden Zerfall ihrer Einflußbereiche, ihrer intellektuell-publizistischen Resonanz und ihrer organisationalpolitischen Infrastruktur konfrontiert. Die Situation entspre-

der Strömungen im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich ist bestenfalls als Stagnation, im kulturellen Sektor als Rückzug und an den Hochschulen als katastrophal zu bezeichnen. Die relative Schwäche sozialistischer Kräfte in der Sozialdemokratie und bei den GRÜNEN ist Ausdruck und wichtiges Element dieser Situation. Die sozialistische Linke droht auf reines Zirkelwesen zurückgeworfen zu werden.

Eine Re-Formierung der sozialistischen Linken ist notwendig. Sie erfordert Geduld und Kooperationsfähigkeit untereinander. Beides muß erst noch gelernt und entwickelt werden. Vor allem aber kann diese Re-Formierung nur „von unten“ ausgehen, von den Politikfeldern und Infrastrukturen in Betrieben, Hochschulen und Kommunen, im kulturellen und publizistischen Sektor, in den Bewegungen, Initiativen und auch in den Parteien. Dort für partei- und zirkelübergreifende Kooperation und Kommunikation einzutreten, gemeinsame Projekte beim

Neuaufbau von Infrastrukturen, von theoretischen Konzeptionen und linker Reformpolitik zu entwickeln, ist die vorrangige Aufgabe in den kommenden Jahren. Es gilt, sozialistische Impulse zu entwickeln. Wirksam werden sie dann allerdings nur in dem Maße, wie sie sich zum einen im Rahmen sozialer Bewegungen und Kämpfe entfalten können und zum anderen über die Strukturen der Sozialdemokratie reformpolitisch verarbeitet werden.

Dieses Vorhaben läßt sich in dem Ausmaß realisieren, wie ein produktives Wechselspiel zwischen sozialistischen Kräften innerhalb der Sozialdemokratie (SPD und von ihr geprägte gesellschaftliche und staatliche Einrichtungen), innerhalb der GRÜNEN und einer radikal-demokratisch-sozialistischen Linken in eigenständigen politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Infrastrukturen hergestellt werden kann. Daraus folgt auch die unbedingte und aktive Ablehnung einer Ausgrenzung sozialistischer Kräfte links der SPD - auch im Eigeninteresse der SPD-Linken, die auf die Impulse und korrekiven Wirkungen derartiger Kräfte dringend angewiesen ist und nicht

abtauchen darf, wenn maßgebliche Teile der SPD einen derartigen Ausgrenzungskurs fahren. Diese Impulse und Wirkungen setzen aber umgekehrt den konstruktiven Bezug auf den „Tanker“ Sozialdemokratie voraus - und zwar nicht trotz, sondern gerade wegen seines abenteuerlichen Kurses in den vergangenen Monaten, der im Interesse der gesamten Linken geändert werden muß.

Die Verflechtung der SPD mit den staatlichen Apparaten, die Verbindungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften und die internationalen Beziehungen der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale sind strategisch wichtige Faktoren für jede linke Reformpolitik, die sich der Bedeutung der Macht, des Staates, der sozialen Kompromißstrukturen und der internationalen Mechanismen unbedingt bewußt sein muß. Diese Positionen werden gerade in den kommenden Jahren - angesichts der innerdeutschen, innersuropäischen und weltweiten Umbrüche - genutzt und gefestigt werden müssen. Geschieht dies nicht, wird das Terrain nicht etwa von den „wahren“ Linken besetzt, sondern von rechts her z.T. ausgetrocknet, z.T. einverleibt werden - mit allen Konsequenzen für die Bewältigung der in den 90iger Jahren anstehenden Probleme.

Konzeptionell besteht dabei die gemeinsame Schwierigkeit der Sozialistinnen und Sozialisten darin, eine unter Defensivbedingungen realistische Tagespolitik mit der grundlegenden Modernisierung und Neuformierung sozialistischer Kräfte zu verbinden und dabei drei notwendige Aufgaben anzugehen:

- Verankerung in der „Zivilgesellschaft“, in sozialen Bewegungen und demokratischen Initiativen, in fortschrittlichen Zeitströmungen und Lebenshaltungen;
- Verbindung zwischen einem lebendigen Marxismus und einer demokratisch-sozialistischen Perspektive gesellschaftlicher Selbstverwaltung und internationaler Solidarität;
- Entwicklung von Reformprojekten und entsprechenden Diskursen, in denen die radikale Kritik bestehender Verhältnisse mit der Nutzung ihres modernen Emanzipationsgehalts einhergeht.

Mit anderen Worten: Eine Re-Formierung der sozialistischen Linken ist nur im Sinne eines „modernen Sozialismus“ vorstellbar.

## Kongreß „Linke Liste - was soll das“

Am 28./29.7. trafen sich Teile der heimatlosen Linken West mit PDSlerInnen Ost in Köln. Wie vorhergesehen beantworteten sie die Frage, ob es eine gemeinsame Kandidatur west- und ostdeutscher Linker unter dem Dach der PDS geben soll, mit einem eindeutigen „Ja!“. Letztlich konnte der Kongreß die Bekantgabe von PDS-Chef Gysi „Herzlichen Glückwunsch! Damit ist die PDS-Linke Liste gegründet“ nur noch mit lautstarkem Beifall bejubeln. Gysi gab seine Entscheidung in seinem Abschluß-Statement Sonntagmittag bekannt, nachdem zuvor noch verschiedene Mitdiskutanten auf dem Podium und im Saal ihre Anmerkungen machen konnten. Überraschend war nur, daß mit Ibrahim Böhme auch ein Teilnehmer aus der SPD (Ost) nicht nur eingeladen, sondern auch erschienen war. Wohl in demonstrativer Absicht: Er werde auch weiterhin mit den Menschen aus den Bürgergruppen der DDR-Revolution reden, mit denen er zuvor schon in der Illegalität zusammengearbeitet habe, verkündete er. Im Kongreßverlauf wurde deutlich, daß einzig einigendes Band des zahlreich erschienen Publikums ein sektiererisches Verhältnis zur Sozialdemokratie, aber auch zu den Grünen war. Schon über den Stellenwert von Reformpolitik wurde in sektenüblicher Manier gestritten. Michael Wendl, als Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Südbayern und Watschenmann eingeladen, mühte sich am Samstag abend vergeblich, vor der x-ten Entlarvung der Sozialdemokratie zu warnen, stattdessen auf die Bedeutung von Interessenvertretungspolitik hinzuweisen. Man muß den Kongreß-Strategen Wolfgang Gehrcke (Ex-DKP Vorsitzender Hamburg) und Michael Stamm (Ex-GALier Hamburg) zugestehen, daß sie es über beide Tage verstanden, mit geschickter Regie und wohl platzierten Redebeiträgen den Kongreß trotzdem zum gewünschten Ergebnis zu führen. Ob es ihnen zukünftig gelingt, politikfähige Konzepte durchzusetzen, bleibt offen.

Unsere These lautet: Keines dieser Probleme und keine dieser Aufgaben wird durch die Kandidatur einer „Linken Liste“ auch nur ansatzweise gelöst. Wenn die eigene Feststellung vom „denkbar schlechten Zustand der Linken“ stimmt, ist es absurd, als nächsten Schritt den Einzug in den Bundestag ins Auge zu fassen. Und es

besteht sogar die Gefahr, daß notwendige und mögliche Entwicklungsprozesse der Linken, darunter vor allem auch der PDS, nachgerade blockiert werden. „Linke Liste - was soll das?“ heißt es im Titel der Kölner Papiere - das fragen wir uns allerdings auch.

SOZIALISTISCHE  
DROHT  
REINES  
SELWESSEN  
LÜCK-  
WORFEN  
WERDEN.

PDS-Perspektiven: Offen...

...repräsentiert ein bedeutsames Element für eine sozialistische Neuformierung in Form ihrer Mitglied- und Parteischicht, ihrer Verankerung in den Regionen und Schichten, insbesondere auch unter der jüngeren Intelligenz und ihrer organisatorischen und qualitativen Kapazitäten. Aber dieses Potential ist auch in vielfacher Hinsicht noch wirksame Erblast der Vergangenheit. Nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache sowie der heutigen gesellschaftlichen Gemengelage stehen ihre Chancen zwar nicht sonderlich gut, aber sie können ohne Zweifel genutzt werden: Die sinnvolle Auflösung der PDS würde die Mobilisierung dieses Potentials für eine kollektive Vergangenheitsbewältigung nicht befördern, sondern abbremsen. Mögliche Impulse für soziale Bewegungen und linke Theoriebildungen schon zu zerstören. Die Frage lautet allerdings: Was bedeutet es, diese Chancen zu nutzen?

Die PDS ist zunächst einmal eine DDR-Partei mit „Vergangenheit“. Ob die „Linke Liste“ über die „Vergangenheit“ siegt, ist nicht so sehr eine Frage der von PDS-Kritikern immer wieder eingeforderten „Vergangenheitsbewältigung“ (das natürlich auch!). Entscheidend dürfte sein, ob sich die PDS von einer Partei zur Verteidigung sozialer Interessen und Interessen auf dem Gebiet der DDR zu einer modernen linken Parteiformation im neuen Deutschland entwickeln bzw. in dieser solchen Formation aufgehen kann.

DARAUS FOLGT  
AUCH DIE  
UNBEDINGTE UND  
AKTIVE  
ABLEHNUNG  
EINER  
AUSGRENZUNG  
SOZIALISTISCHER  
KRÄFTE LINKS  
DER SPD -

Nachdem die Erneuerung der SPD seit Mitte der 80er Jahre immer mehr zum Stillstand gelangt ist und die GRÜNEN zweifellos nicht mehr als grundlegend alternatives Parteiprojekt anzusehen sind, scheint es für eine derartige Perspektive ernstzunehmende Spielräume zu geben. Die PDS versucht ihn - personifiziert durch Gregor Gysi - in einem „linken Populismus“ zu nutzen: Ein durchaus interessantes Unterfangen (in dem sich unter anderen Bedingungen auch Oskar Lafontaine übt), ist die Verbindung von „Linkssein“ und „Popularität“ der hiesigen sozialistischen Linken doch in der Vergangenheit recht schwer gefallen. Dies wäre sicherlich ein Beitrag für einen neuen, mehr „zivilgesellschaftlich“-demokratischen und weniger staatlich-parlamentarisch geprägten Politiktyp, mit Impulsen für eine moderne und populäre Sozialismuskonzeption. Davon könnten auch wiederum Wirkungen auf Sozialdemokratie und GRÜNE ausgehen, denn die Frage des Politik- und Parteityps stellt sich natürlich auch hier. Angesichts der nachwirkenden Vergangenheit der PDS und des jämmerlichen Zustands der westdeutschen sozialistischen Zirkel würde dies alles aber eine zweite radikale Transformation der PDS erforderlich machen.

Zwar denken wichtige Teile der PDS wohl in diese Richtung, im gegenwärtigen politischen Prozeß findet dies aber keinen ausreichenden Niederschlag. Im Gegenteil: Hinter Gysis Populismus und in der westdeutschen Listengründerei wird der „denkbar schlechte Zustand der Linken“ noch weiter kultiviert.

Programmatisch werden sozialdemokratische Reformpositionen bezogen, wie sie sich im großen und ganzen auch im „Fortschritt 90“ finden lassen (die Anerkennung marktwirtschaftlicher Effizienz darf dabei nicht fehlen). Es kann wohl bezweifelt werden, ob sehr viele Anhänger der „Linke Liste“ einen derartigen Ansatz oder auch Konzepte einer „Reformalternative“ überhaupt teilen. Und so wird dies - wie auf dem Kölner Treffen - mit viel antikapitalistischer Rhetorik und einem geradezu klassischen Verleumdungsdiskurs kombiniert (vergl. die erwähnte Vorlage), was mit einer modernen Kapitalismuskritik wenig bis gar nichts zu tun hat. Die darüber „hinausweisende“ spezifische PDS-Konzeption besteht im wesentlichen darin, über die vorrangige Bedeutung der Gattungsfragen und ihr Verhältnis zur „sozialen Frage“ zu rasonieren. Was dies alles mit Ansätzen einer tragfähigen Reformpolitik und modernen sozialistischen Programmatik zu tun haben soll, bleibt unerfindlich.

Damit ist die Frage des Politik- und Parteityps verbunden. Will man über den Status einer Protestpartei hinausgehen, so gilt es, ein spezifisches Profil in der Verbindung von Wähler- bzw. Anhängerschaft und Partei bzw. Programmatik, von sozialer Basis und Politiktyp zu entwickeln. Dies kann man als gesichertes Ergebnis der Politikwissenschaften und der Parteienforschung ansehen. Eine Antwort, die darauf hinausläuft, daß man - so Gysi im spw-Interview - außer „Schwerverbrechern und Milliardären“ alle gewinnen wolle und könne, zumal ja alle gleichermaßen von den Gattungsfragen der Menschheit betroffen seien, ist so banal wie weise. Sie unterstellt die zukünftige PDS freilich als linke Allerpartei, ohne stabile soziale Basis (und damit auch ohne Zukunft). In der DDR verfügt sie gegenwärtig noch über eine derartige Grundlage - aber mit Blick auf Westdeutschland und die weiteren sozialkulturellen Umbrüche in Gesamtdeutschland reicht dies überhaupt nicht aus.

### 3. Linkes Heimatrecht? Blödsinn!

Aktuell und perspektivisch ist der Umgang mit der Sozialdemokratie von Bedeutung. Ausgewogene Einschätzungen des historischen Weges der Sozialdemokratie und der nachweisbaren Rationalität des Reformismus weichen vor al-



**HINTER GYSIS  
POPULISMUS UND  
IN DER WEST-  
DEUTSCHEN  
LISTENGRÜNDEREI  
WIRD DER  
„DENKBAR  
SCHLECHTE  
ZUSTAND DER  
LINKEN“ NOCH  
WEITER KULTIVIERT.**

lem im Umfeld der „Linken Liste“ immer mehr einer Mischung aus Anti-Sozialdemokratismus und neuem Sendungsbewußtsein, die auch auf die „sozialdemokratischen“ Grünen ausgedehnt wird. Zweifellos hat der Anti-Sozialdemokratismus durch die SPD-Politik der letzten Monate wieder reichlich Nahrung bekommen. Und daß Gysi bei seiner Diskussion mit linken Berliner Sozialdemokraten (dokumentiert in dieser spw) auch nicht mehr zu bieten hat, als im alten Stil über diverse Verrätereien der SPD zu lamentieren, zeigt, wie tief dieses Resentiment sitzt. Allerdings läßt sich auf dieser Grundlage kein angemessenes Verständnis für die Rolle der Sozialdemokratie und ihrer Linken und zum Umgang mit ihnen finden.

Wozu dies führt, zeigt sich, wenn einige Initiatoren der „Linken Liste“ in der erwähnten Vorlage feststellen, „wie einflußlos die Linke in der SPD ist“ und daß „auch“ - d.h. wohl: wie bei der SPD? - „bei den GRÜNEN linke Politik seit längerem kein Heimatrecht mehr“ habe, um der PDS incl. „Linke Liste“ eine Art Monopol in puncto „Heimatrecht der Linken“ zuzuschreiben. Dahinter steht - trotz mancher gegenteiliger Beteuerungen - das Selbstverständnis, die „besseren Linken“ zu sein. Und man muß schon dieses Selbstverständnis mit dem dazugehörigen Sendungsbewußtsein haben, um derartig sorglos mit der Frage der Bundestagskandidatur und ihrer Wirkungen für die Linke umzugehen, wie das Gysi (in dieser spw) und andere tun. Es wird seitens der PDS/Linke Liste nicht problematisiert,

- daß eine gesamt- bzw. westdeutsche Kandidatur die Grünen und damit auch rot-grüne Perspektiven parlamentarisch versenken könnte,
- daß das schon jetzt bei SPD-Linken wie auch bei Linken-Listen-Leuten erkennbare Abgrenzungsdenken noch weiter ausufert und künftige Kooperationen verbauen könnte,
- daß Probleme bei vielen SPD- und grünen Linken gegenüber der PDS ja wohl nicht nur deren Problem sind, sondern auch etwas mit der PDS und ihrer Vergangenheit zu tun haben.

Die vielfach dahinter stehende Denkungsart offenbart, daß das Verhältnis zu den Grünen, zur Sozialdemokratie und zur Gesamtlinken gänzlich ungeklärt ist.

Aufgrund ihrer Herkunft, ihrer dortigen Verankerung und spezifischen Rolle

leuchtet eine Kandidatur der PDS auf dem Gebiet der DDR (und insbesondere bei den dortigen Landtagswahlen) noch un-mittelbar ein. Ob sie aber mittelfristig und gesamtdeutsch in der einen oder anderen Form überlebt, hängt weniger von ihrem gegenwärtigen Einzug in den Bundestag ab, sondern von ihren Ansätzen für eine weitere Transformation. Die „Linke Liste“ wird ihr dabei nicht weiterhelfen, denn sie ist nicht einmal im Ansatz jene „starke, eigenständig operierende Linke“, von der westliche Listengründer (in der Vorlage zum Kölner Treffen) reden, sondern ein politisches Sammelsurium von heimatlosen Linken, deren neues Selbstbewußtsein einmal mehr auf einer (diesmal von der PDS) „geborgten Stärke“ und nicht auf einer sozialen Verankerung im Westen beruht. Hinzu kommt die Skepsis, die der PDS, wie auch sozialistischen Kleinparteigründern, innerhalb der sozialen Bewegungen und demokratischen Initiativen entgegengebracht wird. Dies rührt aus beider Vergangenheit her, aber auch aus dem Zustand der außerparlamentarischen Bewegungen, der das Bedürfnis nach parlamentarischen Operationen denkbar gering hält.

Natürlich können und wollen wir als SPD-Linke gar nicht behaupten, konzeptionell wesentlich weiter und politisch wesentlich erfolgreicher zu sein. Aber darum geht es auch gar nicht. Worum es uns geht: Die PDS ist mit ihren westdeutschen Listengruppen auf dem besten Wege, ihre künftigen Wirkungs- und Kooperationsmöglichkeiten gegenüber der Sozialdemokratie und den GRÜNEN zu verbauen, eine Re-Formierung der sozialistischen Linken im anfangs skizzierten Sinne zu blockieren und ihre eigenen Perspektiven für eine zweite Transformation (s.o.) kurzfristigen Wahlmanövern großen Stils zu opfern.

#### 4. Die Wahlen und „danach“

Nun scheint festzustehen, daß es zu einer Bündniskandidatur von PDS und „Linker Liste“ mit allen ihren Risiken kommen wird. Daran trägt die Sozialdemokratie erhebliche Mitverantwortung: Denn da die PDS eine Kandidatur für den Bundestag schon alleine für ihr Renommee in der heutigen DDR als überlebensnotwendig ansieht, braucht sie dank der von der SPD „erkämpften“ gesamtdeutschen 5-

%-Hürde auch reichlich West-Stimmen. Bei anderen Wahlrechtslösungen hätte die PDS auf Listengründereien und vor-schnelle gesamtdeutsche Ambitionen verzichten können (ob sie es getan hätte, ist eine andere Frage). Das ganze Theater mit seinen komplett versammelten linken Akteuren wird daher seinen Lauf nehmen.

Erforderlich ist vor allem eine Schadensbegrenzung und -aufarbeitung, die gegenüber der Ausgrenzung der PDS und Kontaktverboten seitens der SPD, aber auch gegenüber der missionarischen Attitüde in den Reihen der PDS und heisiger Listengründer betrieben werden muß. Egal, wie die Wahlen ausgehen: Danach werden PDS/Linke Liste ihre längerfristige gesamtdeutsche Existenzberechtigung gerade auch gegenüber den GRÜNEN erst noch nachweisen müssen. Umgekehrt werden auch die sozialistischen Kräfte in der SPD und die SPD-Linke nur dann an Selbstbewußtsein und damit an Ausstrahlung gewinnen, wenn sie den unterbrochenen Prozeß der Erneuerung ihrer Partei programmatisch (siehe Grundsatzprogramm und „Fort-schritt 90“) wieder aufnehmen und die Partei gegenüber den progressiven gesellschaftlichen Strömungen wieder stärker öffnen (Stichwort „Parteireform“). Die Erneuerungsbestrebungen der verschiedenen Teile der sozialistisch geprägten Linken dürfen in Zukunft nicht mehr so immer neuen Verkämpfungen gegen-einander gedacht, sondern „von unten“ her zusammengeführt werden.



# HABEN WIR DAS RECHT, HISTORISCHE CHANCEN UNGENUTZT ZU LASSEN?

## OFFENER BRIEF DES VORSITZENDEN DER PDS AN DIE SPD IN DER DDR UND BRD

### I.

Mit großer Sorge stelle ich fest, daß führende Politiker der SPD in der DDR und in der BRD eine Politik der Feindschaft gegenüber der PDS betreiben und die SPD in der DDR die CDU und die DSU immer deutlicher als natürliche Verbündete betrachtet. Nach eigener Formulierung: „Die PDS ist der Gegner, die anderen Parteien sind Konkurrenten.“

Bisher habe ich mich zum Verhältnis der SPD zur PDS wenig geäußert, weil ich glaubte, dies hat mit der Geschichte der SED zu tun, ist also eine Frage der Zeit und der Glaubwürdigkeit des Erneuerungsprozesses in der PDS. Aber die historischen Zeitabschnitte verschieben sich. Die CDU und die FDP in der BRD legen ein Tempo bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten an den Tag, das die Menschen überfordert und das uns keine Zeit läßt, in geordneten Zeitabläufen vernünftig übereinander nachzudenken. Sollen linkes Gedankengut und die soziale Frage nicht für längere Zeit bedeutungslos werden, müssen auch wir schneller denken und handeln und historische Chancen nutzen.

### II.

Die verbalen Vorwürfe der SPD gegen die PDS lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die SED hat eine Geschichte, die jegliche Zusammenarbeit ausschließt. Und das gilt auch für die PDS, weil sie die SED

ist. Ein Abgeordneter der SPD in der Volkskammer unter dem Jubel der Rechten wörtlich: „Die PDS oder wie sich die SED auch immer nennt...“

Dieses Argument hält keiner genaueren Betrachtung stand. Direkte Anwürfe gegen Programm und Politik der PDS gibt es kaum.

Zum Erneuerungsprozeß in der PDS:

1. Die PDS hat ein völlig neues Programm und ein neues Statut, das wesentlich basisdemokratisch angelegt ist.
2. Die PDS hat in beträchtlichem Umfang Geschichtsbewältigung betrieben.
3. Die PDS hat durch Austritte, Ausschlüsse, Rehabilitierungen, Neu- und Wiederaufnahmen eine völlig veränderte Mitgliederstruktur. Hierzu gehört, daß drei Viertel der Wähler der PDS noch nie Mitglied der SED waren.
4. Die PDS hat den größten Teil des Eigentums der SED (finanziell und materiell) abgegeben, und zwar ohne Rechtspflicht, durch eigene Beschlüsse.
5. Die Persönlichkeiten der neuen Leitung der PDS sind integere Linke, die für die Erneuerung der Partei stehen. Ihre Biographien sind sehr unterschiedlich, aber allein die Zusammensetzung und die Mehrheitsverhältnisse sagen viel aus.

All dies kann man als nicht ausreichend bezeichnen, aber als ungeschehen, als unbedeutend nicht. Dabei sind immer der Prozeßcharakter und die Kürze der Zeit zu berücksichtigen. Aber die Geschichte der SED ist auch die Geschichte ehemaligen Blockparteien.



und „liebe GenossInnen der SPD-Basis“) erst einmal ab und nehmen die Sorge über unpolitische und überzogene Formen des politischen Streits innerhalb der Linken als Thema an, so stellen wir fest: Diese Sorge teilen wir.

## II

(...) Natürlich ist es auch für viele GenossInnen in der SPD ein Problem, wenn der Eindruck entsteht, daß für die PDS einerseits und die Ost-CDU wie die LDP und die NDPD im BFD andererseits unterschiedliche Maßstäbe gelten sollen.

Natürlich ist es ein Problem, wenn die „Notwendigkeit einer Kultur des politischen Streits und des Dialogs“ für Honeckers SED galt und nun eine Kontaktsperre gegenüber der PDS gelten soll, die eine politische Auseinandersetzung zumindest sehr erschwert.

Natürlich ist es ein Problem, wenn der Sieg der Demokratie in der DDR umschlägt in eine Tendenz zur Vernachlässigung demokratisch-rechtsstaatlicher Grundsätze im Umgang mit der Opposition und dem Parlament.

(...) Insofern ist Gysis Kritik an der Regierungspolitik der DDR-SPD sicher nicht ganz unberechtigt, in jedem Falle bedenkenwert. Aber: Es ist doch unbestreitbar, daß „krumme Dinge“ im Erbe der SED erst noch aufzudecken und ein unsäglicher politischer Sautall auszumisten sind. Die aggressive Mentalität, die mangelnde Toleranz und Defizite im rechtsstaatlichen Bewußtsein sind dabei sowohl in ihrer Form als auch ihrem Inhalte nach Reaktionen auf 40 Jahre SED-Diktatur. Mit diesem gesamtgesellschaftlichen Erbe der SED sollten deren parteipolitische Erben nicht so umgehen, als wären sie als völlig Unbeteiligte Opfer willkürlicher Übergriffe geworden. Niemand hat die PDS gezwungen, die Rechtsnachfolge und das politische Erbe der SED anzutreten. Sie selbst wollte unbedingt in die SAT-1-Serie „Erben des Fluchs“. Überzogene Polemiken mit der Unterstellung, die SPD-Politik zielt auf die „Ausschaltung einer linken, sozialistischen, sich erneuernden Partei, nur um deren Wählerstimmen zu erobern“, greifen da zu kurz, sind wenig hilfreich und tragen ihrerseits zur Vergiftung des politischen Klimas bei.

## III

Wie jede andere politische Parteienbewegung macht auch die Sozialdemokratie Fehler. Natürlich kann Gregor Gysi diese Fehler - von der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 bis zum „Radikalenerlaß“ und dem NATO-Raketenbeschluß - für seine Argumentation anführen. Er sollte dabei aber berücksichtigen, daß in der SPD die Diskussion über diese Aspekte der Parteigeschichte nicht erst 1989/90 angefangen wurde, daß auch die SPD sich auf das Erbe der USPD (Bernstein, Kautsky, Levi und viele andere kehrten in die SPD zurück) berufen kann und daß eine historische Argumentation nicht einfach die Geschichte der KPD, der Komintern, der Bolschewiki und der SED ausklammern kann. Man möge bei diesen geschichtlichen Einlassungen bitte nicht den Eindruck erwecken, als wären die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung und das sozialdemokratische Mißtrauen gegenüber der kommunistischen Abspaltung allein das Ergebnis rechtssozialdemokratischer Konfrontationspolitik.

Man erinnere sich an die verheerende Wirkung der „Sputnik“-Verbot in der PDS noch nach?

Auch berücksichtige man bitte die Erfahrungen der Sozialdemokratie mit der SED: Ihren Umgang mit jenen, die sich 1946 der Vereinigung mit der KPD verweigerten, wie

den Umgang der Kommunisten mit jenen, die der programmatischen Sozialdemokratisierung der KPD/SED vertrauten. Schon 1947/48 galten die „Grundsätze und Ziele der SED“ von 1946 als konterrevolutionäre Verfehlungen, mit dem Umbau der SED zur „marxistisch-leninistischen Partei neuer Typs“ begannen die „Säuberungs“-Wellen gegen den „Sozialdemokratismus“ und „Revisionismus“ - viele Genossinnen und Genossen haben ihr Vertrauen in den 1946 offiziell proklamierten Gesinnungswandel der Kommunisten mit dem Leben, viele mit einer zweiten Lagerhaft in Buchenwald und anderswo bezahlen müssen. Wer will es der Sozialdemokratie verdenken, daß sie diese Kollektiverfahrung weder vergessen kann noch will. So ist das Mißtrauen gerade unserer älteren Genossinnen und Genossen, die diese bittere Lektion am eigenen Leibe erlitten haben, in diesem Zusammenhang zu verstehen.

Schließlich gab auch der jüngste Versuch, eine demokratische Kultur des politischen Streits mit der SED aufzubauen, in Ergebnis Anlaß zu erheblicher Unzufriedenheit: Das gemeinsame Papier von SPD und SED gab wohl der DDR-Opposition seit 1987 einen neuen positiven Bezugspunkt für die politische Argumentation, aber die SED-Unterschrift unter dem Papier verhinderte weder die Übergriffe von Stasi und KGB gegen friedliche Demonstranten und Journalisten noch Repressionen gegen - im wörtlichen Sinne - Carl-von-Ossiatch-SchülerInnen noch das „Sputnik“-Verbot oder andere Verstöße gegen Geist und Wortlaut des Papiers. Die SPD sah sich - im mildesten Fall - dem Vorwurf der politischen Naivität ausgesetzt - und das tut weh!

## IV

Nun wird sich Gregor Gysi mit der Honecker-Politik nicht identifizieren wollen, aber er führt die Nachfolge-Partei der SED und hat sich also auch mit dem Erbe im Hinblick auf verlorene Glaubwürdigkeit auseinanderzusetzen. Beim Verhältnis zwischen SPD und PDS geht es nun einmal nicht um

**NIEMAND HAT  
DIE PDS  
GEZWUNGEN,  
DIE RECHTS-  
NACHFOLGE  
UND DAS  
POLITISCHE  
ERBE DER SED  
ANZUTRETEN.**



**DIE FRAGE MUSS  
ERLAUBT SEIN,  
WIE VIELE PDS-  
GENOSSINNEN  
ÜBERHAUPT UM  
HERKUNFT UND  
INHALT IHRER  
„NEUEN“  
PROGRAMMATIK  
WISSEN?**

... auf dem Papier gibt sich die PDS sozialdemokratischer als die SPD: sie übernimmt die Programmatik und sogar den sozialdemokratischen Kampfbegriff der Sozialdemokratie „sozialistischer Sozialismus“ als Abgrenzung von „Realsozialismus“ des „Marxismus/Leninismus“) als neuen Partei-  
... Nach vor einem Jahr stand die Partei im „kompromiß-  
... Kampf gegen alle Erscheinungen der bürgerlichen  
... gegen jegliche revisionistische Entstellung der  
... marxistisch-leninistischen Theorie“, und heute schöpft sie aus  
... der Geschichte des humanistischen Denkens, insbesondere  
... den ... Auffassungen von ... Eduard Bernstein und Karl  
... Rosa Luxemburg“ - die zu zitieren noch vor einem  
... Gefängnis bedroht wurde - und ihren Weiterentwick-  
... Gestern noch im erbitterten Kampf gegen sozialde-  
... Abweichungen, sind Tausende Ex-SED-Genos-  
... heute glühende VorkämpferInnen des sozialdemokra-  
... Grundwerte-Sozialismus. Vom Saulus zum Paulus - die  
... Bekehrung als Massensyndrom?

... schon ein Wunder sein. Oder die breite öffentliche  
... und selbstkritische Diskussion der PDS als Partei über den  
... mit Rosa Luxemburg, mit dem sozialdemokratischen  
... Sozialismus, mit Kautsky und der Sozialdemokratie, mit  
... Lucacs und der „Neuen Linken“, mit Antonio Gramsci  
... dem „Euro-Kommunismus“ in den vergangenen 40  
... ist uns entgangen - oder es gab sie nicht. Die Frage  
... erlaubt sein, wie viele PDS-GenossInnen überhaupt um  
... Herkunft und Inhalt ihrer „neuen“ Programmatik wissen?

... zurück zur Sorge um die Linke in Deutschland und Europa.  
... Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ hat ihre Aus-  
... kraft nicht gerade gestärkt.

... Destoweniger ist eine starke Linke zur Verteidigung  
... sozialer und demokratischer Rechte, wie für den Aufbau der  
... Perspektive einer solidarischen, demokratischen und ökolo-

... gisch-verantwortlichen Gesellschaft, heute mehr denn je not-  
... wendig. Der Ausgangspunkt des SPD-SED-Papiers, das ge-  
... meinsame Ringen aller um Lösungen für die globalen Mens-  
... cheitsprobleme (Umwelt, Nord-Süd-Konflikt etc.), hat nichts  
... von seiner Aktualität eingebüßt. Hinfällig geworden sind die  
... Gegensätze in den Grundsatzfragen sozialistischer Politik  
... zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Der demo-  
... kratische Sozialismus ist mit seinen Grundsätzen und Zielen  
... zur Orientierung aller relevanten Teile des Sozialismus ge-  
... worden.

Die Spaltung der sozialistischen Bewegung in Deutschland ist  
... damit aber - anders als es sich etwa in Italien nach der  
... Umorientierung der KPI abzeichnet - noch keineswegs über-  
... wunden.

Natürlich besteht aus sozialdemokratischer Sicht der An-  
... spruch, alle Teile des demokratischen Sozialismus unter dem  
... Dach der altherwürdigen Mutterpartei wieder zu vereinen -  
... und damit auch die Gefahr, andere Teile der sozialistischen  
... Bewegung als linksradikal aus dem demokratischen Spek-  
... trum auszugrenzen. Aber auch viele GenossInnen in der SPD  
... sehen, daß der demokratische Sozialismus viele Facetten hat  
... und viele SozialistInnen die Organisationsfrage anders als  
... mit der SPD beantworten. Natürlich ist die Organisationsent-  
... scheidung eines Walter Janka zu respektieren.

Wichtig ist, daß heute eine Polarisierung wie in der Weimarer  
... Republik vermieden wird und in der Linken nicht neue Gräben  
... aufgerissen werden, um alte Kämpfe fortzusetzen. Dazu ist  
... Vertrauen nötig. Aber Vertrauen muß wachsen. Alle Linken  
... sollten ernsthaft überprüfen, ob ihr Handeln dieser Vertrau-  
... ensbildung dienlich ist, ob man den eigenen Forderungen  
... gerecht wird. Und alle sollten sich bemühen, die Erfahrungen,  
... Ängste und Probleme der jeweils anderen - seien es nun SPD,  
... Grüne und Alternative, Bündnis '90, Vereinigte Linke oder  
... PDS - zu verstehen und zu berücksichtigen. Es ist viel im  
... Umbruch in Deutschland; vieles formiert sich neu, ist erst am  
... Beginn neuer Differenzierungsprozesse. Auch die Linke steht  
... vor neuen Fragen, neuen Problemen und Konflikten. Müßig,  
... über ihre künftige Struktur zu spekulieren, wird sie sich doch  
... erst in den kommenden sozialen und politischen Ausein-  
... andersetzungen entwickeln. Berührungängste und Diskussions-  
... verbote dienen aber weder einer starken und selbstbewußten  
... Sozialdemokratie noch einer demokratischen Streitkultur in  
... der Linken wie in der Gesellschaft überhaupt. Für eine starke  
... Linke gibt's also noch viel zu tun. Packen wir's?

**Heiko Mau,**

Landesvorsitzender der Jusos  
in der SPD-Berlin (West)

**Carl Chung,**

stellv. Landesvorsitzender der Jusos  
in der SPD-Berlin (West)

**Thomas Koch,**

stellv. Landesvorsitzender der Jusos  
in der SPD-Berlin (West)

**Jürgen Egert,** SPD-MdB, Berlin (West)

\* Aus der „Jungen Welt“ vom 8. Juni 90



# ANTWORT VON GREGOR GYSI AUF DEN BRIEF VON HEIKO MAU U.A.\*

Lieber Heiko Mau, lieber Carl Chung,  
lieber Thomas Koch, lieber Jürgen Egert!

Zunächst gestehe ich, mich über Euren offenen Brief schon deshalb gefreut zu haben, weil er Gesprächsbereitschaft signalisiert. Mein offener Brief sollte in einer konkreten historischen Situation auf Gefahren hinweisen, die sich immer deutlicher bestätigen. Er konnte und sollte keine allgemeine Behandlung der Geschichte von KPD, SPD, SED, Komintern und SI sein. Es ging nicht um Ausgewogenheit.

Eurer Einschätzung zur These vom „Sozialfaschismus“ z.B. stimme ich voll zu. Ich habe auch Verständnis für das von Euch beschriebene Mißtrauen älterer sozialdemokratischer Genossen gegenüber Kommunisten bzw. SED-Mitgliedern. Gleiches Mißtrauen stelle ich bei alten Kommunisten gegenüber Sozialdemokraten fest. Die Gründe sind hinlänglich bekannt. Nur: Trotz dieser Geschichte gab es eine Zusammenarbeit zwischen SPD und SED. Und das gemeinsame Papier über den Streit der Ideologien hat sicherlich vieles nicht verhindert, aber die Kritiker in der SED sehr gestärkt.

Und dann zählt Ihr eine Palette von früheren Erfahrungen mit der SED auf, die Euch nicht glauben lassen, daß die PDS eine neue Partei sei. Nach ehemals 2.3 Millionen der SED hat die PDS heute noch 350.000 Mitglieder. Diese haben bekanntlich keinen leichten Stand. Welche unehrenhaften Motive sollten sie bewegen, in dieser Partei zu bleiben? Die Veränderungen

im Denken und Handeln ergeben sich schon daraus, daß die Mitgliedschaft in der PDS nicht mehr karrierefördernd, sondern eher karrierevernichtend ist. Ihr kennt doch die Beschlüsse in der DDR, mit denen PDS-Mitglieder (nicht ausgetretene SED-Mitglieder) aus Berufen und Tätigkeiten verdrängt werden sollen. Der Parteitag der SPD in der DDR hat gerade festgelegt, künftig auch ehemalige Mitglieder der SED oder PDS mit Zustimmung der Basis ohne Schamfrist aufzunehmen. Diese Logik verstehe ich so: Glaubwürdig und geläutert ist wer zur SPD wechselt, unglaubwürdig bleibt das PDS-Mitglied.

...  
Noch wichtiger als das Bestreben, uns zu liquidieren, scheint mir die allgemeine Politik. Die SPD sagte „Ja“ zum Staatsvertrag und sie sagt „Ja“ zum Anschluß der DDR an die BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes... Und gibt es wenigstens ein „Nein“ der SPD zur einseitigen Mitgliedschaft der vereinigten Deutschland in der NATO? Ich höre es von führenden Politikern - ausgenommen Ibrahim Böhme und Egon Bahr - nicht.

...  
Und die „kleineren“ Fragen? Weshalb stimmt die Mehrheit der SPD-Fraktionsmitglieder in der Volkskammer der DDR gegen unseren Antrag zum Verbot der Kündigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während der Schwangerschaft, einer Krankheit, einer Berufskrankheit, eines Erholungsurlaubs, einer Kur oder einer Quarantäne? Wäre hier nicht Gemeinsamkeit möglich und nötig gewesen?

Wir sind und bleiben zur Zusammenarbeit mit der SPD bereit und wollen dafür auch die notwendige selbstkritische Haltung einnehmen, was uns sicher nicht in jedem Fall gelingt. Würde es aber wenigstens das gemeinsame Gespräch geben, wir könnten uns gegebenenfalls gegenseitig vor verhängnisvollen Irrtümern bewahren und zum Beispiel im oben genannten Fall einheitlich abstimmen. Trennendes muß kritisch angesprochen werden, aber deshalb sollten wir nicht auf die Durchsetzung von gemeinsamen Vorstellungen verzichten, und zwar nicht unsererseits, sondern wegen den von uns Vertretern. Offensichtlich seid Ihr dazu bereit. Kommen wir's insgesamt?

**Gregor Gysi**

\* aus der „Jungen Welt“ vom 5.7.1990

Ulrich Mühlberg	Werner Kasper	Karlhard	
Harald Wolf	Al. Wenzel	Wolfgang	SPD
Berndt Köpcke	PDS	Andra Demba	Christe DDA
Reinhold Kuhn	Neues Forum	Extra Bruns	DDP
Dieter Jahn	PDS	Christiane	
Andra Bruns	PDS	Schneider	DDP
Klaus Wolfram	Deutsches Forum	Thomas Eick	SL
Arnold Scherke	VL	Michael Cucka	PDS



# „ICH BETEILIGE MICH NICHT AN DIESEM STELLVERTRETER- KRIEG“

IBRAHIM BÖHME  
ZU SPD & PDS\*

*Während ND-Gespräch im Januar waren Sie und die SPD in Aufbruchstimmung: Ihre Partei galt als ernstster Kandidat für die Volkskammerwahl, sie als ernstester Kandidat für das Premierministeramt. Was ist während schiefgelaufen und warum?*

Ich kann erinnern ich Sie daran, bereits damals gesagt zu haben, selbst das schlechteste Avis, das eine Partei am Anfang des Wahlkampfes bekommen kann, einen prozentual so hohen Gewinn zu erreichen. Das hat dazu geführt, daß einige potentielle SPD-Wähler gesagt haben, wir wollen die Partei nicht so stark werden lassen.

Dies hat zum zweiten dazu geführt, daß an der Basis, vor allem in den Bezirks- und Landesvorständen, einige Freunde meinten, wir brauchen also nicht mehr das zuzulegen, was eben im letzten Wahlkampf notwendig ist.

Zum dritten aber sehe ich, drittens, daß die meisten unserer Parteimitglieder es nicht verstanden haben, in ihre Wahlausssagen den sozialen Alltag der Menschen ehrlich miteinzubeziehen. Oder ehrlich verstehe ich nicht, nur zu sagen: Erstens, die Partei kommt, zweitens, wir Sozialdemokraten sind für eine soziale - ich betone als erstes: soziale - Wirtschafts- und Währungsunion. Man muß den Leuten aber auch sagen, welche Belastungen sich daraus ergeben. Und vor allem glaube ich, daß wir Sozialdemokraten - zumindest die meisten unserer Wahlredner - den nach wie vor zu leistenden Entscheidungsprozeß zu wenig in unsere Aussagen einfließen lassen. Mancher unserer Redner hat sich zu einer Art Verdrängung der eigenen Vergangenheit und eigenen Verantwortung führen lassen. Natürlich muß man Geschichte aufbewahren, aber dies muß sachlich geschehen.

*Kann der Kurs einer linken Partei richtig sein, die ihr Hauptziel in der Vernichtung einer anderen linken Partei (PDS) und nicht in der politischen Auseinandersetzung mit den politisch Konservativen sieht?*

Meine Meinung dazu klipp und klar: Ich habe diesen Stellvertreterkrieg satt. Ich habe nicht das Recht, Menschen, egal welcher Partei sie angehören, den glaubwürdigen Anspruch zu verweigern, an der Demokratisierung unserer Gesellschaft mitzuwirken und ihre Partei zu einer demokratischen zu gestalten.

Ich persönlich kann mich zu den Ermessensfragen nicht äußern. Nicht nur, weil ich selbst in Unkenntnis bin, sondern weil die Ermessensfragen nach 40 Jahren einfach sehr kompliziert sind. Ich glaube Herrn Gysi, daß seine Partei nicht in der Lage ist, über das Auslandsvermögen der SED Aussagen zu treffen. Ich habe die Hoffnung, daß im Zuge der Treuhandregelung die PDS ihr Vermögen genauso ehrlich offenlegt wie alle Altparteien und Altorganisationen. Ich beteilige mich an diesem Stellvertreterkrieg nicht, weil ich in einem zunehmenden Maße feststelle, daß die PDS das größte Eigeninteresse daran hat, ihre Vorgeschichte aufzuarbeiten. Im übrigen habe ich mich mit dem Statut und den Grundsatzfragen der PDS beschäftigt, und ich sehe als Sozialdemokrat da in keiner Weise einen Verstoß gegen demokratische Grundsätze. Ich meine, daß die PDS in ihren demokratischen Intentionen anderen Parteien nicht nachsteht. Es sollte nicht zur Zielstellung einer demokratischen Partei gehören, eine andere Partei, die demokratische Absichten hat, kaputt zu machen, sondern in fairer politischer Konkurrenz im Wahlkampf gegen diese anzutreten.

*Stärkt die von ihnen soeben kritisierte SPD-Position, in der PDS den „Lieblings“-Gegner zu sehen, nicht gerade jene in der PDS, die selbst keine Erneuerung wollen?*

Es hilft gerade jenen, die in ihren alten Denk- und Verhaltensstrukturen an den ehemaligen SED-Prinzipien hängen. Im übrigen: Die heutige Mitgliedschaft in der PDS ist ja nicht gerade karrierefördernd, sondern karrierevernichtend. Also ist es für mich blauäugig, um nicht sogar zu sagen für den Demokratisierungsprozeß schädlich, auf der einen Seite die SED-Mitglieder, die nicht nur in der SPD, sondern auch in der DSU sind - übrigens dort mit dem höchsten nachgewiesenen Prozentsatz -, in die eigene demokratische Partei aufzunehmen, auf der anderen Seite unsachlich gegen die PDS zu „schießen“.

Ich bin für sachliche Auseinandersetzung. Es gibt eine ganze Reihe von Meinungsverschiedenheiten zwischen der PDS und uns. Es gibt eine ganze Reihe auch von unterschiedlichen Zielvorstellungen. Wenn aber jemand Gregor Gysi in den Medien mit Ausdrücken benennt wie der „intrigante Gysi“ oder der „clevere Gysi“ oder der „heuchlerische Gysi“ usw.,



dann muß ich sagen, dann trifft er nicht nur Gysi, dann trifft er auch mich. Das sollte der Standpunkt eines jeden Abgeordneten sein.

### **Was ist Ihre Reaktion auf den offenen Brief an die Sozialdemokraten?**

Ich hatte nach diesem offenen Gysi-Brief ein persönliches Gespräch mit ihm und habe ihn natürlich auf die Punkte hingewiesen, die ich für polemisch halte. Gleichzeitig habe ich ihm gesagt, wo ich ihm recht gebe. Und was sein Nachdenken über die Zukunft einer Linken in Deutschland anbelangt, da muß ich ihm recht geben. Aber seine in diesem Brief pauschalisierenden Dinge halte ich für polemisch. Er muß da schon differenzieren.

### **Halten Sie es prinzipiell für möglich, daß sich die Linken verständigen und womöglich einigen über den Begriff demokratischer Sozialismus?**

Ich erinnere daran, was wir auf der SPD-Delegiertenkonferenz in Berlin am 12. Januar gesagt haben: Wenn die alten Machthaber meinten, Zähneputzen ist gesund und gut, dann putzen wir uns heute die Zähne trotzdem weiter. Ich stehe zu dem Begriff demokratischer Sozialismus auf der Grundlage einer parlamentarischen Demokratie. Ich bin nicht für ein sozialdemokratisches Deutschland. Ich bin für ein soziales und demokratisches Deutschland. Ich scheue mich auch nicht vor der alten Anrede Genossin und Genosse.

Ich halte es momentan für sehr schwierig, zu Arbeitsvereinbarungen zu kommen, weil tatsächlich 40 Jahre Geschichte aufgearbeitet werden müssen. Möglich jedoch, daß es nach einem bestimmten Zeitraum gemeinsame Arbeitsgruppen der linken Bewegung geben wird, beispielsweise in der Bewegung für eine gesamtdeutsche neue Verfassung, in der Bewegung für einen demokratischen Bund deutscher Länder.

### **Klären Sie uns doch über den Unterschied zwischen „sozialdemokratisch“ bzw. „sozial“ und „demokratisch“ auf?**

Ich sprach vom demokratischen Sozialismus auf der Grundlage einer parlamentarischen Demokratie. Eine sozialdemokratische Partei muß sich fair der Konkurrenz der anderen demokratischen Parteien stellen. In diesem Sinne bin ich zuerst Demokrat und erst dann Sozialdemokrat.

### **Das heißt, Ihnen geht es um den Vorrang des demokratischen Prinzips vor einer parteiengen Betrachtung?**

Genau. Um ein konkretes Beispiel zu nennen. Was bin ich für ein Demokrat, wenn ich die PDS, die nun wirklich zwei Erneuerungsparteitage im Dezember und im Februar durchgeführt hat, immer anschieße wegen der Vorläuferin SED und dabei übersehe, daß die CDU beispielsweise mit einem Funktionsapparat, in dem etwa 70 Prozent der alten Kreis-

und Bezirksstrukturen noch beinhaltet waren, gegen um Wahlkampf gemacht hat! Natürlich sind Schuld und Verantwortung unterschiedlich gewichtet. Aber ich möchte das nicht immer wieder das alte Feindbild.

### **Zum Abschluß: Es ist ziemlich ruhig um Sie geworden?**

Also, ich kann, auch wenn Sie mir das nicht glauben, sagen, daß ich darunter nicht leide. Ich tue meine Arbeit wie bisher. Ich gönne es denen, die ins Blickfeld der Medien geraten sind und die die Position ihrer Partei aufrechterhalten, gerne. Denen, die die Position der SPD verwässern, gönne ich weniger.

### **Wie sehen Ihre persönlichen politischen bzw. beruflichen Pläne aus?**

Ich bin weiterhin Abgeordneter der Volkskammer. Beim Magistrat habe ich mich - nachdem ich dazu angesprochen wurde - im Bereich Inneres als Polizeibeauftragter beworben. Gerade dort ist hinsichtlich der Versöhnungsprozesse viel zu leisten. Gemeinsam mit Erhard Eppler bin ich aufgefordert worden, das Manifest der Vereinigung beider sozialdemokratischer Parteien zu erarbeiten. Ich kann mir vorstellen, für den Bundesvorstand der SPD zu kandidieren, allerdings nur, wenn es der Sozialdemokratie dadurch zu linkerem Positionen verhelfen kann, also die sozialen Fragen stärker berücksichtigt werden.

\* Interview im „Neuen Deutschland“ vom 7./8.7.1990



## SPW-GESPRÄCH MIT GREGOR GYSI

Berlin (ap) — In der PDS formiert sich Widerstand gegen das Vorhaben der Parteispitze, ein Wahlbündnis mit linken Gruppierungen aus der Bundesrepublik einzugehen. „Das vergangene Woche in Köln verkündete Bündnis Linke Liste/PDS würde vor allem in Berlin eine Aufgabe der Identität der PDS zur Folge haben“, meinte gestern der PDS-Fraktionsführer in der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung, Peter Zotl. Nach seiner Einschätzung haben die Berli-

ner Parteimitglieder kein Verständnis dafür, für ein paar Stimmen mehr mit westlichen „Splittergruppen“ zusammenzugehen. Es stehe zu befürchten, daß solche Pläne eine weitere Austrittswelle in der Partei auslösen könnten. „Wenn die Partei hier in Berlin aus eigener Kraft nicht die Fünfprozenthürde schafft, dann muß die Frage nach ihrer Daseinsberechtigung wirklich gestellt werden“, sagte der Marzahner Kreisvorsitzende Klaus Wiczorek.

## PDS: „SYNTHESE AUS PARTEI UND BEWEGUNG?“

*spw:* Für die Zukunft jeder politischen Formation, jeder Partei ist ihre soziale Verankerung eine Schlüsselfrage. Es geht dabei um die Entwicklung langfristig stabiler Verbindungen zwischen sozialen Gruppen und der betreffenden Partei. Dies führt uns zur ersten Frage nach der sozialen Verankerung der PDS. Wen repräsentiert sie und - vor allem - wen will sie in Zukunft ansprechen und repräsentieren? Unseres Erachtens spricht einiges dafür, daß eine gesamtdeutsche PDS zu einer linkspopulistischen Protestpartei werden könnte - kurzfristig

Das Gespräch führte für **spw** Uwe Gerner

*vielleicht belebend, mittelfristig aber aussichtslos, weil ihr - anders als bei einer erfolgreichen linkssozialistischen Kraft wie der dänischen SVP - eine ausreichend stabile soziale Verankerung fehlt.*

**Gregor Gysi:** Es besteht ein Unterschied zwischen den Bevölkerungskreisen, die eine Partei ansprechen will, und jenen, die sie erreichen kann. Außer Milliardären und Schwerverbrechern fällt mir keine Personengruppe ein, die wir nicht ansprechen wollen. Andererseits ergibt sich aus unserer noch zu entwickelnden Problematik, aus den Strukturen unserer Partei, aus ihren Traditionen, daß sie eine soziale Verankerung in erster Linie bei sozial Schwachen, bei Arbeitern, bei Bauern, bei Intellektuellen finden wird.

Die modernen gesellschaftlichen Strukturen der heutigen kapitalistischen Industriestaaten lassen zwar den Begriff „Proletariat“ nicht mehr zeitgemäß erscheinen. Aber die soziale Lage vieler ist ähnlich, auch wenn sie über sehr unterschiedliche Einkünfte verfügen. Zu beachten ist, daß die globalen Menschheitsfragen jeden gleichermaßen treffen, wenn sie keiner Lösung zugeführt werden. Es geht darum, möglichst vielen Menschen die Gleichartigkeit ihrer Probleme aufzuzeigen.

*spw:* Welche Unterschiede gibt es bzw. könnte es geben zwischen dem sozial-kulturellen Profil der SPD und der Grünen und dem Profil der PDS?

**Gregor Gysi:** Welchen Unterschied es hinsichtlich eines sozial-kulturellen Profils verschiedener Parteien gibt, läßt sich im voraus nicht beschreiben. Dieser Unterschied wird sich aus den Unterschieden hinsichtlich der Programmatik und der Politikangebote ergeben.

*spw:* Wir bleiben zwar skeptisch, was die soziale Verankerung der PDS betrifft, möchten aber unseren Hinweis auf den „Linkspopulismus“ nicht nur als Abwertung verstanden wissen. Andersherum: Es gibt sicherlich Raum für eine Partei, die nicht vom Staat aus denkt, sondern von den Bedürfnissen, Initiativen und Bewegungen der „Zivilgesellschaft“ ausgeht, die dabei Intellektualität mit Popularität verbindet (was der sozialistischen Linken immer schmerzlich gefehlt ist). Wir haben den Eindruck, daß in der PDS darüber nachgedacht wird. Dies würde bedeuten, einen neuen Parteityp zu entwickeln, der sich nicht nur vom leninistischen KP-Modell, sondern auch vom parlamentarisch ge-

prägten Parteityp der Sozialdemokratie unterscheidet.

**Gregor Gysi:** Wir versuchen, eine Synthese aus Partei und Bewegung zu installieren, indem wir sehr verschiedene und sehr offene Strukturen anstreben. Vor allem in unseren Arbeitsgemeinschaften wirken und entscheiden viele Sympathisanten mit, die nicht bzw. noch nicht bereit sind, Mitglied der Partei zu werden. In unserer Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossInnen“ zum Beispiel sind ein Drittel der Mitglieder nicht Mitglied der Partei.

**spw:** Allerdings: Angesichts des vergangenen statistischen SED-Modells wäre der Übergang zu einem neuen, sagen wir: „zivildemokratischen“ Parteityp für die PDS doch geradezu ein Salto mortale - ohne Netz und doppelten Boden. Warum sollte dies gerade der PDS gelingen?

**Gregor Gysi:** Die bisherigen Veränderungen zeigen, daß uns dies gelingen kann. Das hängt allerdings nicht nur damit zusammen, daß wir es anstreben. Der äußere Druck auf die Partei zwingt auch zu neuen Strukturen, die sich bewähren. Im übrigen frage ich mich, warum uns eine solche Veränderung nicht gelingen sollte?

**spw:** Würde dies denn für Euch nicht eine zweite, mindestens ebenso radikale Transformation bedeuten, damit Euch ein neuer Parteityp wirklich abgenommen wird? Ist die PDS also nur ein Durchgangsstadium?

**Gregor Gysi:** Eine Partei und Bewegung, die sich ernst nimmt, muß sich in gewisser Hinsicht immer als Durchgangsstadium verstehen, zumindest in dem Sinne, daß sie permanent zu Veränderungen und Entwicklungen auch in Strukturfragen bereit ist.

**spw:** Dies führt uns zur aktuellen Frage der Westausdehnung der PDS und in diesem Zusammenhang zur Frage der Wahlen. Die Kandidatur der PDS auf dem Gebiet der heutigen DDR er-

scheint uns einleuchtend. Eine gesamtdeutsche Wahlorientierung mit einer „linken Liste“ im Westen mutet uns aber wie ein Vabanquespiel an. Die Gräben zwischen Euch und linken Sozialdemokraten sowie linken Grünen würden wahrscheinlich noch stärker aufgerissen, weil sich die Abgrenzungsdynamik verstärken könnte. Vor allem könnte sich die PDS mit ihren Verbündeten als das Torpedo erweisen, das die Grünen und damit auch rot-grüne Perspektiven versenkt. Und rückwirkend könnte noch den Bundestagswahlen ein Katzenjammer entstehen, der reale Erfolge und Chancen für die PDS und linke Zusammenarbeit auf dezentraler Ebene (bis hoch zu den Ländern) zunichte macht. Zugegeben ein worst-case-Szenario, aber durchaus realistisch. Wir haben allerdings den Eindruck, daß diese realen Probleme bei Euch kaum berücksichtigt werden - nach dem Motto: Augen zu und durch...

**Gregor Gysi:** Bei einem gesamtdeutschen Wahlrecht ohne Sperrklausel wären wir auf jeden Fall auch gesamtdeutsch angetreten. Eine solche Beteiligung hätte keiner anderen Partei und Bewegung geschadet, sondern jeder Partei und Bewegung die Einsicht ermöglicht, welche Zustimmung sie in der Bevölkerung tatsächlich findet. Im Falle einer Sperrklausel und getrennter Wahlgebiete hätte ich dafür plädiert, auch Linke in der Bundesrepublik sicher auf unsren Listen zu plazieren, damit unsere Fraktion keine Fraktion ist, die ausschließlich aus ehemaligen DDR-Bürgern besteht. In einem solchen Falle wäre ich dafür eingetreten, in der BRD sich nicht an der Wahl zu beteiligen, denn die 5-Prozent-Hürde wäre nicht zu überschreiten gewesen und tatsächlich nur Grünen und der SPD Stimmen genommen worden wären. Wenn aber in einem einheitlichen Wahlgebiet mit einer 5-Prozent-Sperrklausel gewählt wird, sind alle Kräfte zu mobilisieren, um im Gesamtgebiet die 5-Prozent-Hürde zu überschreiten bzw. den Einzug in das Parlament durch mindestens drei Direktmandate zu sichern.

Mir ist unerklärlich, weshalb dies künftig eine Zusammenarbeit mit Linken erschweren soll. Es ist nicht die PDS, die sich von der SPD und den Grünen abgrenzt, sondern es sind jene Parteien - wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße -, die sich von uns abgrenzen.

Man kann uns nicht einerseits ablehnen um uns dann vorzuwerfen, daß diejenigen, die uns ablehnen, scheitern, indem wir uns an Wahlen beteiligen.

**spw:** Wo seht ihr überhaupt Ansatzpunkte für eine „linke Liste“ in Westdeutschland? Was kann dabei anderes herauskommen als ein Sammelsurium linker Splittergruppen und Individuen - bestenfalls mit der bescheidenen Perspektive einer Protestpartei, die wir schon am Anfang diskutiert haben?

**Gregor Gysi:** Meines Erachtens muß die besondere historische Situation und die Geschichte beider deutscher Staaten gesehen werden. Die Linken in der BRD haben überwiegend in anderen Parteien und Bewegungen Unterschlupf gefunden. Sie waren dort mehr oder weniger geduldete Minderheiten. Sie verfügten nie über eine eigene Partei oder Bewegung, die sich auch dazu bekannte, links zu sein. Das hing auch mit der Art und Weise der Existenz der DDR zusammen. Mit dem Zusammenbruch des sogenannten „real existierenden Sozialismus“ bestehen auch neue Chancen und Hoffnungen für Linke, weil sie in gewisser Hinsicht befreit wurden. Zur politischen Kultur in Deutschland gehört meines Erachtens dringend eine wirklich linke sozialistische Partei, die sich links von der SPD einordnet. Ihre Aufgabe besteht unter anderem darin, die ökologische Frage, die Frage der Gleichstellung der Geschlechter, die Fragen von Frieden und Abrüstung eindeutig mit den sozialen Fragen im Innern und im Verhältnis zur Dritten Welt zu verbinden. Sie kann nicht ihren „Frieden“ mit dem Kapital machen. Sie sollte nicht gegen marktwirtschaftliche Mechanismen auftreten, aber eindeutige Rahmenbedingungen fordern, die Lösungen der genannten Fragen zumindest erleichtern.

**spw:** Unsere Debatte berührt nun auch unmittelbar das Verhältnis von PDS und Sozialdemokratie. Maßgebliche Kreise der SPD-Führung und der Gewerkschaften setzen offenbar auf Ausgrenzung der PDS. Egal, wie man

zur Westausdehnung und zur Wahlorientierung steht, die Abwehr dieser Ausgrenzung ist eine wesentliche für die gesamte Linke, vor allem für die Linke in der SPD. Allerdings stellt sich hier das Problem, daß die Linke in der SPD ja gleichzeitig befürchten muß, daß ihr ureigenstes Terrain - politisches Einfordern des „demokratischen Sozialismus“ - von der PDS beansprucht wird. Wie beurteilst Du diese Problemlage, insbesondere das Verhältnis zwischen PDS und linken Sozialdemokraten?

**Gregor Gysi:** Ehrlich gesagt ist mir die Herangehensweise, die aus der Fragestellung erkennbar ist, unverständlich. Offensichtlich wird Übereinstimmung bei Politikangeboten und in Programmatik mehr gefürchtet als Unterschiede. Wenn linke Sozialdemokraten und Mitglieder der PDS gleichermaßen für den „demokratischen Sozialismus“ eintreten, sollte

# propos

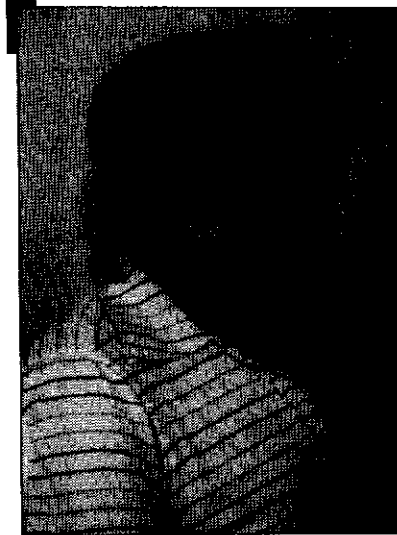
Herzlichen Glückwunschl

Heinz Albrecht - spw-Herausgeber der ersten Stunde - wird am 30. August achtzig Jahre.

Wir gratulieren Dir, Heinz!

Zeit Deines Lebens links aktiv, bis vor kurzem noch Schauspieler bei der Berliner Company, wünschen wir Dir beste Gesundheit und frohen Mut in Deinem sich rasant verändernden Berlin!

Redaktion, Herausgeber und Gesellschafter



dies alle nur freuen. Ich könnte mir durchaus ein gutes Verhältnis zwischen der PDS und linken Sozialdemokraten vorstellen, insbesondere dann, wenn deutlich wird, daß die PDS eher die Positionen linker Sozialdemokraten vertritt als vielleicht die SPD. Das könnte die linken Sozialdemokraten beflügeln, für Änderungen in der Politik der SPD einzutreten. Wenn es darüber hinaus einige gibt, die sich in der PDS wohler fühlen, so wäre dies meines Erachtens ein normaler und von allen zu respektierender demokratischer Vorgang. Es könnte ja wohl auch der umgekehrte Fall eintreten.

Während die erste Variante offensichtlich mit dem Etikett „Verrat“ versehen wird, gilt die zweite Variante wohl als demokratisch und selbstverständlich. Ich gehe aber davon aus, daß beide Verhaltensweisen respektiert werden müssen.

**spw:** Kann sich Gregor Gysi vorstellen, eines Tages auf dem linken Flügel der SPD zu agieren?

**Gregor Gysi:** Ich besitze eine ausgeprägte Phantasie und kann mir deshalb vieles vorstellen. Für realistisch halte ich es nicht, zumindest nicht solange die SPD so ist, wie sie jetzt ist. Ich würde hierbei auch neben programmatischen und inhaltlichen Fragen die Gefühle nicht unterschätzen. Und der vehemente Kampf, den die SPD gegen die Existenz der PDS führt, hat selbstverständlich seine Auswirkungen. Das betrifft nicht nur mich. Im übrigen gehe ich davon aus, daß sich auch die PDS verändern muß und verändert wird. Dies hängt einfach damit zusammen, daß die Gesellschaft sich entwickelt.



Wolfgang Thierse

# ZÖGERNDE BEMERKUNGEN ZUM „DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS“

(REFERAT  
AUF EINER  
VERANSTALTUNG  
DES „PROJEKTS  
MODERNER  
SOZIALISMUS“  
IN BERLIN  
VOM 7. JULI 1990)

Über die Perspektiven der Sozialdemokratie und eines modernen Sozialismus zu reden, fällt mir gegenwärtig offen- gestanden recht schwer. Denn wir sind in einem derartigen Ausmaß mit Tages- politik und konkreten Überlebensfragen beschäftigt, daß für theoretisches Nach- denken kaum noch Zeit bleibt. Allerdings gibt es noch eine weitere Schwierigkeit: Ich weiß nämlich nicht mehr so recht, was „links“ eigentlich bedeutet und wovon ich rede, wenn ich das Wort „Sozialismus“ oder „demokratischer Sozialismus“ in den Mund nehme. Und ich denke, daß sich dieses Problem nicht nur für mich, sondern für viele andere auch stellt. Ich rede also vor allem so zu Euch, daß unsere Befindlichkeit als DDR- Sozialdemokratie verständlich wird. Auf dieser Basis wird man dann auch über Perspektiven reden können.

Was ist eigentlich in den letzten Jahren und Monaten in Osteuropa, was ist in der DDR passiert? Die objektive Seite besteht im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ - zunächst einmal als öko- nomisches System, als zentrale Planwirt- schaft, als bestimmte Organisationsform der Produktivkräfte, als spezifische Ver-

Wolfgang Thierse,  
Vorsitzender der SPD der DDR



Bild: M. Kornatz

Wolfgang Thierse referiert

Andreas Wehr

## Bericht von der Tagung „Perspektiven der Sozialdemokratie in Ost und West“ des Projektes „Moderner Sozialismus“

Es war ein Experiment. Einige aus der alten spw-Redaktion hatten die Idee, dem auch in Berlin so deutlich zu spürenden sozialdemo- kratischen Theoriedefizit mit einem attrakti- ven Angebot zu begegnen. Es sollte keine Konkurrenz zu den Gremien der Parteilin- ken, hier vor allem des Donnerstagskreises, sein. Doch es ist kein Geheimnis, daß - ähnlich wie auf Bundesebene - die Gremien der Linken nur noch mehr recht als schlecht koordinieren, schon längst aber keine inhaltliche Plattformen zum Austausch von Ideen und inhaltlichen Streitpunkten mehr darstellen. In Berlin hat die Kohärenz der Parteilinken aber auch aufgrund ihrer inner- parteilichen Durchsetzung und Erfolge merklich nachgelassen. Die großen Kontra- versen in der Stadtpolitik orientieren sich

Andreas Wehr, Jurist, Berlin (West)

fassung der Eigentumsverhältnisse. Man kann dieses Scheitern durchaus ortho- dox-marxistisch mit Hilfe der Dialektik von Produktivkräften und Produktions- verhältnissen erklären und es insofern als notwendigen Vorgang auffassen. Wir erleben zweitens das Scheitern des „realen Sozialismus“ als politisches Sys- tem, im Sinne der „Diktatur des Proleta- riats“ und des „demokratischen Zentra-

schon lange nicht mehr am traditionellen Rechts-Links-Gegensatz, sie polarisieren zu- nehmend die große linke Mehrheit. Schon jetzt gibt es auf Parteitag in Einzelfragen neue Bündnisse ohne Rücksicht auf die vertrauten Flügel. Nur noch mühsam kann eine Verständigung auf die Bewältigung der aktuell anstehenden Fragen hergestellt werden. Zeit also für ein inhaltliches Ange- bot abseits von „starrten Tagesordnungen und dem Zwang, Beschlüsse fassen zu ... müssen“, wie es im Einladungstext formu- liert wurde.

Es war ein gelungenes Experiment. Gut 90 Antwortkarten erhielten die Einlader, mehr als 100 Teilnehmer waren es schließlich, die sich bei Kaffee und Kuchen an einem Sonnabendnachmittag in einem typischen Berliner Ausflugslokal in Wannsee einfanden. Das es bei 300 Einladungen so viele waren, lag sicherlich am „Neuigkeitswert“ von Wolfgang Thierse, der zusammen mit Jürgen Egert mit Thesen die Versammlung eröffnete. Eingeladen noch als einfacher Volkskammerabgeordneter, wollten nun viele die Chance zur Diskussion mit dem gerade gewählten neuen Vorsitzenden der DDR-SPD nutzen.

lismus“, als Parteidiktatur und Stasi-Staat. Und wir erleben - drittens - den Zusam- menbruch als politische Doktrin, als „Marxismus-Leninismus“, d.h. einer vor- geblich „wissenschaftlichen Weltan- schauung“.

Diesem Zusammenbruch - und das will ich den westlichen Linken ausdrücklich sagen - haben wir als Befreiung erlebt, als Befreiung von Mißwirtschaft, auch

sch der Veranstaltungstitel „Perspek- tive Sozialdemokratie in Ost und West“ allgemein formuliert, so wurde doch schnell klar, daß die Haltung der Sozialdemokratie im Vereinigungsprozeß die programmatische Entwicklung der SPD im Mittelpunkt stehen würden. Jürgen Egert auf die „unerledig- ten Aufgaben“ der Sozialdemokratie hin (Gleichstellung der Geschlechter, öko- nomischer Umbau der Industriegesellschaft, Weltwirtschaftsordnung, Herstellung sozialer Gerechtigkeit), betonte Wolfgang Thierse die Diskreditierung jeglicher sozialistischer Orientierung in der DDR für eine nicht absehbare Zeit. Deutlicher noch wurden die Unterschiede in der sich an- schließenden Diskussion erkennbar.

Unverständnis über eine aus westli- cher Sicht antikommunistische und gegen- über den Problemen der kapitalistischen Gesellschaft unkritische Herangehenswei- se. Dort: Zurückweisung der westlichen Lehre und der Vorwurf eines naiven Glaubens an die Wandlungsfähigkeit der DS.

Immer allmählich wurde den Teilnehmern be- wußt, daß an diesem Sonnabend nicht einfach Mitglieder von zwei Parteien disku- tieren, die sich mal die Meinung sagen und anschließend wieder nach Hause gehen, sondern, daß man sich spätestens im Herbst einer einheitlichen Parteiorganisation wiederfinden wird und die anstehenden Probleme daher schon jetzt gemeinsam gelöst werden müssen. So überwogen auch im zweiten Teil die Beiträge, die konstruk- tive Vorschläge enthielten.

Wenn auch am Ende keine konkreten Er- gebnisse standen, so äußerten doch die meisten Teilnehmer die Hoffnung, daß es weitere derartige Veranstaltungen geben werde. Die Verhältnisse in Berlin erzwingen geradezu den Dialog zwischen westlicher und östlicher Sozialdemokratie. Mit dem Zusammenschluß der beiden Parteien wird ein einheitlicher Landesverband unter Ein- schluß Ost-Berlins entstehen. Will die Partei- ke sich behaupten, so muß sie jetzt den Dialog suchen und die andere Seite verste- hen lernen. An eine Fortsetzung des Expe- riments ist daher gedacht.

von Not und von Unterdrückung - auch in geistiger und wissenschaftlicher Hin- sicht. Vielleicht wird der Marxismus als kritische Theorie diese Befreiung überle- ben. Ich betone die „Befreiung“, weil ich damit zur subjektiven Seite komme, die sich als Krise der Linken in Ost und West fassen läßt, zugleich als größte Krise der Linken in diesem Jahrhundert, schlimmer noch als die in den 30er

## ALLE EMANZI- PATORISCHEN PROJEKTE WAREN IN DIESEM JAHRHUNDERT MIT DER ENTWICKLUNGS- GESCHICHTE DES „REALEN SOZIALISMUS“ VERBUNDEN.

Jahren. Denn alle linken Ideen, alle emanzipatorischen Projekte - der proletarischen Emanzipation wie auch der Aufklärung - waren in diesem Jahrhun- dert auf problematische und spannungs- reiche Weise mit der Entwicklungsges- chichte des „realen Sozialismus“ in Osteuropa verbunden. Dieser Zusam- menhang, der noch im heftigsten Kon- flikt und Widerstreit so elementar war, wie es gerade die tiefe Krise der Linken in den 30er Jahren zeigte, dieser Zu- sammenhang existiert nicht mehr.

Ich will nun einige Phänomene dieser Krise der Linken zu buchstabieren versu- chen, wobei ich diese Krise insbesonde- re als eine Krise der Intellektuellen be- greife (ich wage hier nicht von den Arbeitern - zumal von den Arbeitern in der DDR - zu reden): Es geht dabei zuallererst um das Innewerden und gleichzeitige Entsetzen bei den Intellek- tuellen darüber, daß ihr Leben mögli- cherweise falsch gelebt war - ein Leben als Kette von Kompromissen, die sich nur dadurch rechtfertigen ließ, als sie im Zusammenhang mit einer Utopie stand, die jetzt als gescheitert gelten muß. Eine entsetzliche Entdeckung! Die Utopie ist fort und so bleibt nur der Kompromiß übrig. Und schlimmer noch: die Abfolge von Kompromissen erscheint als eine Abfolge von Korruptionen. Jedenfalls ist dies die peinigende Frage, die sich

vielen Intellektuellen stellt.

Ein zweites Phänomen beobachte ich: nämlich das trotzige Festhalten an der Utopie einerseits und das jähe Umschla- gen in Utopieverzicht und Utopieverbot andererseits. Ich will dies erläutern am Beispiel des Aufrufes „Für unser Land“ aus dem vergangenen November, den Christa Wolf, Stefan Heym und andere unterschrieben hatten. Es war der Ver- such, so etwas zu entwerfen wie eine neue sozialistische Chance für die DDR, einen eigenen dritten Weg zu einem wirklichen, demokratischen und huma- nen Sozialismus. Dies hatte keinen Erfolg - was spätestens mit der Unterschrift von Egon Krenz klar war. Aber dies war nicht die eigentliche Ursache (auch wenn der Inhalt des Aufrufes diese Unterschrift ermöglichen sollte, was m.E. kritisch festge- halten werden muß). Man muß die Ablehnung des Aufrufs in der Bevölke- rung so interpretieren, daß sich die Mehrheit verweigert hat, erneut zum Material für eine Utopie von Intellektuel- len zu werden. Es folgte die Erkenntnis, daß der 4. November nur ein kurzer wunderbarer Moment des Einsseins von linker Intelligenz und Bevölkerung war. Eine Erkenntnis, der heute die Weiner- lichkeit bei vielen Intellektuellen ebenso folgt wie das Schweigen anderer ge- lebter Illusionen bis hin zu den Verurtei- lungen, denen wir selbst anheimfallen liegen.

Ich beobachte desweiteren die Verurtei- lungen von Intellektuellen - und die sel- bsten Tricks, um sich den politischen, moralischen und theoretischen Konsequenzen des Scheiterns des „realen Sozialismus“ zu entziehen. Der wichtigste Trick ist die Redeweise, daß die- ses Sozialismus, was da seit 70 Jahren existiert hat und nun zusammengebrochen ist, gar kein „wirklicher“ Sozialismus gewesen sei, sondern eine stalinistische Verfälschung oder ein Staatskapitalismus oder wie auch immer. Eine andere Variante lau- tet, dieser Sozialismus sei eine durch historische Sonderbedingungen ver- fälschte Verwirklichung einer großarti- gen Theorie. Ich könnte noch weitere Varianten aufzählen. Worum es sich dabei im Grundsatz handelt, ist die Abtrennung von schlechter Praxis und guter Theorie, um den Sozialismus als Theorie und Utopie zu retten. Mir geht dabei die alte Frage von Marx durch den Sinn: Hat der Sozialismus eine Grenze zent oder bis zur Unmöglichkeit?

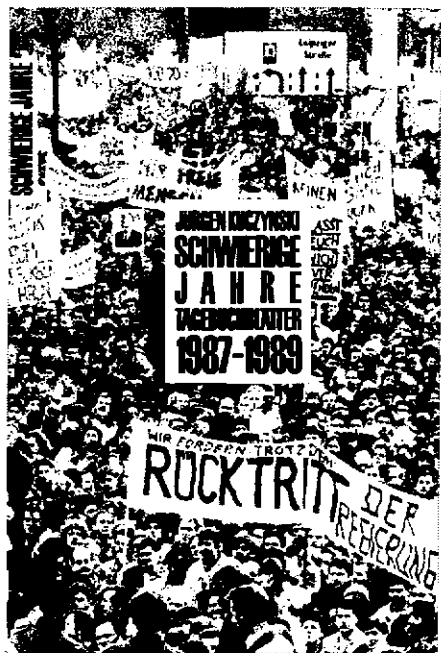


Dies ist die eigentliche Frage, der wir uns stellen müssen. Und man könnte auch Horkheimer variieren: Wer vom Stalinismus nicht reden will, soll vom Sozialismus schweigen.

Der niederschmetternde, aber unabweisbare Befund lautet also: Die Verwirklichungsgeschichte der sozialistischen Theorie kann diese selbst nicht in einem jungfräulichen Zustand belassen. Es gab und gibt bis zum gegenwärtigen Moment keinen anderen Sozialismus als politisch-ökonomisches System als den durch einen Stasi-Staat bestimmten und nur mit Terror funktionierenden Sozialismus. „Archipel Gulag“ und „Stasi“ sind die beherrschenden Termini für die Verwirklichungsgeschichte der sozialistischen Utopie in ihrer Marxschen und Leninschen Ausformung. Wir stehen also am Ende - und damit am Anfang. Was unabweisbar not tut, ist eine schonungslose Selbstkritik der sozialistischen Linken - eine Selbstkritik hinsichtlich der geschichtlichen Praxis und der sozialistischen Theorie, die von der kommunistischen und der sozialdemokratischen Linken zu leisten ist. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe. Erst im Anschluß daran und als deren Ergebnis wird es wieder möglich sein, eine sozialistische Theorie und Programmatik zu formulieren. Inzwischen geht es um etwas viel Bescheideneres - gewissermaßen um das „Sozialdemokratische“ - es geht darum, den wuchernden ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen ein vernünftiges Maß an Kontrolle aufzuzwingen.

Ich weiß nicht, ob dies hinreichend ist, um „Linkssein“ zu definieren. Aber in diesem Sinne verstehe ich „Sozialismus“ und erst recht „demokratischen Sozialismus“ - nicht als einen Zustand, der herbeigeführt werden soll, als ein System, das den Menschen zu ihrem vermeintlichen oder tatsächlichen Glück von einer Avantgarde gebracht wird, sondern als einen Prozeß, über dessen Richtung und Tempo sich die Menschen demokratisch verständigen müssen. Dabei gibt es allerdings zwei regulative Ideen, die den „Sozialismus“ auch im Sinne von Wertorientierungen und eines entsprechenden politischen Horizonts greifbar machen. Diese beiden regulativen Ideen sind soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit einerseits und öffentliche bzw. gemeinschaftliche Kontrolle und Regelung aller die Gemeinschaft betreffenden Ansaelenhei-

## Buchpremiere im Tacheles - Verlag



## JÜRGEN KUCZYNSKI Schwierige Jahre - mit einem besseren Ende?

Tagebuchblätter 1987 bis 1989

„...Wahrlich, ich beginne von einem traurigen Kapitel unserer Geschichte zu berichten, aus dem im Grunde kleinen Alltagswinkel eines uralten Genossen, dem es noch vergönnt ist, ein neues Kapitel, das unser Volk begonnen hat, zu erleben.“

Broschur, 219 Seiten, ISBN 3-910156-00-2, 9,80 DM  
Leinen, 219 Seiten, ISBN 3-910156-01-0, 19,80 DM  
zu bestellen bei:

Vertriebsgemeinschaft Dieter Joester, Kölner Str. 66,  
6000 Frankfurt/Main 1, Tel. (069) 731642

oder bei:

Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel  
Bestell-Nr. 820 500 5 (Br.), 820 501 3 (Ln.)

WAS ... NOT TUT,  
IST EINE  
SCHONUNGS-  
LOSE SELBST-  
KRITIK ... DER  
KOMMUNISTI-  
SCHEN UND  
DER SOZIAL-  
DEMOKRATI-  
SCHEN LINKEN...  
DIES IST EINE  
GEMEINSAME  
AUFGABE .

ten in Politik, Ökonomie und Kultur durch die demokratisch organisierten Individuen andererseits.

Wenn ich den Begriff „demokratischer Sozialismus“ - aus genannten Gründen allerdings nur zögernd - verwenden will, muß er demnach weit mehr aussagen als die Beschreibung einer Gesellschaftsordnung. Er muß vielmehr unsere Visionen, unsere Grundwerte und unsere Strategie zusammenfassen. „Sozialismus“ verstehe ich also nicht als Ziel im Sinne eines Endzustands, sondern als eine permanent verändernde und sich entwickelnde Idee von Freiheit, Gleichheit und Solidarität, von Mitbestimmung und Emanzipation, von Menschenrechten und einem jeweils neu zu definierenden Begriff von Arbeit und Lebenswelt. Wenn wir in diesem Sinne den Sozialismus nicht als dogmatische Heilslehre ansehen, brauchen wir eine Präzisierung dessen, was wir im jeweils gegebenen Moment als unsere dringendsten Aufgaben ansehen. Wir brauchen dazu selbstverständlich einen umfassenden öffentlichen und internationalen Diskurs über die sozialen und ökologischen Fragen und die Frage nach umfassender Demokratie. Nur in einem offenen und möglichst breit angelegten Diskurs gerade zwischen Ost- und Westeuropa, damit

auch zwischen höchst unterschiedlichen Erfahrungen, die mit der Geschichte des Sozialismus verbunden sind, können wir Sozialdemokraten unser Profil schärfen, uns abgrenzen und neue Verbündete finden. Es ist in dieser Hinsicht eine gute Voraussetzung für die Sozialdemokratie, daß sie sich ohnehin nicht nur aus Traditionen der klassischen Arbeiterbewegung speist, sondern viele unterschiedliche Weltanschauungen, darunter auch religiöse Wurzeln akzeptiert. So geben etwa die Ideen des Liberalismus und der Aufklärung wichtige Impulse, die von großer Aktualität sind.

„Demokratischer Sozialismus als Prozeß“ heißt dann auch, eben nicht vorrangig die Frage nach „Sozialismus oder Kapitalismus“ zu stellen. Wir im Osten lernen gerade gegenüber der alten Ideologie, daß es den Kapitalismus gar nicht gibt, sondern verschiedene Kapitalismen. Und die Bundesrepublik besitzt ja nicht nur deshalb eine solche Anziehungskraft für die Menschen in der DDR, weil es sich dabei um eine höchst erfolgreiche Wirtschaft handelt, sondern zugleich um einen sozialstaatlichen Kapitalismus, in den die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie schon viel an demokratischer Mitbestimmung und sozialen Sicherungssystemen eingebaut haben und der wohl mehr an Lösungen für soziale Fragen geboten hat als die meisten sozialistischen Länder. Zugleich glaube ich aber auch, daß die Bundesrepublik und mit ihr der moderne Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft und die parlamentarische Demokratie keineswegs das „Ende der Geschichte“ markieren, die Verwirklichung des Traums von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit sind. Vielleicht ist dieses Grundgefühl, diese Überzeugung das letzte einigende Band der Linken in ihren verschiedenen Fraktionen. Es ist zugleich aber nur die Überzeugung einer Minderheit in der DDR - jedenfalls im Moment. Jetzt geht es für die Mehrheit um das „Nachholen“, um den Anschluß an den westlichen Wohlstand und die westliche Freiheit. Ihr müßt begreifen, daß wir im Osten keine neuen Sozialismus-Modelle brauchen, sondern realistische Handlungsmöglichkeiten in derjenigen Gesellschaft, in der wir künftig gemeinsam leben. In der westdeutschen Sozialdemokratie und der Linken insgesamt haben viele Menschen lange auf Veränderungen in den

Ländern des „realen Sozialismus“ gehofft, um ihre eigenen Bedingungen verbessern zu können. So sehr ich das verstehe, muß man deutlich sagen, wie falsch und gefährlich dies in zweierlei Hinsicht war. Erstens hat die Sympathie, mit der die sozialistischen Länder vielfach betrachtet wurden, oft verhindert, daß die Realitäten in diesen Ländern richtig erkannt werden konnten, und sie führt auch heute noch zu manchem schmerzhaften Nachruf auf die DDR. Und zweitens hat eine derartige Betrachtungsweise von den eigenen Bedingungen abgelenkt, deren notwendige Analyse vielfach verhindert und schließlich in mangelnder Phantasie und Politikfähigkeit geendet. Nun: Der „reale Sozialismus“ als Alternative ist endgültig erledigt. Wir müssen mit Blick auf den modernen Kapitalismus, auf seine Entwicklungslogik und die Alternativen innerhalb dieser Logik neu anfangen. Für uns in der Nach-DDR bedeutet es immens viel, überhaupt Kenntnis von den Bedingungen in der Bundesrepublik zu erlangen. Und die meisten von uns haben große Eile, „Kapitalismus zu lernen“. Doch die vorrangigen Wünsche nach Wohlstand und sozialer Sicherheit sind nicht im Rahmen der beiden Staatsverträge zu garantieren. Es besteht die Gefahr, daß das Gebiet der DDR zum Experimentierfeld für gewagte Kapitalvorhaben wird, von denen der ärmere Teil Deutschlands nichts hat. Wir müssen uns daher einer Tarifpolitik gegen soziale Ausdifferenzierung, einer Strategie der Umschulung, Weiterbildung und Arbeitsförderung, den kommunalen und Infrastrukturinvestitionen widmen. Perspektiven gibt es für die deutsche Sozialdemokratie nur dann, wenn sie sich den von mir nur kurz umrissenen deutsch-deutschen sozialen Problemen stellt und insofern ein Projekt für das entwickelt, was man früher „soziale Umverteilung“ genannt hat. Und zweitens, wenn die Sozialdemokratie ein Konzept für eine ökologisch bestimmte, also nicht-spontan-kapitalistische Modernisierung der DDR-Wirtschaft entwickelt. Wir dürfen uns also gerade in dieser Hinsicht nicht mit dem bloßen Nachholen begnügen. Und dieses wird die Sozialdemokratie nur dann eine Perspektive haben, wenn sie von uns selbst oblenkt - in Politik und Europa und die globalen Perspektiven.

HEINZ-GERD HOFSCHEIN

# DAS SCHEITERN KOMMUNISTISCHER PARTEIEN IN WESTDEUTSCHLAND

## Zu Georg Fülberths Geschichte der KPD und DKP\*

Es ist natürlich schon ein bemerkenswertes Ereignis, wenn nur wenige Monate nach dem faktischen Zusammenbruch des kommunistischen Teils der deutschen Arbeiterbewegung eine Geschichte der westdeutschen kommunistischen Parteien erscheint, die bis in diese letzten Monate reicht, und die auch noch von einem kommunistischen Historiker stammt. Aber es wäre falsch, Georg Fülberths Untersuchung über die „KPD und DKP 1945-1990“ nur unter dem Aspekt solch spektakulären Aktualitätsbezugs wahrzunehmen. Denn zunächst einmal schließt diese Überblicksdarstellung eine Lücke in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik. Zwar wird die Geschichte der politischen Parteien seit Jahren ausführlich erforscht, und auch zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit gibt es zahlreiche Einzelstudien und Überblicksdarstellungen, aber merkwürdigerweise blieb die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der KPD nach 1945 und die der DKP ab 1968 recht dünn. Wer sich über sie informieren wollte, war bislang - neben einigen guten Detailstudien - entweder auf direkte und indirekte Erzeugnisse des Verfassungsschutzes (Kluth, Schneider), die Darstellungen ausgewiesener Gegner der Partei (Wilke) oder auf die reziprok verfälschende Hausgeschichtsschreibung besonders aus der DDR angewiesen. Daß sich die DKP selbst mit dem Schreiben der eigenen Geschichte schwer tat - eine zweibändige Dokumentensammlung zur KPD 1945-1968 (Schleifstein/Judick) erschien erst 1989, als sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen auch

auf die Bewertung der Vergangenheit ausdehnten - ist dabei weniger verwunderlich, denn eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Parteien nach 1945 hätte mehr Fehler, Irrtümer und auch Verbrechen thematisieren müssen, als es das Parteiverständnis und die Strukturen der DKP erlaubt hätten.

### Kommunistische Parteien im Systemkonflikt

Fülberths Untertitel enthält bereits eine seiner zentralen Thesen: Die Entwicklung der beiden von ihm untersuchten kommunistischen Parteien sei „geprägt durch eine bestimmte, inzwischen abgeschlossene Phase der kapitalistischen Entwicklung“, der vierten von fünf Perioden, die er unterscheidet. Nach der industriellen Revolution, der Periode der Konsolidierung des Kapitalismus und der Phase der inner-imperialistischen Konfrontation (1914-45), beginnt die Periode der „Systemauseinandersetzung mit den neuen, nicht-kapitalistischen Gesellschaften“, die auf der Grundlage des fordistischen Akkumulationsmodells zu einer inneren Stabilisierung des Kapitalismus führte. Diese ermöglichte schließlich die fünfte, gegenwärtige Periode kapitalistischer Entwicklung, die durch „die Niederlage der nachkapitalistischen Länder im Kalten Krieg“ und durch einen neuen Produktivkraft- und Akkumulations-Typ geprägt ist. Kommunistische Parteien sind - nach Fülberths Periodisierung - in der dritten Periode als Massenparteien entstanden und vollziehen auch bereits da einen Wandel. Da auch in der Phase der inner-imperialistischen Konfrontation schon seit

Heinz-Gerd Hofschien, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Bremen

1917 die Frontstellung gegen die UdSSR bestand und sich die kapitalistischen Systeme Westeuropas nach der revolutionären Nachkriegskrise (1918-1923) als relativ stabil erwiesen hatten, „stellte ... Stalin die Kommunistische Internationale und ihre Mitgliedsparteien auf den Kampf zwischen dem 'Sozialismus in einem Land' und der kapitalistischen Welt ein. Die kommunistischen Parteien hatten auf Jahrzehnte hin die folgende Hauptaufgabe: nicht die Revolution im eigenen nationalen Rahmen durchzusetzen, sondern die Ergebnisse der Oktoberrevolution zu schützen“, um durch die Entfaltung des sowjetischen Machtpotentials die Umwälzung in den nach kapitalistischen Ländern zu befördern. Diese Strategie, die in der vierten Periode (der Phase der Systemauseinandersetzung) durch die Veränderungen in Osteuropa und in den Kolonialgebieten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst erfolgreich zu sein schien, mußte mit der Niederlage in der Systemauseinandersetzung ebenfalls scheitern.

Soweit der theoretische Rahmen der Untersuchung, der - soweit er nicht den Versuch einer bloßen Periodisierung darstellt, sondern Gesetzmäßigkeiten für die Entwicklung der kommunistischen Parteien nahelegt - durchaus kritisch zu diskutieren wäre, schließlich gab es von Beginn an in den KPs die Debatte um alternative Wege. Die Frage, warum sich die Konzeptionen Rosa Luxemburgs, August Thalheimers oder nach 1945 Anton Ackermanns nicht durchsetzten und ob diese einen größeren Erfolg bewirkt hätten, wird mit solch periodisierenden Systematiken allerdings leicht verstellt.

Ein Weiteres wird bereits in Fülberths theoretischer Einordnung deutlich: Er übernimmt die These von der völligen Orientierung der KPs an den Interessen und Erfordernissen der Politik der UdSSR, wie sie seit langem von Hermann Weber und Ossip Flechtheim, aber auch von Heinrich Brandler seit den 30er Jahren, vertreten wurde. Allerdings erklärt er diese Orientierung nicht allein mit der Abhängigkeit der Apparate von Moskau, sondern erwähnt auch die subjektive Seite der Anlehnung an die erfolgreich scheinende KPdSU, an die Siegermacht des Zweiten Weltkrieges, und er verweist auf die Logik eines

revolutionstheoretischen Konzepts, das in der Verteidigung und Stabilisierung der Sowjetunion eine Voraussetzung auch für den revolutionären Wandel im Westen sah. Diese Abhängigkeit von der UdSSR und der DDR - konzeptionell-strategisch, materiell und mental - ist für Fülberth eine zentrale Ursache des Scheiterns kommunistischer Politik in Westdeutschland.

### Die KPD-Geschichte nach 1945

Die chronologisch gegliederte Untersuchung gibt in drei Kapiteln einen Überblick über die Geschichte der KPD seit 1945, einschließlich der Phase der Illegalität ab 1956, und behandelt in vier weiteren Abschnitten die Entwicklung der DKP. Der Autor sieht bereits in der Konstituierung der KPD in den Westzonen ein Dilemma, da diese die Folge des Scheiterns der Bestrebungen nach einer Einheitspartei der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland war. „Die KPD der Westzonen verstand sich als Teil einer gesamtdeutschen Organisation, der SED, deren Gründung außerhalb der Sowjetischen Besatzungszone und Westberlins nicht zustande gekommen war.“ Da die - nach verschiedenen illusionären Versuchen, doch in Westdeutschland zu einer Einheitspartei zu kommen - erst spät (im März 1948) als eigenständige Partei konstituierte „KP wider Willen“ nicht im beginnenden Kalten Krieg als „russische“ Partei bekämpft wurde, sondern sich auch als einzige Kraft gegen die Bildung der Bundesrepublik wandte, wurde ihr anfänglicher Einfluß schnell reduziert. Fülberth erklärt sowohl die hohen Mitgliederzahlen nach 1945 als auch die baldige, rasch fortschreitende Isolierung mit der Nähe der KPD zur UdSSR, die zunächst als zukunftsrichtige Siegermacht und dann im Kalten Krieg als Feind und Bedrohung wahrgenommen worden sei. Den Einfluß der Kommunisten in der ersten Nachkriegsphase bewertet Fülberth recht gering, sowohl was die institutionelle Verankerung in Parlamenten, Verwaltungen, Redaktionen und den Gewerkschaftsführungen angeht als auch hinsichtlich der außerparlamentarischen Aktionen (mit Ausnahme der Protestaktionen im Ruhrgebiet 1947). Diese Einschätzung dürfte allerdings hauptsächlich für die Zeit ab

1947 zutreffen, in der die Regierungsbeteiligung der KPD endet und in der ihr Einfluß in den Gewerkschaften im Zusammenspiel von Sozialdemokraten und westlichen Besatzungsmächten zurückgedrängt wird.

Der eigentliche Niedergang der KPD erfolgt aber in den Jahren ab 1949. „Die Gründung der Bundesrepublik 1949 war die zentrale Niederlage der KPD. Sie hatte sich seit dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges 1947 angebahnt. Endgültig besiegelt wurde sie durch die gesellschaftliche Entwicklung der fünfziger Jahre.... Die Gründung eines von Anfang an sich als antikommunistisch verstehenden Separatstaates und dessen gesellschaftspolitische Legitimation durch den Wirtschaftsaufstieg in den 50er Jahren: dies waren die objektiven Gründe für den Niedergang der Kommunistischen Partei.“ Zu diesem Prozeß trugen allerdings auch eine Vielzahl subjektiver Fehler bei, die Fülberth ausführlich darstellt: das durch die Orientierung an der sowjetischen Außenpolitik hervorgerufene Primat des „Friedenskampfes“ und des Eintretens für die „nationale Wiedervereinigung“, dem alle anderen Politikbereiche untergeordnet wurden, die ultralinke Gewerkschaftspolitik (These 37 des Parteitag von 1951, „Deutsches Arbeiterkomitee“) und die abenteuerliche Orientierung auf den „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes“. Die Dynamik des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses wird von der KPD, die Westdeutschland als amerikanische Kolonie sieht und den krisenhaften Zusammenbruch des Marktwirtschaftskonzeptes prognostiziert, völlig verkannt. Zwar erwartete in dieser Zeit auch die SPD das Scheitern der Erhardschen Politik, aber im Gegensatz zur KPD kann sie trotz dieser Fehleinschätzung politische Teilerfolge (in den Ländern und Kommunen, in der Montanmitbestimmung) unter den Bedingungen der Rekonstruktion und Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft erreichen, für die die KPD keinerlei Konzepte besaß. Die Alltagserfahrungen der KP-Anhänger im „Wirtschaftswunder“ differierten dann auch immer stärker von dem schwarzen Bild, das ihre Partei von der gesellschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands malte.

Große Aufmerksamkeit widmet Fülberth

dem düstersten Kapitel kommunistischer Politik in dieser Zeit: den innerparteilichen „Säuberungen“, die seit 1949 einen erheblichen Teil des Führungskörpers betrafen, und die im Verein mit der Durchsetzung völlig undemokratischer innerparteilicher Verhältnisse den Niedergang der KPD mit bewirkten. Die seit der Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typs“ und der Verdammung des „Titoismus“ begonnenen „Säuberungen“-Wellen, die gegen zahlreiche, zum Teil führende Funktionäre der Partei wegen angeblichen „Trotzkismus“, „Brandlerismus“ oder „Titoismus“ durchgeführt wurden, und die in etlichen Fällen zu schweren Repressalien, zur Verschleppung und Inhaftierung in der DDR und in der UdSSR geführt haben, sind zwar seit langem bekannt. Die Lebensgeschichten etwa der stellvertretenden KPD-Vorsitzenden Kurt Müller und Fritz Sperling, die in der DDR verhaftet und zu langjähriger Haft verurteilt wurden, die Memoiren Georg Fischers oder die Erlebnisberichte Leo Bauers und Wilhelm Prinz über ihre Erfahrungen mit den Terrormaßnahmen in der DDR waren auch bislang schon zugänglich, allerdings wurden sie stets von kommunistischer Seite ignoriert oder als antikommunistische Propaganda abgetan. Daß Fülberth diese schon pathologische Verdrängung beendet, ist also durchaus verdienstvoll, zumal seine zusammenfassende Darstellung dieser Vorgänge, die mehr als 20 Seiten umfaßt, das ganze Ausmaß dieser Verfolgungen verdeutlicht.

Trotz der ausführlichen Untersuchung der subjektiven Fehler und Versäumnisse der KPD sieht der Autor die Ursachen des Niedergangs der Partei primär in den objektiven Bedingungen des Kalten Krieges und des Wirtschaftswunders: „Die zahlreichen Fehleinschätzungen und subjektiven Fehler der KPD sind also kaum die Ursache für die Niederlage gewesen, umgekehrt: sie waren selbst schon Ausdruck einer immer hoffnungsloser werdenden Situation.“ Auch wenn Fülberths Einschätzung, „differenzierte Positionen hätten in der Polarisierung des Kalten Krieges kaum eine größere Chance gehabt als die unbedingte Treue der KPD zur Sowjetunion und zur DDR“, vielleicht für das faktische Ergebnis der Isolierung der KPD zutreffen mag, so wird bei dieser Relativierung der schweren eigenen politischen Fehler

allerdings der langfristige Schaden übersehen, den diese jeder sozialistischen Politik zugefügt haben.

### Die Entwicklung der DKP seit 1968

Der Schilderung des Verbots und der Verfolgung der Partei folgt eine interessante Darstellung der Illegalitätsphase, in der eine politische Kursänderung im Nachvollzug des XX. Parteitages der KPdSU und der Entwicklung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus vorgenommen wurde. Ein sehr detailliertes und informatives Kapitel gilt der Vorgeschichte und den Umständen der Neugründung der DKP 1968. Ermöglicht wurde sie durch den politischen Klimawechsel in der APO-Zeit und durch die Anfänge der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Großen Koalition. Gewaltt wurde sie von Teilen der illegalen KPD-Führung wohl auch, um der Gründung einer eigenständigen linkssozialistischen Partei durch die Außerparlamentarische Opposition zuvorzukommen. Die im September 1968 konstituierte Partei geriet mitten in die Auseinandersetzungen um die sowjetische Intervention in der CSSR, zu der sie sofort eine positive Stellungnahme abgab, um - wie Fülberth vermutet - von Anfang an „in der Frage der Haltung zu den sozialistischen Ländern die Differenz ... zu anderen linken Gruppierungen deutlich zu markieren.“ Die neue Partei gibt sich ein antimonopolistisches Programm auf der Grundlage der Analyse des staatsmonopolistischen Systems der Bundesrepublik und vertritt eine strikt gewerkschaftstreue und auf die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten gerichtete Politik. Allerdings setzt sie in der „Thälmannschen“ Haltung zur Sowjetunion und hinsichtlich der inneren Strukturen des „demokratischen Zentralismus“ durchaus die Politik der alten KPD fort, was sie in den „Thesen“ ihres 2. Parteitags 1971 festschreibt. Die Aufbaujahre der DKP bis 1973 zeigen ein widersprüchliches Bild: Einerseits wachsende Mitgliedszahlen und eine bemerkenswerte Attraktivität der Partei unter jungen Intellektuellen, die nach dem Ende der 68er-Bewegung feste organisatorische und ideologische Positionen und eine Verbindung zur Arbeiterklasse suchen, andererseits gelingt weder die Aktionseinheitspolitik

mit den Sozialdemokraten (die bereits 1970 ihre Abgrenzungsbeschlüsse fassen) noch ist die Partei in Wahlen erfolgreich. „Wenngleich die DKP in einigen Teilbereichen einen gewissen Einfluß erreichte, so blieb ihr gesamtgesellschaftliches Gewicht doch ungewöhnlich gering.“ Allerdings bewertet der Autor die Bedeutung der DKP und ihrer Jugendorganisationen meines Erachtens sowohl für den gewerkschaftlichbetrieblichen Bereich als auch für die Studentenbewegung zu gering. Die Diskriminierungen, die seit 1971 mit den Berufsverboten verschärft wurden, und die nicht nur dazu beitrugen, den Einfluß der Partei einzugrenzen, sondern auch zur Verfestigung einer Bunkermentalität in ihren Reihen, wie sie für verfolgte Minderheiten typisch ist, werden von Fülberth recht lapidar abgehandelt. Sein Bemühen, möglichst „objektiv“ zu schreiben, führt sogar dazu, daß er den Begriff der „Berufsverbote“ nur als Zitat der „Betroffenen“ verwendet. Auch wenn man eine solche Schilderung sine ira et studio noch akzeptieren kann, so kann dies für die häufig undiskutierte Verwendung der Verfassungsschutzberichte als Quellen wohl nicht gelten. Eine quellenkritische Haltung gegenüber den Hervorbringungen von Verfolgungsbehörden ist auch und gerade dann erforderlich, wenn die Quellenlage insgesamt schmal ist.

Das Scheitern der DKP beginnt für den Verfasser bereits ab der Wirtschaftskrise von 1974/75, seit der „ein Paradigma-Wechsel innerhalb der sozialen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik sichtbar“ wurde: Die Verteilungsspielräume, die gewerkschaftliche Erfolge ermöglicht haben, werden geringer; neue Problemfelder (Umwelt, Grenzen des Wachstums, Geschlechterverhältnis) werden deutlich, die von neuen sozialen Bewegungen aufgegriffen werden; der auf den neuen Technologien gegründete Akkumulationstyp bewirkt einen Wandel der Arbeiterschaft und der Lebensweise. Auf all diese Veränderungen reagiert die DKP nicht: teils wegen ihrer Bindung an die sozialistischen Länder (Atomkraft), teils wegen ihrer ideologischen Fixierung auf die „alten“ sozialen Fragen, auf das großindustrielle Proletariat als Subjekt und auf patriarchalische Traditionen der Arbeiterbewegung. Auch ihre Organisationsstruktur, die sich in diesen Jahren

in noch zentralistischerer Weise verfestigt, schließt ein Eingehen auf die neuen sozialen Bewegungen aus. „Das Ende der 70er Jahre offenkundige innenpolitische Scheitern der DKP hätte bereits damals die Frage nach ihrer aktuellen Existenzberechtigung nahegelegt, wäre ihr nicht zugleich eine wichtige gleichsam 'außenpolitische' Aufgabe zugewachsen: Der Kampf gegen die 1979 von der NATO beschlossene Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa.“ In der entstehenden Friedensbewegung gewinnt die Partei ihre größte Akzeptanz, „aber sie verzichtete während des Kampfes gegen die 'Nachrüstung' auch sonst nahezu völlig auf die Entwicklung eigenständiger Konzepte. Ihre gesamte Politik ordnete sie der Arbeit gegen die Raketenstationierung unter. Der Minimalkonsens der Friedensbewegung war zugleich ihr Spezifikum.“ Damit entsprach sie noch einmal der grundlegenden „strategischen Orientierung der kommunistischen Bewegung seit Mitte der 20er Jahre: zum Schutz der Sowjetunion, als des Motors des weltrevolutionären Prozesses, beizutragen.“ Als indes Gorbatschow spätestens seit 1987 dazu überging, „die Systemauseinandersetzung für beendet zu erklären...“, verlor die DKP außenpolitisch jenen strategischen Ort, den sie innenpolitisch seit der Mitte der 70er Jahre nicht mehr hatte.“ Die Folge war das Aufbrechen innerparteilicher Auseinandersetzungen, die zur späteren Herausbildung der „Erneuerer“-Strömung führte, die jedoch mit ihrem seit 1988 - zunächst noch zaghaft-vorgetragenen Versuch, die Partei grundlegend zu demokratisieren und für eine neue Politik zu öffnen, scheiterte, da ihre Bemühungen in die Phase des Zusammenbruchs des „Realen Sozialismus“ in Osteuropa fielen.

Das Buch endet mit einigen Bemerkungen über die Frage, ob und in welcher Gestalt es in einem vereinten Deutschland und in Europa eine relevante Linke geben werde. Die bisherigen kommunistischen Parteien werden - so der Autor - nicht mehr dabei sein. Sie hätten ihren Existenzgrund in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung gehabt und sollten genug Würde haben einzusehen, daß sie mit dieser auch enden müßten. Auch für diejenigen, die diesen Überlegungen wenig abgewinnen können, gibt das Buch einen guten Überblick über

die politische, ideologische und organisatorische Geschichte der beiden kommunistischen Parteien auf dem (bisweilen etwas knapp skizzierten) Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands. Es ist methodisch weitgehend eine klassische Organisationsgeschichte, die angesichts der bisherigen akademischen Vernachlässigung der KP-Geschichte durchaus ihre Berechtigung hat. Zwar bezieht sich Fülberth bisweilen auf die Motivationen und die Bewußtseinslage der Mitglieder, doch eine stärker sozialgeschichtliche Untersuchungsmethode hätte beispielsweise die Ursachen des Niedergangs der alten KPD in den 50er Jahren umfassender erklären können, als es der Verfasser mit dem Verweis auf Kalte-Kriegs-Situation, DDR-Treue und Wirtschaftswunder tut. Dieser Niedergang erfolgt ja parallel zu dem generellen Verlust traditioneller Arbeitermilieus und der Transformation der Arbeiterbewegung im Modernisierungsschub der 50er Jahre und hat einen Teil seiner Ursachen darin. Auch die genauere Untersuchung der spezifisch kommunistischen Lagermentalität, die durch die staatlichen Verfolgungen ebenso erzeugt wurde wie durch den eigenen Frontgarde-Anspruch, und die zu dem erheblichen Realitätsverlust führten, die zur Erklärung mancher Fehler beitragen.

Natürlich ist der Hinweis auf weiterhin offene Fragestellungen keine Abwertung dieser problemorientierten und gut geschriebenen Überblicksdarstellung, die sich - das sei nochmals betont - durch Offenheit und Kritikfähigkeit auszeichnet und so das Gegenteil einer Hausgeschichtsschreibung bildet. Das Buch mit seinen teilweise provozierenden Thesen wird die Diskussion um ein - wie der Autor es sieht - vorläufig abgeschlossenes Teilkapitel der Geschichte der Arbeiterbewegung sicherlich beleben.

\* Georg Fülberth, KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn, Distel Verlag 1990, 215 Seiten, 22,80 DM



Volker Grube / Martina Tiltmann

# VON DER QUOTIERUNG ZUR FRAUEN-KAMPAGNE IN OSTWESTFALEN-LIPPE - „VON SELBST ÄNDERT SICH NICHTS“

**Alle zwingend notwendigen Erneuerungen der SPD-Parteiorganisation greifen zu kurz, wenn sie nicht aufs engste verknüpft werden mit einer neuen Haltung der Sozialdemokratischen Partei zu Fragen des Marketing und der Imagebildung. Beispielhaft wird an einem Praxisbericht aus dem SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe dargestellt, wie Marketing-Strategien im Sinne der Parteireform genutzt werden können. Der steinige Weg der Männer-SPD zu einer Partei, die Frauen nicht nur satzungsgemäß gleichstellt, sondern die auch offensive Gleichstellungspolitik in Bund, Land und Kommunen formuliert und praktiziert, soll durch die Kampagne „Von selbst ändert sich nichts“ mit geebnet werden.**

Volker Grube, Werbefachmann, Bonn  
Martina Tiltmann, Bezirksvorstand OWL, Bielefeld

## Münster und Berlin

Mit der satzungsmäßigen Gleichstellung der Frauen und Männer in der SPD auf dem Münsteraner Parteitag 1988 wurde vorerst eine Jahrzehnte anhaltende Diskussion über den strategisch richtigen Ansatz der Frauenförderung in der SPD erfolgreich abgeschlossen. Der steigende Anteil von Funktionärinnen auf allen Ebenen der Partei, Verbesserungen des Frauenanteils in der Mitgliedschaft sowie eine überwiegend positive öffentliche Einstellung von Frauen und Männern zur Frauenförderung der SPD, bestätigen u.a. die 1988 getroffene Quotierungsentscheidung. Neben der edv-mäßigen Vernetzung des Parteiapparates seit 1984 und dem ebenfalls in Münster beschlossenen Betriebsgruppenstatut ist diese Organisationsveränderung die einschneidendste Reform im Parteileben seit dem Regierungswechsel 1982/1983, der eine programmatische und organisatorische Erneuerung der SPD zwingend notwendig machte. Die verlorene Bundestagswahl 1987 hatte noch einmal nachdrücklich deutlich gemacht, daß die SPD nicht im Selbstlauf darauf setzen kann, daß Frauen, speziell junge Frauen, mit hoher Wahlbeteiligung SPD wählen, sondern das zur Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Programmatik (Gleichstellung im Erwerbsleben, Vereinbarkeit von Beruf und Familie) auch die Glaubwürdigkeit der Stellung der Frauen in der SPD gehört.

Organisationsreform und neue Programmatik gehören untrennbar zusammen. Wurde zunächst mit der Quotierung der Weg der innerparteilichen Gleichstellung beschritten, so wurde mit der Debatte und der Verabschiedung des Berliner Programms auch die sozialdemokratische Programmatik zur Frauenfrage rundum erneuert und die Beschlußlage entsprechend dem Frauenselbstverständnis verändert. Strebte die SPD mit ihrem Godesberger Programm noch die vorrangige Zuständigkeit der Frauen für Haushalt und Familie an, so steht der Kampf um die gesellschaftliche Gleichheit der Geschlechter im Berliner Programm im Mittelpunkt. Ausgerüstet mit Satzung und Programm stellt sich nunmehr für die Sozialdemokratische Partei die Aufgabe, beides zu leben und für Frauen (und Männer) positiv erfahrbar zu machen. Dies um-

faßt auch die gesellschaftliche Umgestaltung. Überkommene männliche Strukturen und Bewußtseinslagen in der Partei sowie das äußere Erscheinungsbild der SPD müssen der Beschlußlage entsprechend weiterentwickelt werden.

## Im Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Noch vor dem Münsteraner Parteitag im August 1988 quotierte der SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe als erster bundesweit alle Bezirkswahlen mit vierzig Prozent. Nach monatelangen Vordiskussionen passierte der Antrag des Bezirksvorstandes den Parteitag ohne Debatte, ähnlich wie zwei Jahre zuvor der für die Frauenförderung im Bezirk Ostwestfalen-Lippe folgenlose „D 1“, der die Selbstverpflichtung der Partei zur Frauenförderung beinhalten. Es war die Sprachlosigkeit der Genossen in der Abstimmung zum Quotierungsantrag, die die Sorge aufkommen ließ, auch diesmal würde nur beschlossen, Veränderungen in der Praxis vor Ort würden jedoch nicht folgen. Besonders die Genossinnen, die seit Jahren für eine veränderte Frauenförderung eingetreten waren, fürchteten das Beharrungsvermögen männlicher Strukturen in der Partei.

Der Münsteraner Quotierungsbeschluß brachte die SPD öffentlich in der Diskussion über Frauenförderung nach vorn, Skeptiker in der Partei verstummten, in Nordrhein-Westfalen stand die Aufstellung der Kommunalwahl-Kandidatinnen und Landtags-KandidatInnen bevor. Speziell bei der Vergabe der Landtagswahlkreise war zu befürchten, daß entgegen den Intentionen des Quotenbeschlusses - nur eine von dreizehn Abgeordneten der Region eine Genossin werden würde.

In dieser Situation entstand in Ostwestfalen-Lippe die Idee, eine Frauenwerbeaktion zu starten. Bundesweit nahm die SPD Ostwestfalen-Lippe mit 23,8 Prozent Genossinnen Platz fünfzehn unter den Bezirken bzw. Landesverbänden ein. Die Ausweitung der weiblichen Mitgliedschaft war und ist eine zwingende Voraussetzung für die wirkliche und qualifizierte Umsetzung der Quotierung, soll es nicht zu Ämterhäufung und „Verschleiß“ von Genossinnen kommen, die zuviel Positionen und Funktionen übernehmen.



**ORGANISATIONS-REFORM UND NEUE PROGRAMMATIK GEHÖREN UNTRENNBAR ZUSAMMEN.**

zum ersten Mal eine jener Partei-gruppierungen erlebt, wo „statt lebendiger Ortsverein tote Hose herrscht“ (vgl. Krämer u.a., SPW 52/90), machte klar, daß eine Frauenwerbeaktion zu kurz greifen würde. Eine Frauenwerbeaktion mußte in einen umfassenderen konzeptionellen Rahmen eingebettet werden. Aus der Frauenwerbeaktion entwickelte sich allmählich die Frauenkampagne.

In diesem Zusammenhang wurde intensiver über die Verwendung von Konzepten und Methoden aus dem Marketing-Bereich nachgedacht. Folgende zentrale Überlegungen bestimmten die Konzipierung der Kampagne:

**Von selbst ändert sich nichts**

Hilfestellung vom Bundes- oder Landesvorstand war Ende '88 nicht absehbar. Über die zukünftige Frauenkampagne des Partei-vorstandes war nur Nebelhaftes herauszubekommen und der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen machte seine weiteren Frauenaktivitäten von einer umfangreichen Mitgliederbefragung abhängig. Das Ergebnis dieser Befragung liegt im Sommer 1990 noch immer nicht vor.

## Von der „Frauenwerbeaktion“ zur „Frauenkampagne“

Am 28.1.1989 beschlossen Bezirksvorstand und Bezirksausschuß der ostwestfälisch-lippischen SPD einstimmig das

Startsignal zur Vorbereitung einer Frauenwerbeaktion. Diese sollte am 24. Mai 1989 - dem 40. Jahrestag des Grundgesetzes - beginnen. Ziel sollte die Werbung von Frauen für die SPD sein, ein bezirksweiter Wettbewerb sollte die Aktion unterstützen. Nach den ersten Vordiskussionen zeichnete sich jedoch ab, daß eine Frauenwerbeaktion allein kaum ausreicht. Allein die Frage, was ein neugewonnenes weibliches Mitglied empfindet, wenn es

1. Die Medien, die im Rahmen der Frauenkampagne herausgegeben werden, müssen aus zwei Gründen modern, klar und auffällig gestaltet sein:  
- Zum einen haben sich die Wahrnehmungsgewohnheiten der Bevölkerung angesichts einer Informationsüberlastung enorm verändert. Es ist davon auszugehen, daß nur weniger als 1% aller angebotenen Informationen aufgenommen werden. Auch die SPD befindet sich in einer „Informations-

konkurrenz" zu anderen Parteien, aber auch zu kommerziellen Anbietern, die die Bevölkerung mit eingängigen Werbemitteln und ausgetüftelten Spots "bearbeiten". Die SPD muß sich dieser Informationskonkurrenz stellen. Tut sie es nicht, werden ihre "Botschaften" immer weniger gehört.

Zum anderen wirkt jedes Medium imago-bildend. Nicht von ungefähr finden vor allem Jugendliche Plakate und dergleichen der Grünen interessanter und einfallsreicher. Sie symbolisieren - im Unterschied zu den langweiligen Abbildungen von „Politiker-Köpfen“ in den Wahlkampagnen der etablierten Parteien - einen lebendigeren Politikstil.

2. Kern jeder Marketingkonzeption ist die Produktpolitik. Wenn es zunächst auch etwas ungewohnt ist, die SPD als „Produkt“ zu definieren, so ist es im Rahmen einer Kampagne dennoch sehr hilfreich, sich vorher über die dialektische Beziehung von äußerem Auftritt und innerer Realität der Partei klar zu werden. Ziel der Frauen-Kampagne ist es, die über hundert Jahre hinweg gewachsenen patriarchalischen Strukturen aufzubrechen und neue Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Daß die verstärkte Beteiligung von Mitgliedern im Rahmen des Erneuerungsprozesses notwendig ist, hat ja auch jüngst Bodo Hombach im spw-Interview mit Birgit Zörner betont (vgl. SPW 53/90). Es geht bei der Kampagne also um den Eingriff in bestehende politische Strukturen und Prozesse, um die Veränderung von Verhaltensweisen. Es geht um die Veränderung des „Produkts SPD“, es handelt sich hierbei um strukturveränderndes Marketing.

3. Im Rahmen der Kampagne werden sehr unterschiedliche Zielgruppen angesprochen, innerhalb wie außerhalb der Partei. Außerhalb der Partei interessieren vor allem jüngere, politisch interessierte und engagierte Frauen, die nicht Mitglied der SPD sind.

**ES GEHT UM DIE VERÄNDERUNG DES "PRODUKTS SPD", ES HANDELT SICH HIERBEI UM STRUKTUR-VERÄNDERNDES MARKETING.**

Auch hier half der Marketing-Ansatz weiter: Bevor die Inhalte der Kampagne festgelegt wurden, standen die Interessen und Bedürfnisse dieser Zielgruppe im Mittelpunkt. Vor allem auf diese Zielgruppe wurden die Inhalte und die Gestaltung ausgerichtet.

**Markierungspunkte der Frauenkampagne**

Die Kampagne konzentriert sich inhaltlich auf 3 Schwerpunkte:

- Die allgemeine Benachteiligung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft, den § 218 als Symbol männlich bestimmter Wirklichkeit sowie das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zu diesen inhaltlichen Schwerpunkten wurden drei Themenplakate und Flugblätter gestaltet. Dabei wurden die Farben so gewählt, daß der Bezug zu Frauenthemen (lila) und zur SPD (rot) hergestellt wird. Plakate und Flugblätter fallen außerdem durch ihr ungewöhnliches Format sowie - die Flugblätter betreffend - die interessante Falzung auf. Im Mittelpunkt der für die Kampagne durchgehenden und einheitlichen Gestaltungslinie steht das Kampagnen-Signet. Es symbolisiert den Zustand, wie die SPD - gemessen an dem Anspruch der Bezirksorganisation - sein will: dynamisch, lebendig, unkonventionell, schwungvoll, aktiv und mitreißend, auch ein wenig trotzig und frech. Das Signet befindet sich auf allen Medien der Kampagne: auf Plakaten und Flugblättern, auf Briefbögen und -umschlägen, auf Buttons, Aufklebern und Luftballons. Integriert in das Signet ist der Kampagnen-Slogan: „Von selbst ändert sich nichts“. Der Slogan fordert zum „Mitmachen“ auf. Er wendet sich - wie die gesamte Kampagne - an diejenigen in der Partei, die etwas ändern wollen, in

und mit der Partei. Sie wendet sich an diejenigen außerhalb der Partei, die ihre Rechte durchsetzen wollen, und fordert sie auf, dies in und mit der SPD zu tun.

Die Kampagne soll dazu beitragen, daß sich die männlich-patriarchalisch geprägten inneren Strukturen der Partei verändern, daß Arbeits- und Aktionsformen entwickelt werden, in denen es Männern und Frauen Spaß macht, daran mitzuwirken, die Gesellschaft nach ihren Wünschen und Interessen zu gestalten.

Die Kampagne soll die Diskussion um Gleichstellungspolitik in die Ortsvereine und Untergliederungen tragen. Sie soll mit dazu beitragen, daß in den Köpfen und Herzen - auch der Genossen - Gleichstellungspolitik verankert wird. Gleichstellungspolitik soll nicht nur als Einschränkung von Männerrechten und Verlust von Macht und Einfluß erfahren und empfunden werden. Auch Männer sollen die Chancen auf Selbstveränderung, Erfahrung neuer Lebensräume (Familie, Kinder) und neu zu gestaltende zwischenmenschliche Beziehungen als erstrebenswertes gesellschaftliches Ziel erkennen. Nur eine SPD, die sich in dieser Richtung verändert, hat auf Dauer die Chance, politisch interessierte und engagierte junge Frauen zu binden. Organisatorischer Ansatzpunkt der Kampagne sind die Ortsvereine sowie die Stadt- und Gemeindeverbände im Bezirk. Konzeptionell ist vorgesehen, daß diese Gliederungen nach Erhalt und Diskussion der Kampagnen-Materialien Kampagnenbeauftragte benennen. Diese Kampagnenbeauftragten erhalten vom Bezirk der Partei Informationen, Tips, Hinweise etc. Die Unterbezirksvorstände koordinieren über eige-

**DIE ÄUSSERE DARSTELLUNG - JUNG, OFFENSIV, DYNAMISCH - UND DAS INNEENLEBEN DER PARTEI - PATRIARCHALISCH GEPRÄGT, TEILS UNDEMOKRATISCH. OFTMALS LANGWEILIG - PASSEN SCHWER ZUSAMMEN**

Kampagnenbeauftragte die Arbeit der Ortsvereine. Die ständige Leitung liegt beim Bezirksteam, das - klein und quotiert - über die notwendige Beweglichkeit verfügt. Vierzehntägig finden Teamsitzungen statt. Dreh- und Angelpunkt der Kampagne sind die Ortsvereine bzw. die Kampagnenbeauftragten dieser Gliederungen. Um die Organisation zu effektivieren, wurden Rückantwortkarten erstellt.

Neben der Entwicklung eigener Kampagnenstrukturen wurden folgende Kommunikationswege entwickelt:

- Durch mehrere programmbezogene Workshops, speziell zu den Themen „Geschichte der Frauenpolitik in der SPD“, „Sexualität“ und „Lebensentwürfe von Frauen und Männern“, werden die inhaltlichen Zielsetzungen der Kampagne aufgegriffen. Der Bezirk Ostwestfalen-Lippe ist dabei bemüht, möglichst dicht an den aktuellen Gleichstellungsfragen anzusetzen.

- Ein bezirkswweiter Wettbewerb begleitet die Kampagne. Die Gliederungen sind aufgefordert, durch attraktive, ideenreiche Arbeitsformen und öffentliche Veranstaltungen neue Arbeitsfelder für sozialdemokratische Gleichstellungspolitik zu erschließen und neue Formen des Parteilebens zu entwickeln. Über den Wettbewerb soll auch sichergestellt werden, daß nach Abschluß der Kampagne verschiedenste Arbeitsformen ausgewertet und dokumentiert werden können, eine Ideenbörse ist geplant.

Die „Jury“ besteht aus Genossinnen aus der Region und aus Frauen befreundeter Organisationen (Falken, Arbeiterwohlfahrt, DGB, Naturfreunde etc.). Gewertet wird:

a) Inwieweit ist es dem Ortsverein, bzw. der jeweiligen Gliederung, gelungen, quantitativ etwas zu verändern? Wie viele neue Genossinnen hat der Ortsverein seit Beginn der Kampagne dazugewonnen? Ist es gelungen, die Frauenquote in allen Bereichen zu erhöhen?

b) Inwieweit hat der Ortsverein es erreicht, in qualitativer Hinsicht etwas zu bewegen? Haben sich Arbeitsformen und Arbeitsinhalte so verändert, daß sie den Interessen und den Bedürfnissen von Frauen stärker entsprechen? Ist Frauenpolitik regelmäßiger Bestandteil der Aktivitäten, wird kontinuierlich

daran gearbeitet, mehr Genossinnen in die Arbeit einzubeziehen und Frauen als neue Mitglieder zu gewinnen?

Durch den Ansatzpunkt des Wettbewerbs wird noch einmal die Doppelstruktur der Kampagne deutlich: Es soll nicht nur für die SPD geworben werden, es soll gleichzeitig ein Reformprozeß in der SPD („frauenfreundliche Strukturen“) eingeleitet werden. Die Bezirksparteitage in Ostwestfalen-Lippe werden durch die Frauenkampagne erstmals kulturell durchgestaltet. Selbstgemachte Lieder und Sketche sowie professionell vorbereitete künstlerische „Einlagen“ warben auf den letzten Parteitagen für die Ziele der Frauenkampagne.

Für die Frauenkampagne stehen Referentinnen zur Verfügung, eine Referentinnenliste ist allen Gliederungen zugegangen. Gespräche vor Ort sollen Hilfestellung im Umgang mit der Kampagne geben: Welche Veranstaltungsform wählen wir, wie sind die Genossen zu überzeugen, wie können wir mit Hilfe der Kampagne Frauenfragen spannend und wirksam aufgreifen?

Der Bezirk Ostwestfalen-Lippe plant seine Frauenkampagne über mindestens eineinhalb Jahre und verabschiedet sich damit von kurzatmigen Werbeaktionen, wie sie leider nach wie vor für die meisten Wahlkämpfe typisch sind. Für die Dauer von vier Wahlkämpfen (Europawahl Juni 89, Kommunalwahl Oktober 89, Landtagswahl Mai 90, gesamtdeutsche Wahlen Dezember 90) wird die Kampagne laufen. Konzeptionell werden die vier verschiedenen Wahlkämpfe dazu genutzt, kontinuierlich Gleichstellungspolitik im Rahmen der Kampagne zu formulieren.

**Erfolge und Widrigkeiten - die Frauenkampagne als politischer Prozeß**

Die Erfahrungen im Rahmen der Kampagne sind außerordentlich differenziert, es gibt - wie immer in der Praxis - „Licht und Schatten“. Wir werden versuchen, anhand von drei zentralen Aspekten die

**ES WIRD NICHT MEHR ALLES UMGESETZT, WAS VON OBEN KOMMT.**

bisherigen Erfahrungen auszuwerten:

1. Die Kampagne trägt zweifelsohne professionellen Charakter. Das Kampagnematerial - in seiner Aufmachung für die SPD ungewöhnlich und auch ein bißchen provozierend -

wurde durchweg positiv bis begeistert aufgenommen und kam in den Wahlkämpfen und auf vielen Veranstaltungen zum Einsatz. Es sind vor allem die Frauen aus der AsF, die mit dem Material arbeiten. Und es sind insgesamt nach wie vor die Frauen, die die Kampagne tragen und nach vorn bringen. Das Innenleben der Parteigliederungen verändert sich wahrhaftig nur stückchenweise, die Kampagne kann hierzu nur einen Beitrag leisten. Dadurch entsteht ein Widerspruch: Die äußere Darstellung - jung, offensiv, dynamisch - das Innenleben der Partei - patriarchalisch geprägt, teils undemokratisch, oftmals langweilig - passen schwer zusammen. Dieses Risiko ist der Bezirksvorstand der ostwestfälisch-lippischen SPD bewußt eingegangen. Um Strukturen und Prozesse zu verändern, muß auch provoziert werden, muß auch Führung gezeigt werden.

Dennoch bleibt dieser Widerspruch problematisch. Nun darf es nicht erstauern, wenn Männer, die entmacht werden sollen, einer solchen „Selbstentmachtungskampagne“ vielleicht skeptisch bis abwehrend gegenüberstehen. Wenn das Herz der Partei nach wie vor wirklich „... eine männlich geprägte Schicht von Mandatsträgern und verbeamteten Parteifunktionären im Alter von 40 bis 60 Jahren mit gesicherter beruflicher und familiärer Situation, hohem Einkommen und Sozialprestige ...“ ist, (Krämer u.a., SPW 52/90, S. 29), dann kommt die Frauenkampagne einem Anschlag auf dieses „Herz“ gleich. Es droht ein innerparteilicher Herzinfarkt. Mit der Vergabe von zwölf der dreizehn Absordnenplätze an Ge-



nossen im Bezirk wurde dieser „Anschlag“ erfolgreich abgewehrt. Für die Imagebildung der SPD in Ostwestfalen-Lippe in Richtung auf eine glaubwürdige, frauenfreundliche Partei war diese Entscheidung außerordentlich schädlich. Als Reaktion auf die Aktivitäten der Frauenkampagne wurden und werden Abwehr- und Ausweichstrategien entwickelt: Es war nicht nur ein Ortsvereinsvorsitzender, der die Kampagneunterlagen in der Sitzung mit den Worten „hierfür interessiert sich bei uns doch niemand“ im Papierkorb verschwinden ließ. Häufiger noch sind Fälle, in denen, trotz mehrfachem Anschreiben und Zusenden von Material, Ortsvereinsvorsitzende ihre Ortsvereinsmitglieder nicht informiert haben. Von rund 370 Ortsvereinen im Bezirk Ostwestfalen-Lippe haben nur ca. zwanzig Prozent Frauenbeauftragte benannt und gemeldet, was sicherlich nicht zuletzt auf diese Faktoren zurückzuführen ist.

Diese Schwierigkeiten wurden bei der Konzipierung der Kampagne unterschätzt und nicht ausreichend durchdacht. Die teilweise sogar einstimmigen Beschlüsse auf Parteitag, Ausschuß- und Vorstandssitzungen zu frauenpolitischen Forderungen und auch zur Kampagne selbst waren zwar ein Zeichen dafür, daß durch die jahrzehntelange Diskussion kognitive Veränderungen stattgefunden hatten. Frauenthemen stießen auf Aufmerksamkeit und Verständnis. Bei der Frauenkampagne geht es jedoch um mehr. Die Kampagnenstrategie hätte stärker berücksichtigen müssen, daß Änderungen einer umfassenden Verhaltensroutine bewirkt werden sollten. Die Parteigliederungen, bzw. die sie tragenden Personen, sollten sich mit ungewohnten, unbequemen Fragestellungen und Arbeitsformen beschäftigen, sie sollten die Bereitschaft entwickeln, ihr eigenes Handeln in Frage zu stellen und es zu verändern. Diese Veränderungen brauchen Zeit. Und sie brauchen - was im Konzept von vornherein berücksichtigt werden muß - das ständige Einwirken der die Kampagne tragenden Kräfte. Für die Zukunft kann das nur heißen: Eine Änderung von Verhaltensweisen oder sogar von tiefempfundenen Wertvorstellungen ist schwer zu bewirken und bedarf einer langfristigen strategischen Orientierung und einer exakten Planung aller Bestandteile des „Marketing-Mix“.

2. Der demokratische Aufbau der SPD über Ortsvereine, Stadtverbände, Unterbezirke, Landesverbände und Bundesvorstand erfordert grundsätzlich einen langen und komplizierten Weg der Meinungsbildung von unten nach oben sowie von oben nach unten. Die Vorherrschaft der Vorstände und die zentralisierte Ausrichtung der SPD ist in den letzten Jahren angesichts veränderter individueller Bedürfnisse und neuer Mitgliederschichten zugunsten teilautonom, lokal ausgerichteter Organisationsformen zurückgedrängt worden: Unterbezirke und Bezirke haben für die Arbeit im Ortsverein bzw. im Unterbezirk vor Ort an Bedeutung verloren, die Anforderungen an Vorstände unterliegen in Teilbereichen einem Wandel. Arbeitsschwerpunkte nächsthöherer Gliederungen stellen für Parteigliederungen vor Ort oft nicht mehr als einen Orientierungspunkt dar, dessen Brauchbarkeit vor dem Hintergrund der eigenen, weitgehend kommunalpolitisch ausgerichteten Arbeit abgeklopft wird. Von dieser Entwicklung ist auch in Teilbereichen die parteiinterne Vertriebsstruktur betroffen: Es wird nicht mehr alles umgesetzt, was „von oben“ kommt. Ob und inwiefern der Bezirk Ostwestfalen-Lippe stärker als andere Bezirke betroffen ist, ist nicht Gegenstand unserer Erörterung. Die Folgen fehlender Führungsstärke sind bei der Umsetzung der Frauenkampagne allerdings ein ständiges Problem. In Anbetracht der jahrelangen Frauenförderungs- und Quotierungsdebatten wurde davon ausgegangen, daß die Untergliederungen die Kampagne mit ihren bestehenden Strukturen (z.B. Gleichstellungskommissionen in allen Untergliederungen) aufgreifen und eigenständig weiterentwickeln. Bezirksvorstand und Kampagnenteam haben die reale Situation im Bezirk falsch eingeschätzt, bestehende Gleichstellungskommissionen der Unterbezirke legten ihre Arbeit nach Verabschiedungen der Quotierung in der Satzung nieder. Dem Bezirk fehlt die Unterstruktur. Die Benennung von Unterbezirksbeauftragten im letzten halben Jahr brachte nur dann funktionsfähige Arbeitsweisen hervor, wenn intensive persönliche Beratungsgespräche gleichzeitig mit eingeplant und durchgeführt werden.

Positiv gewendet stellt die Frauenkampagne für den Bezirk Ostwestfalen-Lip-

pe aber auch ein Instrument zur Rückgewinnung von Bedeutung und Führungsstärke dar, wenn es gelingt, mit dem Kampagnematerial nicht nur die Infostand-Bedürfnisse nach attraktivem, modernem Werbematerial der Genossinnen zu erfüllen. Der Bezirk Ostwestfalen-Lippe kann mit der Frauenkampagne „Von selbst ändert sich nichts“ bezirks- und bundesweit Kompetenz in Sachen Gleichstellungspolitik erwerben und mit diesem neugewonnenen Image für die neuen Mitgliederstrukturen an Gewicht gewinnen.

3. Bei der Durchführung längerfristiger angelegter Kampagnen, die nicht nur die Werbung für die SPD, sondern auch die Selbstveränderung der SPD in den Mittelpunkt der Aktivitäten stellen, kann nicht auf vorhandene Qualifikationen und Erfahrungen, weder in ehrenamtlichen noch in hauptamtlichen Bereichen, zurückgegriffen werden. Neben dem vermutlich schwereren Zugang männlicher hauptamtlicher Mitarbeiter zur Gleichstellungspolitik mag dieses ein weiterer „Hemmschuh“ in der Umsetzung sein, dessen Bedeutung ebenfalls bei der Konzeptionierung und Planung vernachlässigt wurde. Hier wurden zu wenig Beratungs- und Informationsgespräche geführt, um den Stellenwert der Kampagne bei den hauptamtlichen Mitarbeitern in der Arbeitsplanung nach vorn zu stellen und mögliche Vernetzungen mit anderen Arbeitsfeldern aufzuzeigen. Gezielte Weiterbildungsangebote der Parteischule für Hauptamtliche im Umgang mit Marketinginstrumenten und -strategien müßten hier perspektivisch Zuarbeit leisten. Grundsätzlich gilt in diesem Zusammenhang auch, daß sich die SPD bei Fragen der Imagebildung und des Marketing - ähnlich wie bei politischen Sachfragen - professionelle Beratung und Begleitung organisieren muß, um im Wettstreit der Medien konkurrenzfähig zu sein. Hier reichen Engagement, guter Wille und Erfahrung allein nicht mehr aus.

spw.

Wolfgang Kowalsky

## WIE DIE LINKE LEIDET AN DER NATION

Das Verhältnis der deutschen Linken zur Nation ist keins. Zwei Traditionslinien stehen sich gegenüber: eine, die in der Tradition des (proletarischen) Internationalismus oder der internationalen Solidarität steht und eine Bezugnahme auf die Nation als Mystifikation ablehnt sowie eine andere, die versucht, die Nation als positiven Bezugspunkt zu begreifen.



Erstere Position kann sich z.B. auf die größte marxistische Denkerin dieses Jahrhunderts, Rosa Luxemburg berufen, die schrieb: „Für die Sozialdemokratie ist die Nationalitätenfrage genau wie alle anderen gesellschaftlichen und politischen Fragen vor allem eine Frage der Klasseninteressen.“<sup>1</sup> In der „Junius“-Broschüre fügte sie hinzu: „Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel.“<sup>2</sup>

Die Position ist klar, sie gehört zum Standardinventar der Alten und Neuen Linken, aber den heutigen Zeiten und Verhältnissen ist sie nicht angemessen. Der -als Argument gegen Nationalismus gedachte - Verweis einiger Altlinker auf „Internationalismus“ greift nicht mehr, seit dieses Konzept 1914 in Scherben gegangen ist. Es wird zwar heute noch hochgehalten, doch zeugt dieser Rückgriff von einer mehr als bescheidenen Einsicht in politische Vorgänge. Andere verharren in Hilflosigkeit. So hat sich die Theoriezeitschrift „Das Argument“ nie des Themas angenommen, und ihr langjähriger Mitherausgeber Friedrich Tomberg hat als Definition an: „zusam-

mengewachsene Gemeinschaft.“ Wo die Spezifik gegenüber anderen solchen Gemeinschaften liegt, bleibt offen. An anderer Stelle bleibt Tomberg deskriptiv: „Der Nationalstaat umfaßt im Unterschied zum antiken Stadtstaat ein weites, von mehreren Städten besiedeltes Territorium, heißt daher Territorialstaat; sein Zusammenhalt rührt vor allem aus einer Homogenität seiner Bewohner her, die als Nation bezeichnet wird“. Welche Homogenität Tomberg hier im Blick hat, wo er doch von der Existenz von Klassen ausgeht, bleibt sein Geheimnis. Unverkennbar ist sein Bezug auf Rosa Luxemburg, die den Begriff mit dem der Homogenität koppelt, um ihn dann abzulehnen: „Verstehen wir den Begriff Nation als ein Ganzes, als eine homogene gesellschaftliche und politische Einheit“, so sei ein solcher Begriff „eigentlich eine jener Kategorien der bürgerlichen Ideologie, welche die Marxsche Theorie einer radikalen Revision unterwarf, indem sie zeigte, daß unter einem solch nebelhaften Schleier (...) sich jedesmal ein genau bestimmter historischer Inhalt verbirgt. In der Klas-

Wolfgang Kowalsky, Soziologe, Berlin (West)

sengesellschaft gibt es eine Nation als homogenes gesellschaftspolitisches Ganzes nicht, dagegen bestehen in jeder Nation Klassen mit antagonistischen Interessen und Rechten. [4] Es gibt buchstäblich nicht einen gesellschaftlichen Bereich (...), in dem die besitzenden Klassen und das bewußte Proletariat ein und dieselbe Haltung einnehmen, in dem sie als ein ununterscheidbares Volksganzes auftreten.“<sup>5</sup> Genau in diesem Punkt muß Rosa Luxemburg widersprochen werden: Es existieren (gerade in der heutigen Weltkonstellation) Bereiche, die dem Klassengegensatz entzogen sind, nämlich humanistische, allgemein menschliche Anliegen und Menschheitsinteressen: die Erhaltung des Friedens, der Natur, das Eintreten für Demokratie, gegen Folter und gegen jegliche Formen der Inhumanität etc. Wenn dies zugestanden wird, so ist die pauschale Ablehnung eines Begriffs der Nation unhaltbar. (Gorbatschows „Neues Denken“ basiert auf dem Vorrang allgemeinmenschlicher Werte vor Klasseninteressen.)

Die andere Traditionslinie nimmt meist Bezug auf Otto Bauer, auf den noch zurückzukommen ist. Beim Sprung in die Aktualität tauchen beide Traditionslinien wieder auf. Für die Ablehnung der Nation, die sich verdoppelt um die Ablehnung der deutschen Einheit, stehen viele Grüne, AL-Mitglieder, die Zeitschrift „konkret“, die „radikale Linke“ u.a., während die Befürwortung eines linken Zugangs zu Nation z.B. Detlev Albers verkörpert, aber auch Peter Brandt oder Herbert Ammon<sup>6</sup>.

### Aus der Geschichte lernen?

Das Haupthindernis für die westdeutsche Linke, einen überzeugenden Zugang zur nationalen Frage zu finden, besteht darin, daß der Begriff der „deutschen Nation“ von der Vergangenheit schwer belastet ist. Joschka Fischer steht nicht allein, wenn er daraus folgert: „In Deutschland 45 Jahre nach Auschwitz auf alles Nationale panisch zu reagieren, ist kein Anlaß zu Scham und Kritik, sondern eine überlebensnotwendige Demokratenpflicht für mindestens weitere 45 Jahre.“ Demzufolge

wäre die einzig angemessene Reaktion auf das „Nationale“ (als ob es das Nationale an sich gäbe) schlichtweg Panik, soll wohl heißen: keine Auseinandersetzung, sondern Tabuisierung, Wegschieben. Der Begriff soll weiter Berührungängste auslösen. Sowünscht es auch „konkret“-Herausgeber Hermann L. Gremli: „Beschämend (...) die Rolle einer linken Intelligenz, die (...) die nationale Frage von links aufzuwerfen begann sowie ihre Liebe zu Deutschland entdeckte. Als wäre das einzig Liebenswerte daran nicht, daß es Deutschland seit 1945 nicht mehr gibt“. Diese apodiktische Verkündung ist nichts anderes als ein linksradikales Plädoyer für eine Selbstausschaltung der Linken, denn dieses Rühr-mich-nicht-an-Rezept wird der Rechten nutzen, weil es zu einer Selbstisolierung der Linken führt. Unbegriffen bleibt, daß vom Ausgang des Ringens um die „deutsche Frage“ die deutsche Zukunft abhängt und damit auch die der westdeutschen Linken.

In „konkret“ wurde auch als Erkenntnis zum besten gegeben, Heimat und Nation seien „konservative Werte“. Und: „Es gibt keine linke Übersetzung für konservative Werte“. Doch gibt es weder per se linke noch per se rechte Werte; einige sind links besetzt, andere rechts. Erst an der Art und Weise ihrer Einbindung, Artikulation, Verknüpfung (z.B. von „Freiheit“) ist ablesbar, ob sie in einen linken oder rechten Diskurs eingebaut worden sind<sup>7</sup>. Den einfachsten Weg aus dem Dilemma heraus zeigt Siegfried Jäger in einer Broschüre der Grünen, indem er empfiehlt, auf den Begriff der Nation „ganz zu verzichten“. Der Ausstieg aus der Geschichte wäre die Konsequenz und ein Ausweichen auf abstrakten Internationalismus<sup>8</sup>.

Die nationale Frage, gerade die deutsche, führt in sumpfiges Gebiet, in dem allerlei nationalistische Schlingpflanzen wuchern. Nationalismus bildet einen zentralen Ansatzpunkt rechtsextremer Parteien. Daran haben sich zwar alle gewöhnt, aber der Zusammenhang ist durchaus paradox, denn schließlich war die Geburtsstunde vieler Nationalstaaten fest mit der Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, mit Demokratie, nationaler Emanzipation und Selbstbestimmung verknüpft. Nation war ein Emanzipationsbegriff. Die Bindung an

... DIESES RÜHR-MICH-NICHT-AN-REZEPT WIRD DER RECHTEN NUTZEN, WEIL ES ZU EINER SELBST-ISOLIERUNG DER LINKEN FÜHRT.

... DER BEGRIFF NATIONALISMUS WAR URSPRÜNGLICH LINKS ANGESIEDELT.

... IM GEGENSATZ ZU DEN MEISTEN ANDEREN EUROPÄISCHEN LÄNDERN FALLEN IM DEUTSCHEN NATION UND NATIONALSTAAT NICHT ZUSAMMEN

rechts erfolgte später, und seither ist die Linke zu Recht anti-nationalistisch, versteht sich als internationalistisch, doch wird das Kind (Nation) mit dem Bade (Nationalismus) ausgeschüttet. Es ist nicht verwunderlich, daß gerade die deutsche Linke immer wieder anti-national auftritt, schließlich war der Nationalstaat in Deutschland 1871 „von oben“ geschaffen worden. Die nationale Idee ist in Deutschland bereits mit einem gestörten Verhältnis zur Demokratie zur Welt gekommen. Die deutschen Demokraten verhielten sich zur Zeit der französischen Revolution indifferent gegenüber der eigenen nationalstaatlichen Existenz, obwohl das Land in zahlreiche Einzelstaaten geteilt war.

Sogar der Begriff Nationalismus war ursprünglich links angesiedelt. Er wurde geprägt von konterrevolutionären französischen Emigranten zur Kritik der 1789er-Revolution: Dem jakobinischen Patriotismus und seinen Exzessen stellten sie den aristokratischen Kosmopolitismus entgegen. Der Begriff wurde anfangs gleichgesetzt mit nationalrevolutionärem Bewußtsein. Erst nach 1871, nach dem Sieg Preußens über Frankreich, verschob sich der Sinn, und Nationalismus, bislang verbunden mit den Begriffen Revolution, Demokratie, Fortschritt, wurde zum Symbol rechter antirepublikanischer Bewegungen, synonym zu Chauvinismus.

Gegen eine linke Bearbeitung der deutschen Frage wird heutzutage eingewandt, dies sei gefährlich, solange expansionistische, revanchistische Forderungen sich zu Wort melden. Doch deren Auftauchen läßt sich nicht endgültig verhindern, und außerdem gibt es gegenwärtig keine gesellschaftlich relevanten Kräfte, die die Forderung nach einem Großdeutschland ernsthaft vorbringen<sup>9</sup>. Diesbezügliche Äußerungen werden derzeit allein als Drohmittel- und dazu, bestimmte Linke von einer Beschäftigung mit der deutschen Frage abzuhalten, um das Terrain politisch zu sichern und das Thema besetzt zu halten. Darunter fällt auch, wenn Jan Philipp Reemtsma keinen Grund sieht, in „Deutschland“ wiederherzustellen. Ein einziges Gegenargument ist der bekannte Verweis auf die Vergangenheit: die beiden Kriege um die Weltmacht, die Ausrottung der Juden. Soll die Arbeitsteilung fortbestehen, die dar-

in besteht, daß die Rechte die Vergangenheit vergißt und die Linke die Erinnerung anmahnt? Wenn die Linke verspricht, weiterhin die Erinnerung hochzuhalten, solange die Rechte vergißt, kann es für letztere nur funktional und sinnvoll sein, sich nicht zu erinnern, denn dadurch läßt sich die Linke wunderbar beschäftigen. Dieser heimlichen Komplizenschaft kommt entgegen, wer sich auf die Anmahnung der Erinnerung beschränkt.

### Zwischen Unbefangenheit und Vergessen

Ein Plädoyer für die Nation hat eine Klärung der Begrifflichkeit zur Voraussetzung. Um das Verhältnis zur Nation zu entkrampfen, kann ein Blick über die Grenzen nützlich sein, da die Linke in fast allen anderen Ländern durchaus pronational eingestellt ist. Ein so unbefangenes, ungebrochenes Verhältnis zur Nation, ein so unbeschwerter Umgang mit der Frage der Nation wie in Frankreich ist hierzulande gegenwärtig nicht möglich. Die Erinnerung an die erste Deutsche Republik, die dem Deutschen Faschismus, der die aggressivste Form des deutschen Nationalismus verkörperte, nicht den Weg versperrt hat, liegt wie ein Alp auf den Lebenden. Aber das Spektrum zwischen purer Unbefangenheit, die dem Vergessen nahekommt, und panikartiger Aufgeregtheit ist groß. Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern fallen im Deutschen Nation und Nationalstaat nicht zusammen. Als deutsche Besonderheit hat sich eine Pluralität deutscher Staaten (Österreich, BRD, nach DDR ...) herausgebildet, bei Existenz einer Nation. In Frankreich ist es - aufgrund des unbelasteten Umgangs mit dem Begriff „Nation“, der ungebrochenen Identifikation mit Nation und Nationalstaat - unproblematischer als hierzulande, sich darüber zu verständigen, was Nation heute bedeutet. So benennt beispielsweise der französische Historiker Fernand Braudel in seinem letzten Werk, das die Identität Frankreichs zum Thema hat, Charakteristika der Nation: „Eine Nation kann nur existieren, wenn sie sich unablässig selber sucht, sich im Sinne ihrer eigenen logischen Entwicklung transformiert, sich gegenüber anderen unnachgiebig zur

Wehr setzt, sich mit dem Besten und Wesentlichsten, über das sie verfügt, identifiziert (...). Jede nationale Identität setzt zwangsläufig eine gewisse nationale Einheit voraus“<sup>10</sup>. Mit dieser Annäherung könnte die Linke leben, wäre da nicht eine Auslassung Braudels: Umgehend wird die Frage auftauchen, wie es sich denn mit der Tradition, mit der Vergangenheit verhält? Sollte sie etwa zum Wesentlichsten gehören? Für Braudel bedeuten „tragische Stunden“ tiefe geschichtliche Einschnitte: „Mit der Zeit vernarben allerdings auch diese gewaltigen Wunden; sie verwischen und werden vergessen - so will es die Zwangsregel des kollektiven Lebens: Eine Nation ist eben kein Individuum, keine Person.“ Ob diese Auskunft erschöpfend ist, darf bezweifelt werden. Braudels Aussage, die als Plädoyer für schnelles Vergessen, das die Linke gerade verhindern wissen möchte, mißdeutet werden könnte, ist zugute zu halten, daß er in Perioden langer Dauer denkt, nicht in Jahren, sondern in Jahrhunderten - und das erste Jahrhundert nach der Zeit des Deutschen Faschismus ist noch lange nicht vorbei. Trotzdem kann diese Begriffsbestimmung nicht zufriedenstellen.

### Schicksals- und Charaktergemeinschaft: Otto Bauer

Die Theorie der Nation ist - nicht nur im Marxismus - unter entwickelt<sup>11</sup>. Eine Annäherung an die nationale Frage hatte Otto Bauer im Jahre 1907 in seiner Schrift „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ versucht: „Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen“<sup>12</sup>. Reinhard Kühnl nimmt Anstoß an der Übernahme „der herrschenden Ideologie von der Nation als 'Schicksalsgemeinschaft'“, um die Definition pauschal zu verwerfen. Demnach hätte die Linke wohl nur „soziale und internationalistische“ Interessen<sup>13</sup>. Kühnl verabsolutiert „Schicksalsgemeinschaft“, indem er sie zu einer Solidargemeinschaft von Arbeiterschaft und Kapital stilisiert, so als ob dafür keine treffendere Bezeichnung existierte. Es läßt sich darüber streiten, ob „Schicksal“ der beste Ausdruck ist,



aber unstrittig ist, daß es eine Gemeinschaft von Sprache, Kultur, Geschichte, bestimmten Interessen und Lebensformen gibt. Nationale Interessen und die der herrschenden Klasse hat die sozialistische Linke in der Regel gleichgesetzt. Dahinter stand die Auffassung, daß die Nation eine „imaginäre Gemeinschaft“ ist, also ein Produkt der Einbildung, nur in den Köpfen der Individuen existierend und der Verschleierung von Klasseninteressen dienend. Die Herausbildung einer internationalen revolutionären Bewegung war absolut vorrangig, jede nationale Forderung war diesem Ziel untergeordnet<sup>14</sup>.

Zu Otto Bauers Definition ist anzumerken, daß „Charakter“ nicht individualpsychologisch zu verstehen ist, sondern im Kontext seiner Konzeption von „Nationalcharakter“. Anton Pannekoek hat die Definition kritisiert, weil die Frage nach der Spezifik von Nation unbeantwortet bleibt: Was unterscheidet Nation von anderen Schicksals- und Charaktergemeinschaften?<sup>15</sup> Leopoldo Mármora weist darauf hin, daß Bauer die Verknüpfung von Nation und Nationalbewußtsein nicht als wesentliche Bestimmung seines Nationbegriffs versteht, obwohl dies eine unverzichtbare Bedingung dafür ist, daß es überhaupt Nationen gibt: Es kann keine Nation geben ohne die Erkenntnis der Verschiedenheit der eigenen Nation gegenüber anderen. Insofern gehört eine Abgrenzung gegen das „Andere“, „Fremde“ zum Begriff der Nation.<sup>16</sup> Zum Nationalbewußtsein gehört „die Erkenntnis der Eigenart der eigenen, der Verschiedenheit der anderen Nationen“, aber zunächst ist es Geschichtsbewußtsein<sup>17</sup>. Es ist nun nicht so, daß die Geschichte keine Lehren parat hält: Kühn verurteilt Bauers definitorische Annäherung, obwohl er durchaus sieht, daß die beiden großen Linksparteien SPD und KPD es in den 20er Jahren nicht geschafft haben, den nationalen Gedanken der Rechten streitig zu machen und ihr somit das Feld kampfflos überließen: Beide erkannten nicht, daß es spezifische Interessen der arbeitenden Massen gibt, die in den verschiedenen Nationalstaaten unterschiedlich sind<sup>18</sup>.

Von der untheoretischen Herangehensweise der KPD, die den Begriff nach der Wende der Komintern zur Volksfront-Strategie instrumentalisierte, sei hier

abgesehen. Erst nach dieser Wende, die der VII. Kongreß 1935 offiziellisierte, wurde die nationale Realität berücksichtigt. In einem Text von 1937 kritisierte Henri Lefebvre die damalige Praxis der kommunistischen Parteien als Hin und Her zwischen Internationalismus in der Theorie und Nationalismus in der Praxis. Er warf die Frage auf, wieso die nationalistische Propaganda sich als stärker erweist als Gefühle wie Klassensolidarität: „Dieses Phänomen bleibt dunkel“.<sup>19</sup> Ein Grund dafür scheint ihm darin zu liegen, daß die Marxisten theoretische Werte propagieren, während die Nationalisten von Alltagsthemen ausgehen: Boden, Familie, Tradition, Nationalität etc. Diese Werte seien keinesfalls spezifisch faschistisch, sondern sie waren disponibel, und der faschistische Nationalismus habe sich ihrer bemächtigt. Das Nationale sei ein unbestreitbares Faktum, aber schwer zu erfassen<sup>20</sup>. Wie fatal eine Abwesenheit der Linken auf dem Terrain ist, hatte Anna Seghers 1935 dargelegt, als antifaschistische Schriftsteller die vom Faschismus besetzten Begriffe Nation, Vaterland, Heimat usw. für Betrug und Fiktion erklärten, denn: „Auf jeden Irrtum in der Einschätzung der nationalen Frage reagieren die Massen unerbitlich.“<sup>21</sup>

### Staat und Nation

In der DDR war die Herangehensweise an die nationale Frage - höflich ausgedrückt - nicht frei von politischen Erwägungen. Die verschiedenen Etappen der Annäherung und Abwendung können hier nicht nachgezeichnet werden, nur auf die neuere Diskussion sei kurz eingegangen: Die „Weimarer Beiträge“ warfen 1985 die Frage auf, was Deutschsein, deutsche Identität heißt: „Was sind wir, wir Deutschen in der DDR, woher kommen und wohin gehen wir? Inwiefern unterscheiden wir uns positiv oder negativ von anderen Völkern und Nationen, von Deutschen, die vor uns lebten oder neben uns, im anderen deutschen Staate leben?“<sup>22</sup> Der Beitrag gab keine Antwort, und im Oktober 1989 wurde die Frage wiederaufgegriffen. Helmut Hanke und Thomas Koch definierten Nation als „soziale Einheit“ und behaupteten, in der DDR seien „soziale und nationale Identität un-

...  
**INZWISCHEN  
 SINKT  
 MOMPERS  
 STERN  
 RAPIDE,  
 UND DIE  
 FRÜHEREN  
 LOBES-  
 HYMNEN  
 ERINNERN  
 AN EIN  
 FEUERWERK,  
 DAS DIE ER-  
 WARTUNGEN  
 NICHT  
 ERFÜLLT,  
 SCHNELL  
 VERLISCHT  
 UND  
 STEIL  
 ABSTÜRZT.**

...bar“<sup>23</sup>. Die Fragen „Wer sind wir? Was können wir sein? Was wollen wir werden?“ wurden erneut gestellt. Die Antwort - „Wir sind das kleinere, aber geschichtlich wichtigere Deutschland, der Zukunft zugewandt...“ - zu widerlegen, wäre Leichenfledderei.

Festzuhalten ist: Der Begriff Nation ist verwendbar, ohne eine illusorische Gemeinschaft mitzutransportieren, ohne Opferbereitschaft einzufordern, ohne soziale Interessengegensätze zu negieren und ohne die Existenz anderer (deutscher) Staaten gefährden zu wollen. Eine Bearbeitung ist erforderlich und möglich, selbst wenn sie in den Anfängen steckenbleibt, selbst wenn viele konstruktive Elemente für die Positionsbestimmung der Linken zur deutschen Frage noch fehlen.

Nach diesen - zugegeben: reichlich abstrakten - Prolegomena ist es angebracht, auf das konkrete Geschehen hier und heute zu sprechen zu kommen. Die linke Antipathie gegen „Nation“ hat viele Gründe, nicht zuletzt die Angst vor dem Aufleben eines heftigen Nationalismus. Kann es nicht sein, daß chauvinistische Exzesse und Freudenorgien nach dem 9. November ausblieben gerade wegen der Präsenz der „braunen“ Vergangenheit? Nicht sympathischer macht den Begriff der „deutschen Nation“, daß er bei den Rechten zu einer Worthülse verkommen ist. Zwar wird ständig das Wort „Deutschland“ im Munde geführt, aber an einer inhaltlichen Füllung mangelt es. Wenn die Rechte auf deutsche Hochgefühle setzt, kommt postwendend seitens der Linken der Verdacht eines Liebäugelns mit Nazi-Weltmachtträumen: Ist es sinnvoll, das Thema auf diese Weise ganz vom Tisch zu wischen?<sup>24</sup>

In einer Sonderausgabe der Zeitung der AL, die anlässlich der Öffnung der Mauer erschien, heißt es lapidar: „Der Nationalstaat hat im Bewußtsein vieler Menschen ausgedient.“<sup>25</sup> Wenn dem so wäre, hätte sich die nationale Frage von selbst erledigt. Fragt sich nur, wieso die Rechte damit massenwirksame Politik machen kann. Hat sie nicht Erfolg, weil ihr niemand das Terrain streitig macht, weil keiner überzeugende Konzeptionen ausgearbeitet hat? - Nation ist heutzutage tatsächlich im Kontext größerer Gebilde zu betrachten, und insofern

muß eine Artikulation von Nationalem und Internationalem gefunden werden. Das EG-Kleineuropa basierte bislang auf der deutsch-französischen Achse, wie sollte ein Gesamteuropa auf einem einzigen Pfeiler, und sei er noch so mächtig, ruhen?

Beim Streit um die deutsche Zukunft stehen sich zwei Tendenzen gegenüber: eine zentral-/einheitsstaatliche und eine föderale. Das Wiederaufleben der Länder in der DDR bei Schwächung der Zentralgewalt, der Aufbau starker Länder kann einer allzu selbstherrlichen, abgehobenen Zentrale die Hände binden. Damit wäre eine doppelte - europäische sowie föderale - Einbindung des zukünftigen Einheitsstaates gegeben. Nur eine solche Entwicklung wäre wünschenswert, da sie ein Sich-identisch-fühlen fördern würde, während die gegenteilige Entwicklung unweigerlich zur Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile führen würde.

### Demokratie und Nation

Die Grenze, über die am meisten geredet wird, die deutsch-polnische, ist am wenigsten gefährdet. Der Bundeskanzler denkt an den rechten Rand der CDU, und die Alliierten sind sich dessen bewußt. Eine Grenzverschiebung ganz anderer Art ist zu befürchten, denn bedroht sind die Grenzzäune um das Terrain der Demokratie: Diese sollen enger gezogen werden, auf diesem Terrain ist die Gefahr eines Roll-back gegeben. Genau die Verbindung von Demokratie und Nation bildet den aktuellen Anknüpfungspunkt an frühere Auseinandersetzungen und Debatten, sofern der Linken ernsthaft daran gelegen ist, die Strategien der Rechten zu durchkreuzen, statt sich in linksradikaler Don-Quichoterie zu verausgaben. Kempunkt rechter Strategien bildet die Transformation der gigantischen ökonomischen Macht der Bundesrepublik in politische Macht<sup>26</sup>.

Darin liegt die Quintessenz der Auseinandersetzungen um die deutsche Zukunft. Die Rechte versucht, - übrigens durchaus gegen den Gang der Geschichte, der in Richtung Demokratisie-

rung und Dezentralisierung weist - ihre machtpolitische Konzeption durchzusetzen mit einer übermächtigen Zentrale namens Berlin, die allein schon aufgrund der unausweichlichen Zusammenballung von Behörden das föderative Gewicht gegenüber dem zentralstaatlichen strukturell vermindern wird.

Nach einem Machtwort der FAZ ist der Berliner SPD-Senat ganz auf diese Linie eingeschwenkt und bemüht sich, Berlin als zukünftige Hauptstadt durchzusetzen: Die FAZ hatte das Bekenntnis zu Berlin als Hauptstadt quasi zur Staatsräson erklärt, wobei das einzige Argument das zukünftige (macht)politische Gewicht ist<sup>27</sup>. Die Berliner SPD merkt nicht, daß sie ihre Glaubwürdigkeit als Alternative zum rechten Block verspielt<sup>28</sup>: Der Regierende Bürgermeister Momper war zu Beginn seiner Amtszeit mit viel Vorschußlorbeeren bedacht worden, selbst seine Handküsse für die Senatorinnen wurden als ein symbolischer Akt aufgefaßt. Inzwischen sinkt sein Stern rapide, und die frühen Lobeshymnen erinnern an ein Feuerwerk, das die Erwartungen nicht erfüllt, schnell verlischt und steil abstürzt. Offenbar geht es ihm nur noch um Machterhalt.

Davon zeugt der selbstherrliche Umgang mit dem kleinen Koalitionspartner, der Alternativen Liste, die allerdings durch ihre internen Streitigkeiten und eine weitgehende Konzeptionslosigkeit in Sachen Deutschlandpolitik ohnedies blaß dasteht<sup>29</sup>, ebenso wie der von einer geradezu unerträglichen Machtarroganz geprägte Umgang mit dem Streik der Kindertagesstätten: Die Frage des „Pro oder Contra Tarifverträge“ ist ein Thema für sich, aber die Art und Weise der Behandlung der streikenden Frauen hat gezeigt, wer das Sagen hat. Damit gab Momper einen Vorgeschmack auf die Formen, wie eine künftige Hauptstadtregierung mit aufmüpfigen „Untertanen“ umzugehen gedenkt, welche Lektionen sie in Sachen Demokratie bereithält. Auch ihr Einfluß auf die DDR-SPD ist von dieser Machterhaltungslogik geprägt: In einer Situation, da die CDU auf unter 20 Prozent abgesockt ist und die Linke (im weitesten Sinne, d.h. SPD, „Bündnis 90“ und PDS) zusammen das ungewöhnliche Ergebnis von 75 Prozent erzielt, hat die Westberliner SPD nichts Besseres zu tun, als der alten Blockpartei CDU an die Macht zu verhelfen.<sup>30</sup> Eine alternative Strategie ist

beim besten Willen nicht mehr zu erkennen.

Die Leitlinie - auch gegen rechtssozialdemokratische Versuchungen - kann heißen: Weitestmöglich „unten“ und „von unten“ regeln, was „unten“ regelbar ist. Nur die Entscheidungen nach „oben“ - sei es auf regionale, nationale oder europäische Ebene - delegieren, die eine Behandlung auf dieser Ebene erfordern. Gegen die Übertragung von Macht Kompetenzen eintreten, für eine Einbeziehung der Beteiligten, gegen Entscheidungen über deren Köpfe hinweg, gegen eine Zentralisierung von Macht, gegen eine Konzentration der Hauptstadtfunktion auf einen Ort, für die Beibehaltung gewachsener Strukturen. Es spricht für sich, daß in der Umgebung des Bundeskanzlers auch nur in Erwägung gezogen wird, die nächsten Bundestagswahlen direkt als gesamtdeutsche stattfinden zu lassen: Eine Entscheidung des „eigenen“ Volks, der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger darüber ist offenbar nicht gefragt. Ist es normal, daß sie nicht einmal gefragt werden, ob sie die Bundesrepublik abgeschafft haben wollen? Ist es normal, daß eine winzige Politikerclique darüber entscheiden darf, ob Berlin (und Berlin allein) zukünftige Hauptstadt sein soll? Das bewußte Ausklammern der deutschen Frage erweist sich für die Linke als fatal. Ein Mitschwimmen auf der deutschen Welle sollte sich von selbst verbieten. Nur eine kritische Aufarbeitung der deutschen Frage erlaubt ein überzeugendes Anknüpfen an prioritäre Aufgaben und an linke Zukunftsprojekte. Durch die erzwungene Abdankung der alten SED-Führungsmannschaft ist ein Hindernis, das die Verwirklichung genuin linker Optionen in der BRD blockierte, aus dem Weg geschafft. Die Rechte konnte jahrzehntelang eine undifferenzierte Stellungnahme zur DDR - Apologie oder pauschale Distanzierung - aufzwingen, aber auch ohnedies war das Verhältnis zur DDR ein Zankapfel innerhalb der Linken.

1 Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften, Neuwied 1971, S. 260 (im August 1908 in der polnischen Sozialdemokratischen Umschau veröffentlicht). Vgl. auch Michael Lowy, Rosa Luxemburg et la question nationale, in: Dialectique et revolution,

## Kritik der herrschenden Wissenschaft

Sandra Harding  
Feministische  
Wissenschaftstheorie



Zum Verhältnis  
von Wissenschaft  
und sozialem  
Geschlecht

Argument

Sandra Harding  
Feministische Wissen-  
schaftstheorie

Zum Verhältnis von Wissenschaft  
und sozialem Geschlecht

Aus dem Amerikanischen von  
Michael Haupt  
300 Seiten, br., DM 34,-

Sandra Harding nimmt sich eines Themas an, das hierzulande erst in Ansätzen diskutiert wird: Sie stellt die Frage nach den Perspektiven des Feminismus in Wissenschaft und Wissenschaftstheorie. Welche emanzipatorischen Ansätze gibt es hier, wo liegen ihre Schwierigkeiten, wie kann feministische Theorie für die Veränderung von Forschungspraxis und Wissenschaftsbetrieb eingreifend tätig werden? Mit diesen Fragen zielt Sandra Harding auf die intellektuellen und gesellschaftlichen Grundlagen wissenschaftlichen Denkens, auf die weiße, bürgerliche, männliche Dominanz, die alle Ebenen des Wissenschaftsbetriebes bestimmt.

Sandra Harding plädiert für wirksamere Konzeptionen wissenschaftlicher Objektivität und Forschung, für Theorien und Praxen, die sich auf antirassistische, antihierarchische und antisexistische Werte gründen.

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

## Blätter für deutsche und internationale Politik

Die "Blätter" sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache. Sie analysieren wesentliche Fragen der deutschen und der internationalen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Zeitgeschichte und Kultur. Und sie bieten neben einer monatlichen Chronik einen ausführlichen Dokumentationsteil.

In Heft 8'90 u.a.:

- Jörg Huffschnid Friedensdividende?  
Eine amerikanische Debatte  
Claus Leggewie Vielvölkerrepublik  
Irene Runge Zur jüdischen Selbstfindung auf deutschem Boden  
Walter Kreck Werner Hofmann zur Entwicklungsperspektive der sozialistischen Staaten  
Frank Adler/Albrecht Kretzschmar DDR-Studie: Der gewendete Alltag  
Wolfgang Kowalsky Auf Französischen Spuren Vom (nicht ganz) rätselhaften Verschwinden der Linksinтеллектуellen  
Helmut Ridder Artikel 146 GG Über Inhalt, Funktion und Stellenwert der Artikeldebatte (IV)

Die Blätter werden herausgegeben von: Rudolf Hickel, Jörg Huffschnid, Walter Jens, Gerhard Kade, Walter Kreck, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Paul Neuhöffer, Ute Osterkamp, Jens G. Reich, Helmut Ridder, Rainer Rilling, Irene Runge, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby, Marie Veit, Rosemarie Will

### ANFORDERUNGSCOUPON

- Schicken Sie mir ein kostenloses Probeheft.  
 für 10 DM die beiden nächsten Hefte zum Kennenlernen (Scheck -oder Briefmarken-lege ich bei)  
 Ich möchte abonnieren! Zum Preis von jährlich DM 78,60 (SchülerInnen, StudentInnen... DM 66,60) incl. Versandkosten.

Name, Vorname

Wenn ich in den nächsten 10 Tagen einen Werruf an die Bestelladresse abschicke, wird meine Bestellung rückgängig gemacht

Straße

PLZ/Wohnort

Datum/Unterschrift

Datum/Unterschrift

Bitte einsenden an:

Paris 1973 sowie Lenins Polemik gegen Rosa Luxemburg, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: LW 20, 395-461

Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-broschüre), Anhang: Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, Berlin 1919, S. 98. Vgl. S. 99: „Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse.“

Polis und Nationalstaat; Darmstadt und Neuwied 1973, S. 175. - Das folgende Zitat S. 169

Auf den Rechtsbegriff einzugehen ist hier nicht der Ort, obwohl ein enger Zusammenhang besteht. Nur verständnisvoller sei die Position expliziert: Das Recht sei „unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen an und für sich genausoviel wert wie jenes Recht eines jeden Menschen, von goldenen Tellern zu essen, von dem schon Nikolaj Černysevskij schrieb, daß er bereit sei, es jederzeit gegen Rubel zu verkaufen.“ Internationalismus ... ib. S. 243. Internationalismus ... ib. S. 257f

Detlev Albers, Annäherung an die „deutsche Frage“, in: spw 50; Peter Brandt, Die deutsche Linke und die nationale Frage, in: Vorwärts Nr. 1, Januar 1990, S. 8f

Es macht einen gravierenden Unterschied, ob Nation von unten artikuliert wird oder von oben, wie es z.B. „Bild“ in alter deutscher Tradition macht: „Gott segne unser deutsches Vaterland“ (20. Dezember 1989, S. 1)

Noch nie war die Flucht in realitätsferne Abstrusitäten so schön wie heute: Um den Kreis der Argumentation (wider Vereinigung, weil Deutschland zwei Kriege um die Weltmachtgeführt hat) zu schließen, erklärte „konkret“ die Fragen für zeitgemäß: Was tun gegen einen neuen Faschismus? und analog: Was tun gegen den dritten Weltkrieg? (Heft 1/1990, S. 20 bzw. 21f). Als stünden nicht genug Türen offen, um sich in Sektiererium zu verrennen.

In einem FAZ-Leitartikel kam Günther Nonnenmacher dann die Erkenntnis, „daß die rechtliche Fiktion eines Weiterbestehens des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 (...) zu einer politischen Bürde wird“ (16.12.89, S. 1). Diese Fiktion symbolisierte eine deutsche Gefahr für Europa, für die Welt. Umso bedeutungsvoller ist, daß die tonangebende Zeitung in diesem Punkt endlich zur Realität zurückzufinden scheint.

0 Fernand Braudel, Frankreich, Band I, Stuttgart 1989, S. 20. Das folgende Zitat S. 21

- Vgl. Leopoldo Mármora, Nation und Internationalismus. Probleme und Perspektiven eines sozialistischen Nationbegriffs, Bremen 1983, S. 21: „In der Tat enthält der Marxismus keine positive Begriffsbestimmung der Nation.“ - Einen pragmatischen Zugang boten Peter Brandt und Herbert Ammon (Hrsg.), Die Linke und die nationale Frage, Reinbek 1981, indem sie deutschlandpolitische Erklärungen von 1945 bis 1980 zusammengetragen haben.
- In: Werkausgabe Band I, Wien 1975, S. 194
- Reinhard Kühnl, Nation - Nationalismus - nationale Frage, Köln 1986, S. 82
- Vgl. die Stichworte „Nation“, „Nationalismus“ in: Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 5, Berlin 1986
- Nach: Mármora, S. 140f; zur weiteren Kritik an Bauer ib. S. 135-154
- Vgl. Bauer: „Das sind andere Menschen, Menschen mit einer anderen Art zu denken, zu fühlen“ ... ib. S. 70. - Erst wenn die Abgrenzung (im eigentlichen Wortsinn: Diskriminierung) in Haß gegen fremde Eigenarten umschlägt, sollte von Nationalismus geredet werden.
- Bauer, ib. S. 200. - Nolte hat insofern unrecht, wenn er Vergangenheit als etwas definiert, das vergeht. Vergangenheit bleibt in der Gegenwart als Unverrückbares.
- Kühnl, ib. S. 84ff, S. 87. Ganz anders analysiert Arno Klönne (Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen; Köln 1984, S. 101f) die Politik von SPD und KPD, die sich deutschnationaler Propaganda angepaßt hätten: Von einer nationalen Bewegung könnte allein die Rechte profitieren.
- H. Lefebvre, Le nationalisme contre les nations. Avec la préface de Paul Nizan (1937). Postface d' Henri Lefebvre (1988); Paris, Ed. Méridiens Klincksieck 1988, S. 74.
- ib. S. 97. Er kritisiert auch Otto Bauer, dem er vorwirft, allen historischen Gesellschaftsformationen einen Nationalcharakter zu verleihen und die historische Kategorie zu einer allgemein-historischen zu extrapolieren.
- Nach: Kühnl S. 111
- Weimarer Beiträge 10/1989, S. 1595ff
- Heft 8/1985, S. 1237
- Erst in jüngster Zeit waren andere Überlegungen zu hören: Der Bundesvorsitzender der Grünen, Ralf Fücks, empfiehlt, den Blick nicht auf großdeutsche Ambitionen alter Männer zu fixieren, während sich ein originärer bundesdeutscher Nationalismus entwickelt: „Stolz auf die eigene Vortrefflichkeit und Identifikation mit den Erfolgen der bundesdeutschen Wirtschaft, gemixt mit einer tiefen Abneigung gegen alle Fremden, die sich ein Stück des bundesdeutschen Wohlstandskuchens abschneiden

wollen.“ In: Frankfurter Rundschau vom 17. November 1989, S. 16

- So Albert Stätz in „Sonderstachel November 1989“, S. 2. Ähnlich heißt es in der Broschüre der Grünen, Argumente ..., ib. S. 200: „Nationalismus hat in Westeuropa und auch bei uns keinen politisch tragenden Untergrund mehr.“
- Cf. meine Ausführungen: Bundesrepublik kaputt?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1990 sowie auch die Kritik an der rechten Sozialdemokratie in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1990
- Joachim Fest, Was für Berlin spricht, in: FAZ 12. April 1990, 1
- Interessant ist das hartnäckige Beschweigen der Berufsverbote: Bei einer Zuspitzung sozialer Konflikte könnten sie als Vehikel einer Säuberungswelle dienen, die sowohl alte SED-Mitglieder treffen könnte als auch die linke Opposition, die sich anfangs für ein Weiterbestehen der DDR ausgesprochen hat, was bekanntlich mit der FDGO unvereinbar ist.
- Ganz souverän marschieren sowohl AL als auch die Grünen an den Problemen, die derzeit auf den Nägeln brennen, vorbei und versteifen sich in bester sektiererischer Tradition auf einige Forderungen (wie die nach kommunalem Ausländerwahlrecht), die in der aktuellen Konstellation nicht gerade vorrangig sind. Zu weltbewegenden Vorgängen haben sie nichts zu sagen, was kein Konzept für die deutsche Zukunft und erklären um so lautstärker die Probleme für vorrangig (z.B. die AL die Berliner Kindergärten - Konstruktionsfrage). In der Tat ist das eine Möglichkeit, sich auf englische Art aus der Verantwortung zu schleichen, denn mit solchen Politikstücken ist der Weg unter die Fünf-Prozent-Marke vorgezeichnet und ein gutes Stück weit gebahnt. Vergessen ist, daß es die AL war, die den Nagel auf den Kopf traf, als sie die Abwahl des Dieppgen-Senats empfohlen hatte. Dahinter hatte die Überzeugung gestanden, sie könne eine bessere Politik machen und sei es im kleinen. Dieppgens Tiefschläge, AL-Kiezpolitik liefe darauf hinaus, in einer Metropole wie Berlin Wettkämpfe in aller-nativem Sachhüpfen auszutragen, fielen auf ihn zurück. Doch nun ist die AL auf dem besten Weg, auf dieses Niveau herunterzupurzeln. Sie trottel hinter gewerkschaftlichen Streiks her und überläßt die anderen Themen Herrn Momper, damit der sich ungestört profilieren kann.
- Die sozialdemokratische Form der Machtdelegation teilt mit der bürgerlichen das Delegationsprinzip, das die Grundlage ihrer beider Übereinstimmung bildet.



## WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGS- PROGRAMM:

### Josef Hindels MARXISMUS UND GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück. Prof. Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen in der Gegenwart, befaßt sich in dieser Broschüre aus der Sicht des unorthodoxen Marxismus mit jenen Fragen, die in der Gesellschaft von heute große ideologische Auseinandersetzungen auslösen: Die atomare Bedrohung und der Hunger in der Welt sowie das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Damit verbunden ist auch eine leicht verständliche Einführung in marxistische Denkweisen. Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

### FRAUENBILDER: Die weibliche Wirklichkeit ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

### KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

### HERFORDER THESEN. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpfen.

### LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsg. v. Detlev Albers u.a., mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

"... alle diese kritischen Bemerkungen mindern in meinen Augen das außerordentliche Verdienst der Herforder Thesen nicht - und ich sage das ausdrücklich, obwohl ich in einer Reihe von ganz entscheidenden Punkten inhaltlich nicht mit ihnen übereinstimme -, weil nach langer, langer Zeit ... der Versuch gemacht wurde, ein umfassendes

Konzept sozialistischer Politik auf marxistischer Grundlage für Sozialisten in der SPD zu entwickeln." (Peter von Oertzen)

### SOZIALISMUS DER ZUKUNFT. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM. WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist. Grundelemente der SPD-Programmatik, die auf der Höhe der Probleme der Zeit steht und die antikapitalistische Perspektive nicht preisgibt.

### PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen

Hrsg. v. Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

spw-Hefte 1 bis 51 sind  
sämtlich noch lieferbar:

1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM  
30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

- Bestelle
- gegen Rechnung
  - durch Vorkasse
  - mit Verrechnungsscheck
  - Expl. Josef Hindels, Marxismus und Gegenwart
  - Expl. Frauenbilder
  - Expl. Kapitalistische Krise
  - Expl. Herforder Thesen
  - Expl. Linke Sozialdemokraten & ...
  - Expl. Sozialismus der Zukunft
  - Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Hefte Nr. \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ und Ort \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_

**■ Geschichte wird gemacht,  
spw war dabei.**

### 10 Jahre spw

spw-1 bis spw-38 zum Sonderpreis von  
100,- DM (incl. Versand).

Ich bestelle "10 Jahre spw"

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt
- Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ und Ort \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_

**Volkszeitung**  
DIE LINKE WOCHENZEITUNG

Die linke Alternative  
zur Einheits-Presse

In Inhalt  
**1:1**  
und Preis

Kritisch • Link  
Wöchentlich

Jeden Freitag  
an allen gutsortierten Verkaufsstellen  
in Ost und West

Ich möchte die Volkszeitung kennenlernen und bestelle 6 Ausgaben für 10,- DM (gegen Vorkasse: Geldschein, Scheck, Briefmarken) als Probeabonnement. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein regelmäßiges Abonnement um.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_  
Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Volkszeitung Verlag GmbH, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Oberstehende Bedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: Volkszeitung Verlag GmbH, Postfach 360 520,  
1000 Berlin 36. Tel.: 030 / 614 90 33

# ABO

**SPW Verlag-Redaktion GmbH**

**Kieler Str. 13  
5000 Köln 80**

**(Tel. 0221/623271)**

**Ich abonniere SPW** ab sofort/ab Heft ..... **SPW** erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). **SPW** kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

- zum Normalpreis DM 51,-  
 zum ermäßigten Preis DM 42,-  
 zum Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Bankverbindung \_\_\_\_\_

Name (in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)**

**Ich habe spw bereits abonniert und diese/n Abonnenten/in geworben. Dafür erhalte ich ein Expl. "Sozialismus der Zukunft"**

Name (in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

## spw abonnieren! AbonentInnen werben!

**Wer jetzt spw abonniert,  
oder ein neues ABO wirbt,  
erhält als Dankeschön  
"Sozialismus der Zukunft",  
herausgegeben von:  
D. Albers, Frank Heidenreich,  
Heinrich Lienker, Kurt Neumann**

- 185 Seiten
- Buchhandelspreis 17,50 DM

## SPW

- das Magazin der sozialdemokratischen Linken,
- das Magazin für einen sozialistischen Dialog.

**SPW** wird herausgegeben von den Bundestagsabgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Egert**, der Juso-Vorsitzenden **Susi Möbbeck** den Mitgliedern der SPD-Programmkommission **Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

**SPW** erscheint als Themenheft, mit aktuellen Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In- und Ausland.

**6 Ausgaben im Jahr** (Jahresumfang 360 Seiten) • Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM (für Nichterwerbstätige: 42,- DM) inkl. Versand (Ausland 54,- DM)